

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate 1/2 Sgr. für die fünfgepalte Zelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Das 61. Stück der Gesetz-Sammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 6459. die Verordnung, betreffend die Einführung des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 15. Oktober 1866 in den Landestheilen, welche durch das Gesetz vom 20. September 1866 der preussischen Monarchie einverleibt worden sind, vom 14. November 1866; unter Nr. 6460. die Verordnung, die Einführung des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 15. Oktober 1866 in dem Zadegebiet betreffend, vom 14. November 1866; unter Nr. 6461. die Verordnung, betreffend die Siegel der Notare im Gebiete des vormaligen Königreichs Hannover, vom 5. November 1866; unter Nr. 6462. den Allerhöchsten Erlaß vom 17. November 1866, betreffend die Erweiterung des Statuts vom 20. September 1866 (Gesetz-Sammlung für 1866. S. 556.) wegen Stiftung eines Erzennerungskreuzes für den Feldzug 1866; unter Nr. 6463. die Verordnung, betreffend die Bestellung des Obertribunals zum Kassationshofe für die Strafsachen aus dem Gebiete der ehemaligen freien Stadt Frankfurt, vom 19. November 1866; unter Nr. 6464. die Verordnung, betreffend die Ernennung der Justizbeamten im Gebiete der ehemaligen freien Stadt Frankfurt, vom 19. November 1866; und unter Nr. 6465. die Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Genehmigung der unter der Firma: „Westdeutsche Versicherungskassenbank“ mit dem Sitze zu Essen errichteten Aktien-Gesellschaft, vom 12. November 1866.

Berlin, den 1. Dezember 1866.
Debits-Comptoir der Gesetz-Sammlung.

Telegramme der Posener Zeitung.

Hannover, 2. Dezember, Nachmittags. Geheimer Regierungsrath Maybach, bisher Direktor der Ostbahn, ist zum Generaldirektor der hannoverschen Staatsbahnen ernannt worden.

Paris, 2. Dezember, Morgens. Nachrichten aus Kairo vom 27. v. M. melden: Der Vicekönig hat die Notabelnversammlung mit einer Rede eröffnet, in welcher er daran erinnert, was sein Großvater und sein Vater für Egypten gethan hätten, indem sie den Zustand der Insel in Einklang mit der modernen Gesellschaft setzen wollten. Der Vicekönig wolle das Werk derselben fortsetzen, deshalb habe er einen repräsentativen Rath für die inneren Angelegenheiten berufen, um alle Interessen zu gewährleisten.

Florenz, 1. Dezember. In Folge des heutigen Verhörs vor der Senatskommission wurde Admiral Persano im Senatstokal in Haft genommen.

Ein Rundschreiben des Finanzministers regelt die Zinszahlung der italienischen Rente für Januar.

Die „Italie“ schreibt: Aus Rom eingetroffene Nachrichten verstärken die Befürchtungen, daß die liberale Partei Unruhen hervorzurufen möchte, um den Papst zu einem äußersten Entschlusse zu drängen.

Konstantinopel, 1. Dezember. Die offiziellen Journale beobachten in neuester Zeit über die Verhältnisse in Kandia Stillschweigen. Die vollständige Pacifikation dieses Landes wird bezweifelt. Die den Insurgenten zur Unterwerfung gesetzte Frist ist abgelaufen und die Kämpfe sollen wieder begonnen haben. Die zum Tode verurtheilten Insurgenten hoffen, begnadigt zu werden, da sich die Gesandten Rußlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika für sie verwandt haben sollen.

Die Verhältnisse in Galizien.

Die österreichische „General-Korrespondenz“, bekanntlich ein Regierungsorgan, versucht die Angabe französischer Korrespondenzen, welche den galizischen Behörden eine Mitschuld an den von der polnischen Emigration gegen Rußland gerichteten Umtrieben beimessen, zurückzuweisen. Sie legt dieselben der russischen Regierung zur Last. Es ist hinlänglich bekannt, daß die ruthenische Partei in Rußland, wir wollen nicht sagen, in der russischen Regierung, viel Aufmunterung findet, ihre nationalen Forderungen festzuhalten, aber ihren Ursprung haben dieselben in Rußland nicht. Die ruthenische Bewegung dauert bereits durch mehrere Jahre und erst in neuester Zeit lassen sich in Rußland deutliche Sympathien für sie wahrnehmen, so daß auf sie gestützt, allerdings die Agitation eine Höhe erreicht hat, welche an das Bestehen einer „galizischen Frage“ glauben machen könnte. Der österreichischen Regierung selbst ist an dem Aufheben dieser Frage sicher nicht gelegen, aber dasselbe wäre immerhin die natürliche Folge der österreichischen Nationalitätspolitik, welche noch mehr Fragen als die galizische hervorbringen wird. Wenn die österreichische Regierung den möglichen Verlauf dieser Fragen überdenkt, so kann es nicht Wunder nehmen, daß sie, wie das angeführte Organ meldet, entschlossen ist, „geeignete Maßregeln zu ergreifen, welche das Auftreten solcher Fragen verhindern“.

Nach positiven Mittheilungen aus Wien scheint eine dieser Maßregeln bereits im Vollzuge begriffen zu sein. Es heißt, daß die Chefs der Einquartierungsbüro sowohl in Wien als in dessen Umgebung den Auftrag erhalten haben, für die Unterbringung mehrerer tausend Mann Truppen Sorge zu tragen, daß die Urlauber, die vor Kurzem erst entlassen sind, wieder einberufen worden und daß in den nächsten Tagen schon wegen bedeutender Truppentransporte der Frachtverkehr auf der Nordbahn für die Privaten auf unbestimmte Zeit sistirt werden wird.

Die Truppen sollen nach Galizien dirigirt werden. Meint die „Generalkorrespondenz“ solche Maßregel, so nimmt sie mit dem neuesten ihr früheres, der Meldung von Truppenmarsch entgegengefügtes, Dementi schnell genug zurück. Daß die Statthalterenschaft nicht ganz ohne Sorge vor dem Ausbruch einer Katastrophe ist, ergibt ein jüngst von ihr erlassenes Circular, worin sie ihre Beamten ermahnt, ein järgst für ihr erlassenes Circular, worin sie ihre Beamten ermahnt, sorgfältig nicht nur die russische Propaganda, sondern auch die ruthenische Landbevölkerung zu überwachen, welche Sympathien für Rußland zeige. Ueber den geringsten verdächtigen Vorgang an der russischen Grenze soll sofortige Meldung gemacht werden; insbesondere soll verhindert werden, daß junge Ruthenen nach Rußland auswandern.

Ein polnisches Blatt erwähnt eines originellen Mittels, mit welchem die Russen jetzt in Galizien Propaganda machen. Sie haben an der russisch-galizischen Grenze große Tabakvorräthe aufgehäuft, die jetzt

bei erschwerter Bewachung der Grenze nach Galizien eingeschmuggelt werden sollen. Indem man den galizischen Bauer den Unterschied zwischen der gewerblichen Freiheit in Rußland und dem verhassten Tabaksmopol in Oestreich blicken läßt, will man ihm letzteres noch verhasster machen. Die Statthalterchaft soll über die Absicht dieses im großen Maßstabe zu betreibenden Schmuggels unterrichtet sein und Vorkehrungen dagegen getroffen haben.

Im Landtage, an dessen Verhandlungen die Ruthenen, nachdem ihnen Zugeständnisse gemacht worden, wieder Theil nehmen, ist es zu einem weiteren Eklat nach der Seceffion der Ruthenen nicht gekommen. Letztere tragen sich mit der Hoffnung, aus den voraussichtlichen Differenzen der Nationalpartei profitiren zu können. Die ihnen gemachten sprachlichen Zugeständnisse sind etwas präkärer Natur. Die polnische Partei will ihnen eine Sprachform aufnöthigen, welche sie die rein ruthenische (ezysto ruski) nennt, obgleich sie selbst oft dieselbe für nicht hinlänglich ausgebildet zum parlamentarischen Gebrauch erklärt hat. So hat man denn unter dem Vorgeben, daß bisher die ruthenischen Anträge und Schriftstücke überhaupt in russischer oder in einer Art altbulgarischer Kirchensprache redigirt worden seien, einen Uebersetzer engagirt, der sein Geschäft in dieser „rein ruthenischen“ Sprache besorgt. Dagegen erhob sich eine Opposition, die an den Grafen Belcredi appellirte und darauf hinwies, daß das kaiserliche Handschreiben aus dem Deutschen ins Russische übertragen worden sei.

Wenn der Sprachenstreit sich in diese Details verliert, wird er voraussichtlich so bald nicht beendigt sein, und von der Landtags-Session, in welcher er fortspielt, läßt sich ein großer Erfolg nicht erwarten. Bezeichnend ist, daß die polnische Nationalpartei, obgleich sie eine Wiederannäherung Oestreichs an Rußland fürchtet und die Stellung Soluchowski's gar nicht für gesichert ansieht, dennoch den Kampf gegen die Ruthenen so hartnäckig fortsetzt.

Deutschland.

Preußen. P Berlin, 2. Dezember. In der eben beginnenden Woche darf man interessanten Debatten im Abgeordnetenhaus entgegensehen. Am Donnerstag wird die schleswig-holsteinische Angelegenheit das Haus beschäftigen und zwar wird der Schluß des Kommissionsberichts mit dem Antrage auf sofortige Vorlegung eines Gesetzes in Bezug auf die Einberaubung Lauenburgs in die preussische Monarchie erscheinen und demgemäß eine Abänderung erfolgen. Die Dotationskommission hielt vorgestern und gestern in Gegenwart der Minister des Innern und der Finanzen ihre letzten geheimen Sitzungen. Gestern wurde der Bericht festgestellt und beschloffen, denselben noch in der Nacht drucken und heute Nachmittag vertheilen zu lassen, so daß schon am Mittwoch das Plenum sich damit beschäftigen kann. (Den Bericht siehe unter Landtag.)

Aus Dessau den 29. November, wird dem „St. Anz.“ berichtet: Se. Maj. der König und eine zahlreiche hohe Jagdgesellschaft begaben sich heute Morgen 8 1/2 Uhr per Extrazug nach Köthen, von wo aus ein Hasen-Treibjagd zwischen der Bernburger Bahnlinie und Reinsdorf stattfand. Außer Ihren königlichen Hoheiten dem Kronprinzen, den Prinzen Carl und Friedrich Carl, Prinz Albrecht und Sohn, dem Großherzog von Mecklenburg, Herzog Wilhelm von Mecklenburg, Prinz August von Württemberg und Sr. Hoheit dem Erbprinzen von Anhalt nahmen an der Jagd noch Theil der Staatsminister von Schleinitz, der Ober-Jägermeister Graf von der Asseburg, Graf von Stolberg-Wernigerode, der kommandirende General des vierten Armeekorps von Alvensleben, Oberpräsident von Witzleben, der russische Fürst Scheremeteff, der herzogliche Ober-Jägermeister Graf Solms, der Flügel-Adjutant Sr. Majestät, Oberst von Stiehl, General-Lieutenant Stockmarr und andere eingeladene Gäste. Im ersten Treiben wurden 1560 Hasen geschossen, von Sr. Majestät dem König 128, vom Prinzen Friedrich Carl 140, vom Großherzog von Mecklenburg 126, von Sr. königlichen Hoheit dem Kronprinzen 79. Nach dem ersten Treiben wurde im herzoglichen Schlosse zu Köthen ein Frühstück eingenommen, und auf dieses folgte das zweite Treiben, welches jedoch wegen eintretender Dunkelheit abgebrochen werden mußte. Um 5 1/2 Uhr traf die hohe Jagdgesellschaft per Extrazug in Dessau wieder ein.

Am 6 Uhr fand das Gala-Diner im Schlosse statt und 8 1/2 Uhr erschienen die Höchsten und Hohen Herrschaften im Theater, Se. Maj. der König mit dem Herzog von Anhalt und der Prinzessin Friedrich Carl in der Proszeniumloge. Se. Majestät und alle herzoglichen Gäste wohnten der Vorstellung bis zu dem 11 1/2 Uhr erfolgten Ende bei.

Unter dem 30. November wird ferner aus Dessau gemeldet: Heute Morgen 9 1/2 Uhr begaben sich Se. Majestät der König und die andern hohen Gäste des herzoglichen Hofes in einer langen Reihe von Jagdwagen nach dem eine Stunde von Dessau entfernten Jagdreviere bei Mofigtau zur Hasentreibjagd. Nach dem ersten Treiben bei Mofigtau, wobei aus einem im Kessel gelegenen Niederholzbusch unermüdet die verschiedensten Arten von Wild herausgetrieben wurden, sammelte sich die hohe Jagdgesellschaft zum Frühstück, worauf ein zweites Treiben folgte. — Es wurden erlegt: 12 Stück Dammwild, 11 Rehe, 25 Stück Schwarzwild, 10 Füchse, 3 Dachs, 19 Fasanen, 42 Kaninchen und 265 Hasen. Nach 4 Uhr trafen die hohen Gäste in Dessau ein und verammelten sich zum Diner im herzoglichen Schlosse. Nach dem Diner fuhr Se. königliche Hoheit der Kronprinz nach Berlin zurück. Se. Majestät der König wohnten noch der Theatervorstellung bei und traten darauf per Extrazug die Rückreise an. Die königlichen Prinzen und ein Theil der herzoglichen Gäste werden morgen noch einer vom Prinzen August von Württemberg auf seinem bei Köthen gelegenen Revier veranstalteten Jagd beiwohnen.

Der Prinz von Wales und der württembergische Divisions-General, Prinz Herrmann zu Sachsen-Weimar Eisenach, sind gestern früh von Petersburg, woselbst sie bekanntlich den Vermählungs-

feierlichkeiten beigewohnt haben, auf der Rückreise hier eingetroffen. Der Prinz von Wales ist, wie schon mitgetheilt, Gast der kronprinzlichen Herrschaften. Im hiesigen königlichen Schlosse sind dagegen abgestiegen der Prinz Herrmann zu Sachsen-Weimar-Eisenach mit seinen Adjutanten und den Begleitern des Prinzen von Wales, Lord Frederik Paulet, Marquis of Blandfort, Viscount Hamilton, Major Biesdale, Kapitain Ellis und Honorable Harry Bourke.

Der schon seit Jahren in Kurland eine cause célèbre bildende Prozeß des Fürsten von Hohenzollern als Erben des letzten Herzogs von Kurland gegen die russische Krone macht jetzt wieder von sich reden. Das kurländische Oberhofgericht hatte dem Fürsten bereits im vorigen Jahre die von ihm geforderte Entschädigungssumme zugesprochen, die 2. Abtheilung des 3. Departements des Senats aber das obergerichtliche Urtheil verworfen, worauf in Folge eines Gesuchs, angeblich des Königs von Preußen an den Kaiser, die Sache der allgemeinen Senatsversammlung zur Verhandlung überwiesen wurde. Diese hat der „Eberf. Ztg.“ zufolge, gerade zur Zeit der Anwesenheit des Kronprinzen von Preußen in Petersburg in genannter Sache entschieden, das Urtheil ist aber noch nicht bekannt geworden, doch glaubt man allgemein, daß der Kronprinz ungünstigen Bescheid mit nach Berlin gebracht hat, da das Endurtheil, entgegen dem des kurländischen (deutschen) Oberhofgerichts, von dem ausschließlich aus Russen bestehenden Senat wahrscheinlich zu Ungunsten des Fürsten von Hohenzollern entschieden sei.

Der heutige „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht eine Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 20. v. M. mittelst welcher Se. Maj. der König denjenigen Reservisten und Wehrlenten, gegen welche vor der Wiedereinziehung in den aktiven Dienst wegen verspäteter oder unterlassener Anwesenheit während des Krieges bei den mobilen Truppen gebiet haben, resp. noch dienen und ein statutenmäßiges Anrecht auf das durch die Verordnung vom 20. September d. J. gestiftete Erinnerungskreuz für den Feldzug 1866 haben, die verhängten Strafen erlassen hat.

Der „Köln. Z.“ wird von hier telegraphirt: Die Voraussetzung einiger Zeitungen, daß in der Organisation des Norddeutschen Bundes neben der preussischen Exekutive ein Fürsten-Kollegium bestehen werde, wird in allen unterrichteten Kreisen als durchaus unwahrscheinlich angesehen. Es soll nur eine Bundes-Versammlung oder ein Bundesrath beabsichtigt sein. — Wegen des einseitlichen Bundesherbes wird in militärischen Kreisen daran erinnert, daß eine Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 11. Oktober 1866, betreffend die künftige Formation und Dislokation der Armee schon die vollständige Einreihung der Bundes-Regimenter in das 9., 10. und 11. preussische Armeekorps in Aussicht genommen hat. — Die Abstimmung in Nordschleswig soll vor dem Zusammentritt des Parlaments schwerlich zu erwarten sein. — Man glaubt noch immer, daß zu der Norddeutschen Ministerkonferenz am 15. Dezember größtentheils die Minister des Auswärtigen bezeichnet werden. Die von den Hansestädten gewählten Senatoren sind in diplomatischen Angelegenheiten dieser Staaten beschäftigt und entsprechen derselben Stellung. Die Wahl soll hier günstig aufgenommen sein. Es werden (Preußen einbegriffen) 22 Bevollmächtigte sein, vorausgesetzt, daß jeder Staat einen besonderen schickt, was von beiden Neuß und Lippe noch nicht feststehen soll. (Mecklenburg wird, wie es heißt, seinen früheren Bundestagsgesandten v. Wickede schicken.)

Herr v. Savigny soll angeblich „Reichsminister“ werden. — Zum Vertreter der Stadt Nordhausen im Herrenhause ist der Beigeordnete, Präsident a. D. Seiffart, gewählt worden.

Wie das „Fr.-Bl.“ hört, sollen die im letzten Kriege eroberten österreichischen Fahnen nach der Garnisonkirche in Potsdam gebracht und dort, neben den Trophäen Friedrichs des Großen aus dem siebenjährigen Kriege, an den Säulen für alle Zeiten aufgehängt werden.

Laut eingegangener telegraphischer Meldung ist Sr. Majestät Schiff „Niobe“ am 12. d. Mts. vor Funchal angekommen und beabsichtigt, am 19. d. Mts. ihre Reise fortzusetzen.

Die „Zeid. Korr.“ schreibt: Die Haltung des Dresden Hofes kann nur Befriedigung erregen. Er bestrebt sich in loyalster Weise den aus dem Friedens-Vertrage entspringenden Verpflichtungen nachzukommen und diejenigen herzlichen Beziehungen zu Preußen herzustellen, welche der Position Sachsens im Norddeutschen Bunde entsprechen. Ein weniger günstiges Zeugniß ist den in Darmstadt herrschenden Stimmungen zu ertheilen. Doch mag man dort versichert sein, daß Preußen mit einer Gewissenhaftigkeit, die es den Bundes-Genossen schuldig ist, die Einhaltung der Verbindlichkeiten, die das Großherzogthum in Betreff Oberhessens übernommen hat, kontrolliren wird.

Dem Vernehmen nach sind hier bereits von den aus den hannoverschen Staatskassen nach England gebrachten Effekten einzelne Stücke (von der 1862er russisch-englischen Anleihe) vorgekommen und angehalten worden.

Die „Zisterb. Z.“ berichtet Folgendes: Welchen Chikanen und wie roher Behandlung selbst unbefohlene, vollständig legitimirte Personen auf Reisen nach Rußland von den dortigen Behörden unter Umständen ausgesetzt sind, dürfte aufs Neue folgender Fall beweisen: Am 2. Oktober d. J. begab sich der Glasfabrikant Wilhelm Männich aus Schlesien auf den Weg nach Rußland, um daselbst bei seinem Bruder, der eine Glasfabrik zu Sapolie im Gouvernement Nowgorod besitzt, ins Geschäft zu treten. Derselbe hatte auf Anrathen des letzteren, dessen Etablissement isolirt in einer wilden unwirthbaren Gegend liegt, welche von Raubthieren wimmelt, aber ohne Kenntniß der russischen Geseze, ein Doppelgewehr mitgenommen, das bei der im Zollamte Wirballen Seitens der russischen Beamten vorgenommene Revision seiner Reise-Effekten gefunden wurde. Dieser Umstand hatte seine sofortige Verhaftung zur Folge, obgleich er den oben genannten Grund für die Mitnahme der Waffe angab, sich auch erbot, diese zurückzuschicken. Alle seine Einwendungen waren indeß vergeblich; vielmehr nahm man ihm sein Geld ab und brachte ihn, nachdem er zuvor zur Unterschrift eines in russischer Sprache abgefaßten Protokolls

gezwungen war, nach der Festung Kalwarj, woselbst er ohne Verhör bis zu dieser Stunde gleich einem gemeinen Verbrecher gefangen gehalten wird. Der junge Mann befindet sich im Besitze der besten Zeugnisse; sein Paß ist vorchristlich in Berlin ausgestellt und von der kaiserlichen russischen Gesandtschaft in Berlin visirt. Mehrere Schreiben, welche er aus seiner Gefangenschaft an seine Mutter und an seinen Bruder gerichtet, sind bis jetzt unbeantwortet geblieben, woraus wohl hervorgeht, daß sie nicht an ihre Adresse gelangt sind. Zudem wir noch bemerken, daß wir diese Mittheilung einem Gutsbesitzer jener Gegend verdanken, der den Unglücklichen persönlich kennt, ihn im Gefängnisse besucht hat und gegenwärtig seine Befreiung zu erwirken bemüht ist, können wir nicht umhin, Jedem, der sich zu einer Reise nach Rußland entschließt, die größte Vorsicht in der Wahl seiner Reise-Effekten zu empfehlen.

Breslau, 1. Dezember. Auf den Antrag der Handelskammer hat der Handelsminister eine Kommission nach Breslau abgedordnet, um die Ursachen der Verkehrsstörung auf der Oberschlesischen Eisenbahn zu untersuchen. (Schl. 3.)

Hannover, 30. Nov. Die Kommission höherer Offiziere, unter dem Vorsitz des Generalleutenants von Arentschildt, hat sich an das Gouvernement mit Anfragen gewandt, welche Erläuterungen zu der an die Offiziere gerichteten Aufforderung in den preussischen Dienst überzutreten betreffen, und will man namentlich wissen, wie die Anciennitäts-Verhältnisse geregelt werden sollen. In den Köpfen der ehemaligen hannoverschen Unterofficiere und Soldaten haben die hier massenhaft vertheilten Flugschriften „an die Offiziere“ und „Promotion des Königs Georg“ einige Verwirrung angerichtet, indem viele zu dem Glauben verleitet worden sind, König Georg werde später aus seinen Privatmitteln die Kompetenzen fortzahlen. Eine Versammlung von Unteroffizieren, welche gestern Abend erst hier in der Stadt und dann in einem benachbarten Dorfe tagte, konnte wegen Intervention der Polizei zu einer Berathung über die Eintrittsfrage nicht kommen, doch sind zwei Unterofficiere nach Wien gereist, um sich beim König Georg Rath zu erholen.

Geestmünde. Das hiesige Hafenamts erläßt eine Bekanntmachung, dahin lautend, daß der Hafen zu Geestmünde fortwährend und unverändert, wie früher, für den Handels- und Schiffsahrtsverkehr bestimmt und geöffnet ist, sowie daß die Zweckbestimmung und Benutzung des Hafens zum Handelshafen durch die Herüberlegung einer Marinestation in keiner Weise gestört oder erschwert werde.

Fulda, 29. November. Die „Kass. Ztg.“ schreibt: Die dahier im Gange befindliche Jesuitenmission soll, dem Vernehmen nach, noch auf 14 Tage ausgedehnt werden. Der Zulauf weiblicher Zuhörerschaft ist ausnehmend stark; die geringere Zahl männlicher Zuhörerschaft scheint sich mehr aus Neugierde einzufinden. Im Allgemeinen wird der ganze Vorgang wenig beachtet und würde wohl ganz unbeachtet bleiben, wenn nicht die jesuitische Rednergabe des Paters Roth die Zuhörer anlockte.

Sachsen. Dresden, 30. November. Wir müssen noch mit ein paar Worten auf die sächsischen Kammern zurückkommen. Ihre Verhandlungen über den Friedensvertrag haben entschieden nur einen unerquicklichen Eindruck machen können, weil sich nirgends darin wahrhaft politischer Blick und geschichtliche Erkenntniß hat wahrnehmen lassen. Man blieb überall am Kleinen und Unwesentlichen hängen, man stritt sich um abgethanen Dinge und vermochte nirgends in der Debatte der Regierung für die künftige Stellung Sachsens zu Preußen und dem Norddeutschen Bunde Rückhalt und Boden zu geben. Im Gegentheil, im Allgemeinen ist durch die Ansprache der Kammern der Boden und Rückhalt für jene jetzt so nothwendig gebotene Stellung der Regierung nur noch schwieriger und schlüpfriger gemacht worden, als es schon vordem ohnehin der Fall war. Die „Konstitution. Ztg.“ hat ganz Recht, wenn sie es offen ausspricht, daß durch die gepflogenen Stände Verhandlungen das Mißtrauen gegen die sächsische Politik von preussischer Seite her nur vermehrt worden sein kann. Es hat sich durch dieselben zunächst wenig Begeisterung für den neuen Bund befundet, wenig Einsicht in die Lage der Dinge, wenig Neigung von partikularistischen Interessen abzusehen. Ueberall ließen sich versteckte Antipathie gegen Preußen und starke

Sondergelüste wahrnehmen. Die Kammern haben das Verhältniß zu Preußen nicht unbedeutend verbittert und nebenbei der Regierung doch auch nichts geschenkt. So hat es nicht fehlen können, daß Minister von Friesen schließlich nicht unterlassen konnte einer Mißstimmung des Kabinetts lauten Ausdruck zu geben, indem er beklagte, „daß aller Hader den Eintritt in die neue Politik nur erschweren könne.“ Mit einer Volkammer wäre man entschieden besser gefahren; man hätte sich von dieser allerdings wohl noch derber die Wahrheit sagen lassen müssen, allein, man würde zugleich auch rascher und glücklicher mit Preußen in Zug gekommen sein. Nach den Auslassungen der Kammer ist ein Besuch des Königs Johann in Berlin zur halben Unmöglichkeit geworden und wahrscheinlich wird derselbe denn auch zunächst unterbleiben. Wenigstens ist es plötzlich ganz still davon geworden. Sehr still ist auch auf einmal das sächsische Militär in seinen Aeußerungen über die in Oestreich gemachten Erfahrungen. Es heißt, die Mittheilungen darüber seien so bitter und ausfallender Art gewesen, daß man sich genöthigt gesehen, sie durch Tagesbefehl zu verbieten. Wie sich in dieser Beziehung wenigstens hier ein mächtiger Umschwung vollzogen, belegt unter Anderen die Thatsache, daß man im Hoftheater bei der Aufführung des „Wallenstein“ Abstand genommen, weil man Eklat bei der berühmten Stelle: „Dank vom Hause Oestreich“ befürchten zu müssen glaubt hat. Uebrigens ist es merkwürdig, daß man in Preußen, also von Seiten der gewesenen Gegner, den sächsischen Truppen den Ruhm großer Tapferkeit völlig zugestehet, indes man österreichischer Seite, wie sich mehrfach gezeigt hat, nur gar zu geneigt ist, das sächsische Militär zum Sündenbock der erlittenen Schlappen zu machen.

Oestreich.

Wien, 29. Novbr. Ob unsere zweitägige Adressdebatte den Anstoß zu einer weiteren Ministerkrisis und zu einem Systemwechsel geben wird, bezweifle ich aus guten Gründen; man wird vielmehr eben mehr als je an der heiligen Ueberlieferung festhalten, daß es mit der Würde der Krone um so weniger verträglich sei, dem Wunsche der Bevölkerung nachzugeben, je einmütiger und energischer sich derselbe kundgibt und je unwidersprechlicher seine moralische wie verfassungsmäßige Berechtigung ist. Was Macaulay von den Stuarts sagt, das ist das unwandelbare Dogma des Hauses Habsburg, in dem noch heute die alte spanische Obergewalt in ihrer ganzen Strenge lebt: es darf in der österreichischen Monarchie keine Rechte geben, sondern nur Gnadenspenden; volles Recht wird nirgends gewährt, noch der Anspruch darauf geduldet, weder in öffentlichen, noch in Privatverhältnissen, wo ein Appell an das Recht stattfindet, an das Recht als solches, sei es auch ein von der Krone selber geschenktes Recht, da ist dies bloße Faktum Grund genug zu einem abschlägigen Bescheide, um den Unverschämten zu belehren, daß die Fülle des Rechtes stets in den Händen des Souverains verbleiben muß, der auch durch keine seiner eigenen Gnadenspenden, seinen eigenen Unterthanen gegenüber, gebunden werden darf. Selbst der Fortbezug eines Gnadengeschenktes kann daher nie zum Rechte werden, sondern will in jedem Augenblicke als ein neuer Gnadenakt betrachtet sein. Die Krone darf auch an ihr eignes Wort nun und nimmer gebunden sein, denn in den Augen der spanischen Doktrin, wie Philipp II. sie ins Leben gerufen, hiesie es das Verhältniß des Unterthanen zum Fürsten umkehren, wenn man zugeben wollte, daß der Erstere jemals dem Letzteren gegenüber ein Recht haben könne, ein Recht unverbrüchlich wie das des Monarchen auf seinen Thron. Dieser Glaubenssatz kehrt in allen Verhältnissen wieder; ob Sie nun bei den zahllosen Verfassungen anfangen, die man Oestreich und Ungarn verliehen und wieder konfiscirt hat; ob Sie hinabsteigen in reine individuelle Beziehungen, wie man den Gläubigern des Fürsten Esterhazy ihre Kontrakte und der Nordbahn ihr Privilegium auf administrativem Wege zerrissen vor die Füße wirft — weil Graf Esterhazy als Minister den verfluchten Schwaben zeigen wollte, was es heißt, sich an einem ungarischen Magnaten vergreifen; und weil der Finanzminister Graf Larisch sich an dem Patron der Nordbahn Baron Rothschild rächen wollte, der ihn mit seinem Anlehen spaziren geschickt. Der Kontrast des „il y a encore des juges à Berlin“ und des tiefwurzelnden

Bewußtseins des Hauses Habsburg, daß die Statuirung irgend eines Rechtes, sei es in privaten, sei es in politischen, sei es selbst in religiösen Dingen, im Verhältniß der Unterthanen zur Krone völlig unstatthaft ist, weil dieselbe den Keim zu allen Revolutionen enthält, daß kein Gesetz und keine Zusage die absolute Gewalt der Krone einen Moment länger beschränken darf, als es eben die Krone für gut findet, sich dadurch beschränken zu lassen, weil sonst die Souveränität aufhört. . . das ist der schreiende Gegensatz, an dem Oestreich zu Grunde gehen muß und wird. Wie man Privatverträge und von der Krone verliehene Privilegien in Fügen reißt, wie man das Protestantenpatent und die Februarverfassung konfiscirt, so warten auch alle jene Artikel des Konkordats vergeblich der Ausführung, die nicht bloß wie die Bestimmungen über Schulwesen und Mischehen das Volk zu Grunde richten, sondern deren Exekution auch, wie bei den Artikeln über die von dem Klerus beanspruchten Fonds, der Krone lästig fallen müßten. Aber wenn es auch faktisch gar nichts nützen kann, was es doch eine große Wohlthat, daß dem öffentlichen Gewissen endlich einmal rückhaltlos Luft geschaffen worden ist, und muß der Muth der Ehreneren anerkannt werden, die ohne Scheu das Ding bei dem rechten Namen genannt haben. Der Bürgermeister der Reichshauptstadt war es, der unter dem Hinweis auf die Behandlung der Nordbahn erklärte, daß bei uns überall die Willkür der Administration sich an die Stelle der Justiz setze. Juristen waren es, die wörtlich sprachen: „Oestreich und die Türkei besitzen ein und dasselbe Staatsrecht“, und die gerade heraus proklamirten: „Dieser Staatsminister habe ein Oestreich geschaffen, wie es noch nie eins gegeben. . . ohne Rücksicht darauf, daß das Oestreich, wie ihr e feudalen Evolutionen es ins Leben gerufen, nicht bestehen könne, habe diese Regierung ihre Existenz, habe Graf Belcredi die hohen Gehälter seiner kumulirten Portefeuilles dem Reiche vorgezogen. . . eine Koterie beherrsche das Reich, die (wie in dem Falle mit der Familie Esterhazy) lediglich mit der Wiederherstellung ihrer eigenen finanziellen Verhältnisse beschäftigt sei.“ An einer anderen Stelle rief Schindler aus: „Das Zerreißen der Bürger- und Freiheitsbriefe war von jeder eine Lieblingsbeschäftigung österreichischer Staatsmänner, wir lebten im ruhigen Genuße einer freiwillig verliehenen Verfassung, nichtsdestoweniger strafte man uns, die zum Gesetze hielten, und zu Wägten und Nichtern über uns setzte man eine feudale Klique, deren Mitglieder nicht zum Gesetze halten, aber stets in der Lage sind, gegen die Rechte des Volkes zu intriguen.“ „Wir wollen nicht, dem Konkordate zu Liebe, unsere Kinder durch die Jesuiten zu einer Menagerie von Trotteln heranbilden lassen,“ protestirt ein anderer Wiener Advokat. . . aber Alles das muß den Grafen Belcredi nur bestärken!

Wien, 30. November. Nachrichten, welche aus Miramare eingetroffen sind, schildern das Befinden der Kaiserin Charlotte als im hohen Grade besorgniserregend; die lichten Augenblicke sind gänzlich geschwunden und ist ein vollständiger Wahnsinn eingetreten, welcher sich auf eine fürchterliche Art äußert. Die hohe Kranke erleidet entsetzliche Qualen in ihrer Einbildung und will ohne Ausnahme kein menschliches Wesen in ihrer Nähe dulden. In dieser höchst gefährlichen Lage wird ein ärztliches Koncilium dieser Tage zusammentreten, um über die zu treffenden Maßregeln zu berathen. Die ganze Hoffnung auf einen glücklichen Umschwung des Zustandes wird nunmehr noch auf das Wiedersehen der Kaiserin mit ihrem hohen Gemahl gesetzt: sollte auch dieser Umstand erfolglos sein, muß man gefaßt sein, alle Hoffnungen aufzugeben. Von einer Transportirung der hohen Frau nach der Insel Lacroma ist begreiflicher Weise jetzt keine Rede.

Peft, 1. Dezember, Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Unterhauses motivirte Tisza des von ihm eingebrachten Adressantrag: Baron Cótöös dagegen vertheidigte den Adressentwurf Deak's. Sehr bemerkenswerth war die Rede Ballhasar Horvath's, welche mit großem Beifall aufgenommen wurde. Derselbe stellte eine Ausgleichung mit der Regierung als durchaus im Interesse der ungarischen Nation liegend dar und sprach die Hoffnung aus, daß eine solche Ausgleichung besonders gefördert und zeitig werden würde durch die Erkenntniß, daß die Monarchie wie die Dynastie in einem sympathisirenden Ungarn die festeste Stütze

Ein Exil in Kozmin.

Halcyonische Tage hatte ich in jenem großen, stillen Hause verlebt. Keine, auch noch so ferne aufschiebende Blüthenfüllung drückte mich, wenn es nicht etwa Arabella's Portrait war, das nicht über den Untergrund heraustraten wollte, weil nämlich weder die junge Dame, noch ich, die nöthige Nähe und Geduld dazu hatten. Das verschlug aber nichts. Wenn ich sonst artig war, durfte ich mit den Damen spazieren fahren. Pachte mich die Leierwelt, so konnte ich stundenlang über Bos und Thackeray liegen. Der alte Gentleman, Arabella's Papa, ließ dies aber nur in den seltensten Fällen zu, denn nach Tische, wenn sich die Damen zurückgezogen hatten, pflegte er mir diquante Teufeleien aus seinen Studentenjahren zu erzählen, wozu wir Malvaster tranken und deliciae Havannah's schmauchten. So sehr ich auch ein Freund von Tafelgenüssen bin und lustiger, alter Herren: — wenn Arabella in ihrer Seidenrobe in's Nebenzimmer hereintratschte, wenn ich hörte, wie der Flügel aufgeschlappt wurde und die Noten, dann pflegte ich dem alten Gentleman zu erschauern, mich neben das reizende Mädchen zu stellen und in den blauen Himmel ihrer Augen zu versinken, während sie die Aelidae sang, oder Schubert's „Am Meer.“ Sie war immer so freundlich und konnte auf eine so zauberische Weise erörtern, daß ich es niemals habe begreifen können, warum sie mir an jenem Abend mit dem ganzen Stolz und Hochmuth ihrer Stimme jurufen mußte: „Vous m'ennuyez cousin! Je vais me marier, entendez vous, me marier et vous me bornez la vue, vous! Allez vous en, hors des mes yeux!“

Ich ging, sie glaubte vielleicht, ich würde aus Verzweiflung in den erotischen Fluthen des stillen Titicacases der Liebespein ein Ende machen. Aber sie wußte nicht, daß mir ihr Papa gesagt (nach Tische beim Malvaster) die Liebe sei ein plurale tantum und daß es eine Dummelei sei, sein Herz im Rouge et Noir zu verspielen, weil die Weiber dem Herbartischen Dinge an sich gleichen, indem sie unberechenbar seien und durch den Komplex ihrer Eigenschaften nicht repräsentirt würden.

Ich ging also, kam aber nur bis nach Kozmin, von wo ich die blauen Wälder noch sehen konnte, hinter denen das stille große Haus liegt. Dieser Blick ins Blaue und das alte Kozminer Schloß ließen mich hier sammt Staffeln, Palette und Farbenkasten die Anker anschauen. Merkwürdigerweise kann ich mich in so ein altes Burggemäuer total vergaffen, was wieder damit zusammenhängt, daß ich wolkenstürmende Bergriesen, an deren Füße zerlumpte Druyen ihren Villan kochen, durchaus nicht für unbedingte Requirit eines landschaftlichen Vormurfes halten mag.

Einen Büchschens aus von der Stadt erbebt sich das Schloß auf einer mächtigen Anhöhe, chaotisch, stilllos, mit runden ungeschlachten Thürmen über den zwingerhaften Nebenmannern. Fenster, hier und dort in das Mauerwerk hineingehöhrt, ohne Sinn für Proportion oder Comfort: Portale mit wunderlichem steinernem Wappenwerke, schwarze, kolossale Verfalltheit, wo man nur hinsah: — das Ding war mir neu und im höchsten Grade interessant. Weber Maus noch Mann wohnte darin, so daß man zu den Fenstern hätte hineinstiegen können, wenn man die löbliche Polizei unnöthigerweise hätte informiren wollen. Ich meinerseits, der ich das Einbrechen im Akt und Passiv fürchte, pflegte nur in den allerersten, zuverläßigsten Fällen den Weg durchs Fenster zu nehmen und bin auch in das Kozminer Schloß durch die gigantische Auffahrt als ein wohlgesitteter Staatsbürger eingegangen.

Vom Hofe kletterte ich dann mit Lebensgefahr in die öden, granbiosen Säle hinauf, deren Ausdehnung von einer so bewältigenden Ungeheuerlichkeit ist, daß allenfalls der fabelhafte König Ruch in ihnen würdige Lebers hätte

halten können. Da giebt es prachtvolle, schwarze Marmoramine, die geborst und zertrümmert, stückweise umberliegen; da sieht man Reliefportraits und Fresko-Stilleben an den mit phantastischem Arabeskenflair verzierten Wänden, nebst Schildereien, die jenes wunderliche slawische Schildzeichen darstellen: die auf einem Bären reitende Jungfrau. Und wenn nun durch die riesigen Fenster, die weder Scheiben noch Kreuze haben, der Winterwind vom Parke herauf in den Sälen umherseht, den Staub vor sich hinstreubend, wie Geister verschollener Könige — dann wird es dir zu Muth, als seist du mitten hineingerathen in solch ein unmögliches, wunderbares Märchen und als sollte deine Augenblicke ein Gnome seinen Krastus machen, dir im verblichnen Falsett zurufend: „Sagen Sie nur noch gefälligst das dritte Wort und Euer Wohlgeboren haben die Princeß erlöset, welche jetzt leider noch eine Kröte ist.“

Verfall'ne, gewaltige Feudalburg mit den zerrissenen Mauern, in denen Dohlen und Falken frei Quartier halten; du hochmüthiger Trugstein der Tyranne, mit deiner öden Saalreihe, wo Unkraut und Schwämme über das zerbatete Parquet ledern — auch dir konnte man das borazische: naturam expellas furca, tamen usque recurret — jurufen.

Unter den Sapiebas, die es erbaut, war das Schloß der Schauplatz haarsträubender Nichtswürdigkeiten, verrückter Tyrannensüchte, scythischer Willkür. Hernach besaßen es die Pzemyssi und endlich schenkte es Friedrich Wilhelm III, mutatis mutandis, mit bedeutendem Güterkomplexe seinem General-Feldmarschall Kalakrenth. Da unglücklicherweise auch hochgestellte Leute sterben müssen, geriet die Burg später in den Besitz der beiden Söhne des Marschalls, welche hier — relatum refero — ein Stück romantischen Mittelalters in unser nüchternes Jahrhundert hineinschleppten. Die jungen Grafen haßten einander wie Gift und Galle und setzten das Trauerspiel von den feindlichen Brüdern derart neu in Scene, daß sie Pistolenkugeln aus den gegenüberliegenden Schloßfenstern wechselten, und daß, wenn ihre beiderseitigen Gastereien auf einen Tag zusammentrafen, unter ihren Gästen gewöhnlich eine Art kleiner Krieg in dem finsternen, abkühligen Hofe entstand, wozu die Diener von der Gallerie herab mit Windlichtern leuchteten. Die ganze Geschichte klingt so unglaublich romantisch, daß man sie sich ohne das Vorhandensein einer Beatrice gar nicht denken kann. Vielleicht irgend eine verworfne Offiziersochter, deren Vater nicht Feldmarschall gewesen, so ein süßes kleines Mädchen mit großen, taubenhaften Augen, dunkelblondem Haar, zärtlicher, melodischer Stimme, die, da drüben, vielleicht in den entlegenen Zimmern der Parkseite, unter der Tutel einer stiftsüßigen Tante, wie ein kranker Kanarienvogel das Köpfchen hängen ließ und beiden Brüdern tief in den gräflichen Herzen saß. —

In den Gruftgewölben der katholischen Kirche zu Kozmin, welche letztere ich, paucus deorum cultor et infrequens, nicht besuchte, ist der einbalfamirte Leichnam eines Pzemyssi zu sehen. Ich bin natürlicherweise nicht hinuntergetreten, denn ich wüßte nicht, was mir schauderhafter wäre als der Anblick einer Mumie. Das Embaumiren der Kadaver ist auch eine jener lächerlichen Hochmuthsmanifestationen der Großen und Mächtigen unter dem genus humanum, die eigentlich vor das Tribunal des Jahrhunderts gehören. Wie ist es ein so erbauer Gedanke, daß wenn die Seele den Körper verlassen hat, der tobe Stoff wieder dem großen Ganzen der Materie anheimfällt, so daß in Folge ewiger anbahnloser Gesetze eine Verwandtschaft herrscht zwischen Mensch, Pflanze, Stein und Luft! Und heißt es denn nicht, den Blis mit Roble an die Wand malen, wenn man diesem, der individuellen Lebensäußerung zum Gebrauch bestimmten Körper, der nur dadurch sich über den Stoff erhob, nach dem Erlischen des befehlenden Funkens seine stofflichen Rechte

entziehen und ihn in eine unnatürliche, kategorische Unsterblichkeit hineinzwängen will?

In dieselben Fluthen steigen wir hinab und steigen auch nicht hinab, sagt der Dunkle, aber tiefsinnige Heraklit, den schon Sokrates als tüchtigen Denker anerkannte. Emerson's Worte, daß die Natur jede Unkonformität bestrafe, lassen sich auch auf den armen Pzemyssi anwenden, der, während andere Leute ruhig vermodern können, sich alle Augenblicke stören lassen muß, weil ihn ein commis voyageur zu sehen wünscht oder ein bemoster Philister vom Landgericht, der seiner Nachkommenschaft „was Neues“ zeigen will. —

Vor meinen Fenstern, fast mit der Hand zu greifen, lag das öde, gewaltige Schloß, das ganz früh Morgens am schönsten ausah, wenn an dem klaren, braunrothen Himmel sich jede Zinne, jeder Giebel so scharf und kantig abhob, daß man glauben konnte, das Ganze sei aus einem Steine gebauen.

Damals brütete ich über dem Karton zu einem seltsamen Gemerksstück im Clair-obscur, dem später nur eines gefehlt hat, um von einem Potentaten für 20,000 Thlr. gekauft zu werden; nämlich das Rembrandt fecit: Blick in einen edigen Schloßhof, in welchem die gefährlichste lustigste Balgerei altpolnischer Herren vor sich geht. Die Leute haben vom Leder gezogen und das Mondlicht, welches die eine Seite des Schloßhofes erhellte, kreuzt effektiv mit der rothen Wolbe der Fackeln auf den Gallerien. Ein Mädchen beugt sich, unter der Wirkung dieses Lichts, weit über das Geländer und streckt die weißen nackten Arme entsezt nach einem Jüngling aus, der eben im Begriffe ist, niedergefallen zu werden.

Eines Morgens stand ich vor meinem Karton, den Fes auf dem Haupte und die Pfeife im Munde, als mir gemeldet wurde, es halte draußen ein Wagen und man frage nach mir.

Sa, sie waren es! Arabella, diese allerliebste junge Dame, hatte in der That geglaubt, ich sei wie ihr Großonkel Heinrich Münchhausen, aus lauter Liebespein an einer Bohnenrankle auf den Mond geklettert und könne nun, weniger weise als jener, nicht mehr herunter. Der alte Gentleman eröffnete mir, daß ich unter allen Umständen gleich mit zurückfahren müsse, weil er Niemanden habe, mit dem er Tric-Trac spielen und Malvaster trinken könne.

Als ich die Herrschaften dann unter Beibülfe meines Freundes, des Kastellans, im Schlosse unberührte, hatte Fräulein Arabella die Güte, den alten Bau ganz nett zu finden und nur den Mangel eines Leierkastens zu beklagen, um das Mathisson'sche:

Trauernd denk' ich, was vor granen Jahren
Diese morschen Ueberreste waren
abzusingen. Sie theilte mir auch mit, daß Mama sich mit mir über Gregorovich's Siciliana zu unterhalten wünsche, weil ich jene Insel gesehen und deren Chroniken vom Claverius bis zum Malaspina auswendig wisse. Schließlich hatte sie sogar eine für mich sehr lehrreiche Beschäftigung zu Hause, nämlich Fragenmuster zu zeichnen, da die im Journal des dames mitgetheilten zu ordinär seien.

Ich war etwas piquirt. Fragenmuster zeichnen, nachdem man sich im Clair-obscur verführt hat; aber gleichviel:

Je sais des yeux, brillants comme le soleil.

finden werde. Die Mitglieder der Partei Deal's beglückwünschten Horbath zu seiner Rede. — Am Montag werden die Debatten fortgesetzt werden.

Großbritannien und Irland.

London, 28. November. Kaum ist durch den atlantischen Telegraphen aus New-York die Nachricht herübergekommen, daß Stephens, das Fenierhaupt, sich zu Schiff begeben habe, kommt auch schon aus Dublin das Gerücht, daß er wohlgehalten in Irland gelandet sei, um den Aufstand vorzubereiten, der den allernächsten Angaben zufolge, nicht um Weihnachten, sondern im März losbrechen soll. Wie viel an dem allen wahr ist, mag er selber wissen. Für den Augenblick scheint es ihm darum zu thun zu sein, die Polizei und Regierung nicht zur Ruhe kommen zu lassen, und wenn dies sein einziger Zweck ist, kann er sich zu dessen Erreichung Glück wünschen. Die ganze bewaffnete Regierungsmaschine ist nämlich in Bewegung, um einem Ausbruch vorzubeugen, und wenn dies nicht gelingen sollte, ihm energisch entgegenzutreten. Die Konstabler haben verschärfte Instruktionen erhalten, Kriegsschiffe kreuzen an der Küste, eine Partie Hinterladungsgewehre ist an die Polizei vertheilt worden, die Gefängniswachen werden verstärkt und mehrere Infanterie-Regimenter haben Marschordre erhalten.

London, 29. November. Aus zuverlässiger Quelle will der „Globe“ wissen, daß zwischen den Kabinetten von Paris und Washington nicht nur ein völliges Einverständnis bestehe, sondern sogar eine förmliche Uebereinkunft abgeschlossen worden sei, welche den Vereinigten Staaten unter zwei Bedingungen freie Hand in Mexiko lasse: erstens sollen gewisse gesunde Landstriche Mexiko's französischer Kolonisirung offen bleiben; zweitens sollen die von Frankreich getroffenen Anordnungen zur Befriedigung der Gläubiger Mexiko's nicht durchkreuzt werden. Der Kaiser Maximilian habe, als er von dieser ohne sein Vorwissen eingeleiteten Vereinbarung Kenntniß erhielt, in größter Entrüstung sofort den Entschluß gefaßt, abzudanken und das Land zu verlassen. In Bera-Cruz angekommen, habe er sodann einen Brief an den Marschall Bazaine gerichtet, der für diesen wie für den Kaiser Napoleon nichts weniger als verbindlich gewesen sei; und nach Europa zurückgekehrt, wolle er verschiedene Schritte thun, die seinem weiland Protektor sehr unangenehm sein würden, darunter die Veröffentlichung der Briefe Napoleons. Der „Globe“ scheint auf diese Mittheilungen großes Gewicht zu legen; doch möchten wir ihn keineswegs als Autorität anerkennen. In Paris sind ähnliche, auf amerikanischen Ursprung zurückzuführende Andeutungen in Umlauf gewesen.

London, 1. Dezember, Vormittags. Nach den mit dem Westindien-Dampfer „Seine“ in Southampton eingegangenen Berichten war in Vera-Cruz das Gerücht verbreitet, daß Kaiser Maximilian abgedankt habe. Der Kaiser befand sich in Orizaba und beabsichtigte Mitte November auf der östreichischen Fregatte „Dandolo“ die Rückreise nach Europa anzutreten.

An Bord der „Seine“ waren einige Fälle von gelbem Fieber vorgekommen.

Frankreich.

Paris, 29. November. Die Grundzüge der Armee-Reorganisation sollen in der vorgestern in Compiègne unter dem Vorsteh des Kaisers abgehaltenen Sitzung der Militärkommission festgestellt worden sein. Bei den weiteren Beratungen wird es sich nur noch um Nebenfragen handeln. Die Vorschläge des Generals Trochu sind in der Hauptsache, wenn auch nicht ohne erhebliche Modifikationen, durchgedrungen. Das jährlich zu stellende Truppenkontingent von 100,000 Mann wird auch ferner in der bisherigen Weise ausgehoben werden. Das System des Loskaufs bleibt im Prinzip aufrecht erhalten, wenn auch nicht ohne vielfache Beschränkungen in der Anwendung. Daneben wird eine Reserve errichtet, in welche alle französischen Bürger in zwei Kategorien eingereiht werden. Die erste Kategorie kann durch ein vom Kaiser zu unterzeichnendes Dekret zu den Fahnen gerufen werden, die zweite nur durch ein spezielles Gesetz, welches vom gesetzgebenden Körper genehmigt werden muß.

Den „Debats“ wird aus Miramare geschrieben, daß in dem Befinden der Kaiserin Charlotte keine Besserung eingetroffen ist; der König der Belgier beabsichtige nächstens seine kranke Schwester zu besuchen. Es würden daselbst bereits Vorbereitungen für die Ankunft Maximilians getroffen. (Auch die neueste „Trierster Btg.“, die von Miramare aus unterrichtet wird, berichtet vom 28. November: „Einem neueren Telegramme zufolge unterliegt es keinem Zweifel, daß Se. Majestät der Kaiser Maximilian die Reise nach Europa angetreten hat. Briefe an Se. Majestät werden bereits nach Gibraltar gesendet!“)

Paris, 30. November. In dem Prozesse des preussischen Gesandten gegen das Memorial Diplomatique ist heute das Urtheil gesprochen. Die Herren Ollivry und Boutet sind jeder zu einem Monat Gefängniß und 100 Fr. Strafe verurtheilt. Der Drucker Dubousson ist, obgleich die Civilpartei von der Klage gegen ihn Abstand genommen hatte, gleichfalls zu 100 Fr. Strafe verurtheilt worden. (Wiederholt.)

Italien.

Florenz, 26. November. Gestern ist der Kronprinz Humbert von hier nach Mailand abgereist, wo er einige Zeit verweilen wird. Die von ihm beabsichtigte Reise nach dem Norden und das Heirathsprojekt mit einer östreichischen Erzherzogin werden jetzt in den hiesigen Hofkreisen als feststehende Thatsachen bezeichnet. Die Braut soll eine Erzherzogin aus der Linie Este (Modena) sein, der ein Vermögen von 70 Millionen Fres. zugeschrieben wird.

Die für die Instruirung des Prozesses Persano gebildete Kommission des Senats verhierte vor einigen Tagen die Kapitäne D'Amico und Martini, welche bei Vissa mit Persano zusammen auf dem „Affondatore“ waren; ihre Aussagen sollen für Persano sehr gravirend lauten.

Die officiöse „Italia“ kündigt die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen dem hiesigen Kabinet und dem römischen Stuhl mit folgenden Worten an: „Die königliche Regierung, von dem Wunsche befeuert, alle nur möglichen Beweise von dem vollständigen guten Willen zu geben, mit welchem sie die Konvention vom 15. September ausführen wird, würde nicht abgeneigt sein, die Unterhandlungen mit dem heiligen Stuhl an dem Punkte wieder anzunehmen, wo sie im vergangenen Jahre abgebrochen wurden, wenn sie in Rom ebenso verständliche Gesinnungen findet wie die, von welchen sie selber befeuert ist. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen ist daher keineswegs unmöglich.“

Der „Corriere Italiano“ will wissen, daß Kardinal Antonelli auf dem Punkte stehe, seine Entlassung zu geben, da er die Ansicht der Kardinalskollegien nicht theile. Der Papst habe angeordnet, daß sich seine Korvette „Immacolata Concezione“ zur Abfahrt bereit halten soll.

Rußland und Polen.

Warschau. — Die amtlichen Blätter plädiren für eine direkte

Eisenbahn-Verbindung zwischen Warschau und Moskau, der sie eine glänzende Zukunft in Aussicht stellen. — Die Bahnstrecke zwischen Siedlce und Lufowo ist eröffnet und dem Verkehr übergeben.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

(34. Sitzung vom 30. November.)

(Schluß.)

Justizminister Graf zur Lippe: Der Herr Präsident hat vorhin konstatiert, daß es Sitte sei, bei den Beratungen des Staats zugleich die Wünsche, die sich in den einzelnen Zweigen herausstellen, zur Sprache zu bringen. Ich muß aber bemerken, daß Persönlichkeiten, wie sie heute vorgekommen sind, nicht dazu beitragen, das Verhältniß zwischen Regierung und Landesvertretung als ein angenehmes erscheinen zu lassen. Ich bin mit dem Herrn Vorredner der Meinung, daß wir unsere gegenwärtige Gesetzgebung augenblicklich nicht auf die neu erworbenen Länder übertragen können. Es ist unmöglich gewesen, ein gemeinsames Recht für die alten und die westlichen Provinzen in der Zeit von 1815 bis 1866 herzustellen, und so lange wir das nicht haben, wird es schwer sein, den jetzt erworbenen Ländern dies zu bieten. Was die Prozeßordnung betrifft, so ist es richtig, daß mein Vorgänger zur Ausarbeitung einer solchen eine besondere Kommission ernannt hat. Die Kommission hat ihre Arbeiten auch vollendet und veröffentlicht. Ich habe immer die Absicht gehabt, dies neue Gesetz dem Hause zur Beschlußfassung vorzulegen. Aber diese Frage soll jetzt dem Parlamente des Norddeutschen Bundes zugewiesen werden. Dadurch bin ich verhindert worden, diesen Gesetzentwurf jetzt im Hause einzubringen. Wenn ich es verhindert haben soll, daß Preußen an den Beratungen in Hannover zur Herstellung eines gemeinsamen Civilprozesses für ganz Deutschland Theil genommen, so erwidere ich, daß dieser Beschluß von meinem Vorgänger im Amte gefaßt worden ist. In Bezug auf die Hypothekenordnung erinnere ich daran, daß die Arbeiten zu dem Gesetzentwurf, der früher hier im Hause eingebracht ist, sich wesentlich an die wissenschaftlichen Vorarbeiten anschließen, welche auf meinen Antrag der Obertribunalsrath Meyer vorgenommen. Als unsere jetzige Hypothekenverfassung wieder geprüft und revidirt werden sollte, da schien mir Keiner mehr als der Erwähnte geeignet, einen neuen Gesetzentwurf auszuarbeiten, und dies war so meine, als gerade seine Ansichten ausgesprochen die weitgehendsten waren. Ich kann nicht zugeben, daß dieser Entwurf von allen Seiten bekämpft worden ist. Allerdings haben Modifikationen stattgefunden; es ist überhaupt immer weiter an dem Entwurfe gearbeitet worden, so daß er dem Staatsministerium zur Beschlußfassung hat vorgelegt werden können. Uebrigens muß ich bemerken, daß nicht die mangelhafte Hypotheken-Ordnung, sondern allgemeine Verhältnisse im Geldverkehr die Krisis in Berlin bewirken. Hinsichtlich der neuen Kriminalordnung muß ich bemerken, daß ich auch auf diesem Gebiete Vorbereitungen getroffen habe. Bis dahin aber, wo dieselben zu Tage liegen, möchte ich doch bitten, mit Ihrem Urtheile zurückzuhalten. Die Art, wie der Vorredner meine Thätigkeit innerhalb des Ministeriums und meine Abstimmungen im Kollegium behandelt hat, glaube ich, ist schlimmer als eine Disziplinar-Untersuchung. Wenn das Kollegium gesprochen hat, so fragt man nicht nach dem Votum des Einzelnen. Ich komme zur Eiden-Theorie. M. S., die Budget-Theorie wird sich ja weiter ausbilden, (links: gewiß!) man wird seiner Zeit darüber zur Tagesordnung übergehen, und auch ich habe keine Veranlassung, jetzt darüber mich auszulassen. Die gleiche Bewandniß hat es mit den Preßverordnungen. Wenn ich einmal eine Auffassung habe, so wird man sie mir doch lassen müssen. Ich werde stets nach der Ueberzeugung handeln, die ich für richtig halte. Bei der Köln-Mündener Eisenbahn-Angelegenheit handelte es sich darum, ob durch den Vertrag, den der Staat mit der Gesellschaft schloß, zunächst eine Alteration derjenigen Garantien eintrat, die die Regierung mit Zustimmung des Landtages übernommen. Eine solche Alteration ist nicht eintretend. Eine andere Frage war die, ob der Staat ohne vorherige Zustimmung des Landtages Staatsgut zu veräußern berechtigt ist. Diese Frage ist wiederholt behandelt worden, und man hat früher die Berechtigung nicht in Abrede gestellt. Ueber die Darlehnskassen dagegen, glaube ich, hat das Haus durch die Ertheilung der Indemnität sein Urtheil gesprochen. — Als ich im März 1862 mein Amt antrat, habe ich ausgesprochen, daß ich es mit der Stellung eines Richters unvereinbar hielt, an politischen Agitationen Theil zu nehmen. An dieser Auffassung habe ich fest gehalten, und ich habe meine Worte auch zur That werden lassen. Ich beklage es sehr, daß so viel Disziplinaruntersuchungen entstanden sind; ich habe sie nicht gesucht, aber ich habe sie führen lassen zu meinem großen Bedauern. Die Unparteilichkeit des Richters wird mehr anerkannt, wenn er sich von solchen Agitationen fern hält. Daß der Disziplinaruntersuchungen wegen die Geschäfte z. B. des Kammergerichtes zugunommen haben, ist eine falsche Behauptung. Kein Richter wird deshalb mehr gebraucht.

Eine ganz lustige Geschichte hat der Vorredner erzählt, wie ich einem Assessor, der nicht gewählt, gesagt habe, dann könne ich nichts für ihn thun. Meine Herren, ich muß erklären, ich weiß von dieser Geschichte nichts. Ebenso verhält es sich mit den Berichten der Landräthe. Ich habe von dieser (auf die rechte Seite hinweisend) Seite des Hauses, wo mehrere Landräthe sitzen, als der Vorredner dies erwähnte, den Ruf gehört: „Das ist nicht wahr!“ Ich weiß auch nichts davon. Ich möchte den Vorredner daher doch bitten, seinen Vorwurf näher zu begründen. Dann wird darauf verwiesen, daß ich einzelne Herren habe aufhören lassen, an den Schwurgerichtssitzungen theilzunehmen. Meine Herren, die Berichte, die mir von den Gerichten geschickt werden, durchzulesen, ist wirklich keine kleine Arbeit. Aber wenn ich aus dem Bericht ersehe, daß sich eine bestimmte Persönlichkeit für eine bestimmte Funktion nicht eignet, so habe ich das Recht, sie davon zurückzulehnen.

Es ist sehr leicht, m. S., ein hartes Urtheil zu fällen; es ist sehr schwer, sich dagegen zu vertheidigen, gegen Vorwürfe, welche Thatfachen im Hintergrunde haben, die man nicht kennt. Es ist die Aufgabe der Regierung, mit der Landesvertretung zusammen zum Wohle des Vaterlandes zu wirken. Lassen Sie persönliche Angriffe nicht den Ausdruck der ganzen Versammlung sein.

Abg. v. Stoltz: Ich wollte den Herrn Präsidenten bitten, die alte Sitte, welche an die traurigsten Zeiten des Konfliktes erinnert, daß ein Jeder absehwiegend von der Sache vorbringt, was er gerade auf dem Herzen hat, nicht wieder aufkommen zu lassen. (Bravo rechts.)

Abg. Waldeck: Ich will nicht auf eine Kritik der gegenwärtigen Regierung eingehen, sondern nur die allgemeinen Verhältnisse ins Auge fassen. Aber in Einigem muß ich doch dem Herrn Justizminister entgegen. Er meinte, es geböre nicht zur Beurtheilung des Hauses, was er als Syndikus des Staatsministeriums gethan habe. Das ist unrichtig. Zwar steht uns hier kein civil- oder kriminalrechtliches Urtheil zu, aber in großen staatsrechtlichen Fragen, wie sie hier in Rede kommen, steht uns allerdings das Recht der Bemerkung, ja selbst der Rüge zu. Und ich hätte gewünscht, daß der Justizminister, grade der Justizminister, in der Frage der Evidenztheorie nicht sich und uns damit vertörfte hätte, daß wir ja auch über diese hinwegkommen würden, daß er vielmehr auf das bestehende Recht geist und uns diesem heraus sein Urtheil gefaßt hätte. Ich theile übrigens die Ansicht nicht, daß die Zeiten des Konflikts traurig gewesen seien, sie waren es für die politische Entwicklung unseres Volkes nicht. Der Herr Justizminister wird ferner die Verantwortung nicht ablehnen können für jenes Meer von Disziplinaruntersuchungen gegen Richter, welche in Folge derselben ihre Aemter verloren haben wegen Reden, die vor den Wahlmännern gehalten worden, Untersuchungen, wie sie unerhört sind in jedem civilisirten Staate (Unterbrechung von der Rechten), ja unerhört, wenn die ganze Anklage sich darauf gründete, daß auf eine Frage in der Wahlmannsversammlung nur mit Ja oder Nein, ohne jeden Zusatz von Motiven, geantwortet worden war. Diese Richter sind zu bedauern, von denen verlangt wird, daß sie also in das Innerste der Gedanken eingehen sollen, um die Strafbarkeit zu konstatiren. — Meine Ansicht, als ich mich zum Worte meldete, war nur, noch einen Gesamtblick auf den Justizetat, soweit er das Wesen unserer Justizverfassung darstellt, zu werfen, weil er wahrscheinlich der letzte ist, der in der bisherigen Form vor uns tritt, da sowohl der Zutritt der annerkinten Länder, als auch die spätere Mitwirkung des Norddeutschen Parlaments große Veränderungen erzeugen werden. Sie werden diesen Rückblick einem Justizbeamten, der zu den ältesten dieses Hauses gehört, wohl vergönnen. Sehe ich die mit 10 Millionen veranschlagten Einnahmen dieses Stats an, so bedauere ich deren Höhe, denn die Justiz soll nach meiner Meinung keine Einnahmequelle sein. Eine einheitliche Gesetzgebung wird auch in dieser Beziehung von guten Folgen sein können. Ich sehe zwar keine allgütige Hoffnung auf den Charakter eines solchen Werkes, denn dazu gehören Geister, wie sie bei Emancipirung der preussischen und der französischen Gesetzgebung thätig waren. Aber wir haben Mißstände, die vor jedem Auge klar liegen. So ist es z. B. unerhört, daß wir es bis

jetzt noch nicht einmal zu einem gemeinsamen System in Bezug auf den Großjährigkeitstermin gebracht haben, daß wir keine Einheit im Vormundschaftsweisen besitzen. Nothwendig ist ferner ein gleiches Obligationenrecht, in weiterer Ausbildung dieser Reform wird eine starke Verminderung des Registrator- und Sekretär-Beeres, auch der Richter selbst, möglich werden. Im Civilprozeß stehen wir noch auf dem Standpunkte von 1815, obwohl die Grundzüge des französischen Rechtes auf diesem Gebiete inzwischen in vielen europäischen Ländern durchgedrungen sind. Im Kriminalverfahren bestehen Uebelstände, die der Herr Minister zwar für unübersteiglich zu halten scheint, welche jedoch ganz wesentlich vermindert werden würden, wenn wir zu dem Grundzuge zurückkehrten, mit dem wir lange Jahre ausgekommen sind, daß nämlich die zweite Instanz nicht als Rechtsmittel der weiteren Anklage, sondern nur als Rechtsmittel der weiteren Vertheidigung angesehen würde. Diese zweiten Instanzen verursachen ungeheure Kosten, eine Rückkehr zu den alten Grundzügen würde außerdem vom vortheilhaftesten moralischen Einflusse auf die Staatsanwaltschaften sein. Die Rechtsanwälte würden dann nicht länger Männer der Regierung, der Verfolgung für die Regierung sein, sondern, wenn ich mich so ausdrücken darf, Männer der Gesellschaft. Die Staatsanwälte sind neuerdings so günstig gestellt in Bezug auf Avancement u. s. w., daß die sogenannten jungen Streber sich mit Vorliebe auf diese Karriere werfen und auf diesem Wege läuft die Würde des Richters Gefahr. Träte dazu die Aufhebung der Disziplinar-Gesetzgebung, dann würde die Grundlage gegeben sein, uns Vertrauen im Lande zu schaffen und mit Vertrauen könnten dann die handverlesenen, die heftigsten Richter zu uns treten. Wie die Sachen jetzt liegen, so müßten wir — ich sage das nicht ohne Erröthen — zu ihnen treten, nur in der Hoffnung, daß in einem Lande, welches Pressefreiheit besitzt, wenn auch eine sehr verkehrte, es endlich doch einmal zu einer Besserung kommen muß. Erst wenn wir durchaus feste, charaktertreue, in Wissenschaft selbstständige Männer zu Richtern haben, dann wird ein neuer Morgen tagen für Preußen und Deutschland. Der große Moment wird, wie ich fürchte, ein kleines Geschlecht finden, aber die Sache bleibt trotzdem wahr und wenn Alles nur auf dem alten Wege fortgehen soll, so werden Sie auf diesem Wege zu gar nichts gelangen!

Abg. Hausch (für die Regierungsvorlage): In der Rede des Abgeordneten Casler ist manches, dem man zustimmen könnte, aber auch Vieles so aufgefaßt, daß die ruhige objektive Würdigung dadurch verhindert wird. Auch ich lege das Hauptgewicht auf die Unabhängigkeit der Richter, aber ich glaube, daß die Unabsehbarkeit dabei nur ein untergeordnetes Moment ist, und daß die Unabhängigkeit derselben weit mehr dadurch gefördert wird, wenn man den Richter von der Last der Geschäfte befreit, die seinem Berufe fremd sind, die bei vollstündiger Trennung der Justiz von der Verwaltung wegfällen. In dieser Beziehung ist uns die sog. französische Gerichtsverfassung ein Muster, die sich am Rheine schon besser bewährt hat, als auf französischem Boden selbst, und dort auch auf die Kostenverminderung so eingewirkt hat, daß nach meiner Berechnung am Rheine auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Satz von 6 Sgr. für Gerichtskosten entfällt, in den alten Provinzen dagegen von 20 Sgr. Am Rheine herrscht kein Mißtrauen gegen die Gerichte, dort ist keine Vereinjamung der Staatsanwaltschaft zu bemerken. Ich glaube, daß es wesentlich zur Verhütung des Landes beitragen würde, wenn der Hr. Justizminister uns die Zusicherung gäbe, daß er eine Justizreorganisation auf Grundlage der Unabhängigkeit des Richterstandes, in der von mir angedeuteten Richtung beabsichtigt.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Pesse (gegen die Reg.-Vorlage): Man kann nicht sagen, daß der vorliegende Etat einen günstigen Eindruck gewähre, daß eine Verminderung des Beamtenbeeres in demselben nicht in Aussicht genommen ist. Auch die Vorlage einer neuen Kriminalordnung, von welcher der Herr Minister gesprochen, kann den Eindruck nicht verbessern. Denn ich hoffe, daß der Entwurf, welcher der Staatsanwaltschaft fast die ganze Exekutive des Untersuchungsverfahrens sammt Verhaftungsrecht u. s. w. übertragen will, in diesem Hause nicht viel Beifall finden wird. Ich meinerseits lenke meine Reformwünsche hauptsächlich auf die Einrichtung von Handelsgerichten, wie sie von allen kompetenten Versammlungen, dem Handelstage, dem volkswirtschaftlichen Kongresse, dem Juristentage befürwortet worden ist, in denen Kaufleute die Mehrheit des Richterkollegiums bilden. Durch würden die Einnahmen des Justizetats nicht verringert, die Ausgaben aber bedeutend beschränkt werden, wie das Beispiel des Berliner Stadtgerichts lehrt, für welches jetzt 20 neue Rathstellen notwendig sind und dessen Geschäfte zu einem unverhältnißmäßig großen Theile handelsrechtlicher Natur sind. Im Allgemeinen schließe ich mich dem Wunsche des eben gehörten Redners an, daß die Gerichte so viel als möglich reine Spruchbehörden werden und daß die Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit der Vormundschaft — soweit die Sache schon als spruchreif betrachtet werden kann — und der Nachlasssachen ihnen abgenommen werden möchten. Ich wünsche ferner, daß man die Freigebung der Advokatur in Betracht zöge. Leider steht die Sache jetzt so, daß für Viele der Richterstand nur ein Durchgangsstadium für die Advokatur ist, ein Verhältniß, gegen das schon der ehrwürdige, jüngst hier citirte Justus Möser sich ausgesprochen, indem er vorschlug, die Advokatur solle die Pfandschule sein für diejenigen Männer, welche der Staat einst zu den Ehrenämtern des Richterstandes beruft. Ich weiß nicht, wie der Herr Minister über die Freiheit der Advokatur denkt, aber ich fürchte, daß er schwerlich für sie gestimmt ist, da er ja auch die Zulassung zur Advokatur von der politischen Gesinnung abhängig macht. In dieser Beziehung führe ich nur den Fall an, daß ein älterer Rath in meiner Heimathprovinz seit Jahren sich um den Eintritt in die Advokatur bewirbt, aber vom Minister den Bescheid erhalten hat, daß unter seinem Regimente er niemals auf Berücksichtigung rechnen könne. Und warum? Allein und lediglich, weil derselbe sich 1848 — vor 18 Jahren — politisch betheiligte hat. Ich schließe mit dem Wunsche, daß endlich die Reform mit Energie in die Hand genommen werde, dann wird auch der Etat bald anders aussehen.

Abg. Holzappel (für die Regierungsvorlage): Ich werde auf die Angriffe des Abg. Casler, weil sie nicht sachlich waren, nichts entgegen, zumal da sie eine so ausreichende sachliche Antwort von Seiten des Herrn Ministers schon erfahren haben; erkläre will ich nur, daß ich diesen Angriffen im Wesen nicht zustimme, in der Form aber sie mit Entrüstung verwerfe. (Lebhaftes Bravo zur Rechten.)

Abg. Lent (gegen die Regierungsvorlage): Daß der Herr Vorredner dem Abg. Casler nicht zustimmen werde, das glaubten wir vorher schon, aber der Grund, den er dafür angeht, ist unrichtig. Eine Trennung von Sache und Person ist bei der Kritik einer Verwaltung unmöglich, deren Handhabung der Resfordt ist in so hervorragendem Maaße sich selbst vorbehaft, wie das hier der Fall ist. Wenn es uns auf das Persönliche bei dieser Debatte angekommen wäre, so hätte es uns leicht sein sollen, noch viel mehr persönliche Beispiele anzuführen, als hier angeführt worden sind.

Abg. Wagener: Ich möchte mir an die Herren auf jener Seite (zur Linken deutend) zunächst die Frage erlauben, ob der Ton, den sie seit einigen Sitzungen in diesem Hause angeschlagen haben, die praktische Ausübung der Verfassungstheorie und der mit so viel Emphase von ihnen betonten Indemnität sein soll? Was denken Sie sich denn eigentlich von der Wirkung solcher Reden? Sie glauben wohl, nachdem Ihnen der Sturmhauf auf das Ministerium in seiner Gesamtheit mislungen ist, mit dem Detailgeschäft besser fertig werden zu können. Sie können aber versichert sein, daß Sie durch nichts mehr die Stellung des Staatsministeriums besitzigen, als auf dem von Ihnen betretenen Wege und ich gratulire deshalb dem Herrn Justizminister zu den auf ihn gemachten Angriffen. Es ist ja unleugbar, daß auch unsere Gerichtsverfassung Mängel hat und ich nehme gar keinen Anstand, mich sehr vielen Postulaten und Wünschen jener Herren anzuschließen. Den Ton des Herrn Abg. Casler kann ich aber nicht in dem Maaße tabeln, wie einer meiner Vorredner; denn Herr Casler hat sich ja selbst entschuldigt, indem er ausführte, daß die Ausbildung der Richter nach allen Seiten hin sehr mangelhaft sei. (Widerpruch links. Ruf: Pui!) Dem Ausspruch des Abg. Waldeck, daß die kürzlich verfloffene Zeit nicht so traurig war, kann ich nur beistimmen; ja ich halte sie für eine der glückseligsten Epochen in der preussischen Geschichte, weil die Krone die Fortschrittspartei geschlagen hat, wie man es ein Jahr früher kaum erwarten konnte. (Gelächter.) Stellen Sie, meine Herren, doch nicht die Sorge für die neu erworbenen Länder zu sehr in den Vordergrund, die Sie nicht erworben haben und wogu die Regierung Ihrer Hülf nicht bedürft hat; sie wird auch in Zukunft, was nötig ist, allein besorgen können. Meine Herren, es giebt für Sie nur ein Mittel: Stellen Sie sich mit einer gewissen Verleugnung Ihrer Vergangenheit unter die Fahne der Regierung; vielleicht gelingt es Ihnen dann selbst Ihre Vergangenheit zu vergessen. (Gelächter links; Beifall rechts.)

Abg. v. Gerlach (gegen die Regierungsvorlage): Auf jener Seite ist darüber geklagt worden, daß so viele Richter gemäßigelt worden sind. Wenn es vorkommt, m. S., daß hier im Hause sitzt ein Mitglied des Obertribunals

und ein Präsident eines Obergerichts mit solchen Antecedentien, wie sie im ganzen Lande bekannt sind, wenn sich in dieser Versammlung im vorigen Jahre ein Mitglied eines Gerichtshofes über den höchsten Gerichtshof zu äußern konnte, daß ein Schrei der sittlichen Entrüstung durch das ganze Land ging, (Beifall rechts, Widerspruch links) und wenn heute wieder ein solches Mitglied in solchem Tone gegen den Justizminister auftreten konnte, wenn ein Gerichts-Affessor sich erlaube, seinem höchsten Justizchef gegenüber so aufzutreten, wie es heute geschehen, dann sind noch nicht genug Disziplinarurtheile vorgenommen, und ich erwarte, daß der Justizminister durch Disziplinarmittel solche Richter aus ihrem Amte zu entfernen. (Gelächter.) Die bisherigen Maßregeln sind noch lange nicht scharf genug und der Justizminister ist in meinen Augen durchaus nicht entschuldigt. (Gelächter.) Ich weiß aus eigener Erfahrung, da ich mir Mühe geben mußte, Untersuchungen gegen Richter herbeizuführen, daß dies sehr schwierig ist. Ich habe allerdings die Bekräftigung gehabt, daß ein Richter kassirt und einer zu mehrmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt worden ist, ich kann aber versichern, daß es sehr mühsam ist, zu einem solchen Resultat zu kommen, und es ist nicht recht vom Justizminister, daß er nicht mehr dafür thut. Deshalb werde ich gegen die Regierungsvorlage stimmen. (Gelächter links.)

Der Schluß wird darauf angenommen; es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Kasper: Auf die Angriffe des Abg. Wagener kann ich seiner Ausdruckweise wegen nicht eingehen, da ich sonst einen Ton anschlagen müßte, der sich mehr dem seines Freundes Gerlach nähern würde, als ich es liebe. Ich habe übrigens nicht gesagt, daß der Justizminister selbst die Frage wegen der Wahl an den von mir erwähnten Rechtsanwalt gestellt, sondern ich habe gesagt, daß der Justizminister für das verantwortlich ist, was von seinen Räten in seinem Bureau geschieht. Das Faktum steht fest und ich könnte Ihnen den Namen nennen. Auch die Mittheilung, betreffend die Instruktion der Landräthe, muß ich aufrecht erhalten. Der Abg. Schmidt hat sie mir auf Grund glaubwürdiger Thatsachen gemacht; und ich weiß, daß an das hiesige Polizeipräsidium eine ähnliche Verfügung erlassen worden ist. Was die Angelegenheit des Kreisgerichtsdirektors Zippel betrifft, so will ich den Ausführungen des Herrn Ministers gegenüber nur bemerken, daß derselbe zu den geachteten und befähigten Beamten gehört.

Abg. Schmidt (Radow): Der Vorredner hat sich auf mein Zeugniß berufen; ich sehe mich deshalb veranlaßt zu erklären, daß der angeregte Fall im Stettiner Gerichtsbezirk vorgekommen ist; in nächster Woche werde ich das Zeugniß des betreffenden Rechtsanwalts dem Hause mittheilen.

Abg. Ewesten: Der Abg. v. Gerlach hat mich dem Herrn Justizminister zur geeigneten Berücksichtigung bei Einleitung von Disziplinaruntersuchungen zc. empfohlen; ich muß darauf erklären, daß ich vollständig berücksichtigt worden bin. So lange der Justizminister Graf zur Lippe im Amte ist, ist noch kein Augenblick da gewesen, wo nicht irgend ein Verfahren gegen mich eingeleitet worden wäre, und noch augenblicklich schwebt ein Verfahren gegen mich, welches nach der letzten Session, nach der Indemnität und nach der Amnestie eingeleitet worden ist. Der Herr Graf zur Lippe erklärt, jedes öffentliche oppositionelle Auftreten der richterlichen Beamten für strafbar; das Obertribunal hat schließlich diesen Grundtag acceptirt. Dies steht aber in offenbarem Widerspruch mit Wort und Sinn der Verfassung. Ich werde deshalb auch keine Notiz nehmen von dieser Rechtsansicht, sondern öffentlich und ohne jede Rücksicht anknüpfen gegen diese Ansichten des Justizministers und die Disziplinargerichte, und jedes Disziplinarerkenntniß mit vollendetster Gleichgültigkeit hinnehmen. (Beifall.)

Justizminister Graf zur Lippe: Auf die Aeußerungen des letzten Hrn. Redners habe ich zu erwidern, daß die Disziplinar-Untersuchung allerdings erst nach Schluß des Landtags förmlich eingeleitet worden, daß aber die Vorbereitungen dazu schon früher im Gange waren und durch den Landtag nur unterbrochen wurden. Ich bemerke dabei zugleich, daß der Grund dazu eine Rede war, die in ihrer letzten Tendenz auf Revolution hinausging. (Gelächter links.)

Abg. v. Gerlach: Nach den Erklärungen des Justizministers und des Abgeordneten für Waldenburg stimme ich nunmehr für die Regierungsvorlage.

Abg. Waldeck: Der Herr Vorredner, den im Hause zu besitzen, wir leider noch nicht sehr lange das Glück haben, hat in seiner geistreichen Ausführung auch meiner gedacht; ich glaube, er könnte es wohl verüben lassen mit dem, was seine Partei bereits gegen mich angeregt hat; ich verachte alle dergleichen Denunciationen und thue nach wie vor meine Schuldigkeit; ich erwarte auch, daß dergleichen selbst von jener Seite (nach rechts deutend) gemißbilligt werde. (Beifall.)

Hiermit ist die Generaldiskussion geschlossen und es wird zur Berathung über die einzelnen Positionen geschritten. Zu Titel 1 (Gerichtskosten) nimmt Abg. v. Hoyerbeck das Wort, um den Antrag Virchow's auf Vertagung der Beschlußfassung hierüber, bis der Gesetzentwurf auf Ermäßigung der Gerichtskosten erledigt ist, zu motiviren.

Nachdem der Justizminister und Abg. Ewesten dagegen, v. Hoyerbeck nochmals dafür gesprochen, wird der Antrag Virchow abgelehnt und Titel 1 genehmigt.

Tit. 2 wird ohne Debatte genehmigt; bei Titel 3 (Strafen 240,000 Thlr.) fragt Abg. John (Lobian), weshalb man die Summe unter dem dreijährigen Durchschnitt gegriffen habe, worauf der Reg.-Kommissar v. Sydow als Grund angiebt, daß man auf die Strafgeelder nie mit voller Sicherheit rechnen könne.

Abg. John entgegnet, daß dies sich wohl besser mit dem Erlaß des Amnestiedekrets rechtfertigen lasse.

Tit. 3 wird darauf genehmigt, ebenso Tit. 4 und 5 ohne Debatte. Man kommt nunmehr zu den dauernden Ausgaben; Tit. 1, 2, 3, 4 und 5 werden ohne Debatte genehmigt.

Zu Tit. 6 (Persönliche Ausgaben für das Obertribunal) erhält das Wort Abg. Ewesten: Für Hülfarbeiter beim Obertribunal sind 1000 Thlr. auf den Etat gesetzt. An dieses Institut der Hülfarbeiter sind wir allerdings schon gewöhnt, selbst bei den höchsten Gerichten; in anderen Ländern ist dies unerbört, und es ist absolut unzulässig, weil es die ganze Rechtsgleichheit in Frage stellt und zum Schwanken bringt. Unserer Verfassung nach soll Recht gesprochen werden von lebenslänglich angestellten Richtern. Durch die Institution der Hülfrichter wird aber die Verfassung illusorisch und das Recht von dem jeweiligen Justizminister abhängig. Für den Augenblick will ich von einem besonderen Antrage auch auf Abschaffung der Hülfrichter und Vermehrung der etatsmäßigen Stellen absehen, sowohl mit Rücksicht auf den Standpunkt des Justizministers selbst, als auf die Nothwendigkeit einer baldigen neuen Organisation unserer Gerichte.

Justizminister Graf zur Lippe erwidert, daß sich im Interesse des Publikums die Beschäftigung von Hülfrichtern nicht umgehen lasse, wenn sich die Geschäfte zu sehr häuften.

Titel 6 wird darauf angenommen, ebenso Titel 7 ohne Debatte.

Zu Titel 8 (Immediat-Justiz-Examinations-Kommission) erhält das Wort Abg. v. Hoyerbeck: Ich beabsichtige, einen Antrag auf gänzliche Aufhebung der Examinationskosten einzubringen, habe aber auf eine Anfrage über den Betrag derselben von der Staatsregierung noch keine Antwort erhalten. Ich behalte mir den Antrag vor und bemerke jetzt nur, daß ein Unterschied zwischen dem dritten juristischen und kameralistischen Examen gemacht wird, indem bei dem ersteren nur diejenigen die Kosten zu zahlen haben, welche das Examen bestanden haben, bei dem anderen aber alle ohne Unterschied.

Abg. Kohlen bemängelt gleichfalls diese Einrichtung. Nachdem der Regierungs-Kommissar v. Sydow die baldige Zusendung der verlangten Nachweisung versprochen, wird Titel 8 angenommen.

Zu Tit. 9 (Gerichte 2. Instanz) stellt Abg. Krieger (Goldapp) den Antrag 3000 Thlr. Mehrausgaben für die Errichtung von 2 neuen Rathsstellen bei dem Kammergericht und 900 Thlr. zur Verbesserung des Einkommens der Oberstaatsanwälte abzulehnen. Er motivirt denselben hauptsächlich durch politische Rücksichten mit Hinweis auf die politische Anschauung des Justizministers und die eminente politische Bedeutung des Kammergerichts. Man möge, führte er aus, nicht so viel Zeit mit Disziplinar-Untersuchungen verschwenden, dann werde man auch nicht so viel Arbeitskräfte brauchen. Nachdem Reg.-Komm. von Sydow und Abg. Kohlen hervorgehoben, daß sich der Geschäftsumfang des Kammergerichts in letzter Zeit in außerordentlicher Weise vergrößert, und eine Vermehrung des Richterpersonals durchaus nothwendig sei, wird der Antrag Kriegers abgelehnt und Tit. 9 in seinen sämtlichen Positionen bewilligt.

Titel 10-14 werden ohne Debatte genehmigt. Bei Tit. 15 (Gericht erster Instanz) rügt Abg. Bassenge, daß die Besoldung der Kreisgerichts-Direktion theils zu gering bemessen, theils falsch normirt sei, indem das Anciennitätsprinzip dabei ganz außer Acht gelassen werde. Auch die Lokalzulagen an die Kreisrichter würden nicht nach richtigem Verhältniß vertheilt, da man auf die Preise in den einzelnen Städten nicht die genügende Rücksicht nehme.

Die Abgeordneten Braun und Holzappel bemängeln das zu geringe Gehalt des Stadtgerichtspräsidenten in Berlin. Der Justizminister erklärt, daß auch die Staatsregierung das Gehalt für zu gering halte, daß Abgeordnetenhause aber früher schon einmal eine Erhöhung abgelehnt habe.

Abg. Bassenge bringt das bekannte Reskript des Justizministers zur Sprache, wonach Richter polnischer Nationalität in Posen und Westpreußen keine Verwendung finden sollen und fragt, ob diese außerordentlich harte und ungerechte Maßregel noch in Anwendung komme.

Der Justizminister erklärt, daß es eine temporäre Maßregel sei, daß sie zur Zeit noch bestehe und er sich vorbehalte, sie zu ändern, wenn er es im Interesse des Staates für erprießlich halten würde.

Vizepräsident Stavenhagen übernimmt den Vorkis.

Abg. Kantak führt in einer längeren Rede aus, daß das betreffende Justizministerialreskript verfassungswidrig sei, da es mit Artikel 4. der preussischen Verfassung im Widerspruch stehe. Seine Ausführungen sind jedoch bei der, besonders auf der rechten Seite des Hauses herrschenden Unruhe schwer verständlich. Die eintretende Dunkelheit erschwert außerdem die Berichterstattung ungemein. Redner schließt mit der Hoffnung, daß mit der Amnestie nun endlich auch einmal geregelte und normale Verhältnisse in der Provinz Posen eingeführt und solche temporäre Maßregeln aufgehoben werden würden.

Abg. Kantak gegen die Gehaltszulagen für die in einzelnen Departements als Dollmetscher der polnischen, litthauischen und wendischen Sprache fungirenden Bureauassistenten. Dieselben seien unnütz, sobald der Minister nur die Verfügung wieder aufhebe, durch welche er die Assessoren polnischer Herkunft von der Anstellung in den Departements des Großherzogthums Posen und Westpreußen ausgeschlossen hat. Diese Anordnung sollte damals nur als temporäre gelten, was ist der Grund, warum sie heute noch gilt? Die Versprechungen der Könige Friedrich Wilhelm III. und IV. widerstreiten dem Geiste dieser Beschränkung. Wodurch haben die polnischen Assessoren dieses Mißtrauen verdient? In dem großen Hochverrathsprozesse figurirt kein Einziger dieses Standes, kein polnischer Assessor ist zur Untersuchung in jener Zeit gezogen worden. Polnische Assessoren haben den jüngsten Krieg mitgemacht und der Eine, der bei Nachod und Skalic mitgekämpft und Offizier geworden, ist jetzt wiederum außerhalb seiner Heimathprovinz, nach Steinau, verlegt worden. War er würdig als Offizier im preussischen Heere zu dienen, so sollte auch der Herr Justizminister ihm das Vertrauen nicht schmälern.

Abg. Michalis: Die Beschwerden des Vorredners sind so ernsthafter Natur, daß ich denselben eine größere Aufmerksamkeit gewünscht hätte, als ihnen leider von einer Seite des Hauses gewidmet worden ist. Ich würde es vollständig im Interesse des preussischen Staats halten, wenn diesen Beschwerden möglichst schnell und durchgreifend abgeholfen würde.

Bei Tit. 15 Pos. 8 kommt der Antrag Eberty, betreffend die Erhöhung der Gehälter der Subalternbeamten, zur Debatte. Abg. Bassenge als Mittraktant begründet denselben. Die Unzufriedenheit in diesen Beamtenklassen sei nicht, wie Abg. v. Vinde gemeint habe, erst durch den Antrag Kleist-Tschow erweckt worden, sondern sie sei Ausdruck wirklichen Bedürfnisses, das von allen Seiten anerkannt worden. Man stelle an die Subalternbeamten nicht geringe Forderungen der Qualifikation, und doch gelangten sie erst an der Schwelle des Greisenalters zu einem Gehalte von 5-600 Thlr.

Präsident Stavenhagen erucht die Rechte, ihre Privatkonversationen etwas zu mäßigen.

Regierungskommissar Sydow: Diese Beamtenliste ist keineswegs übersehn, seit 1859 bis 1862 sind 138,000 für sie aufgewendet, der Herr Minister hat die Zahl der etatsmäßig Angestellten vermehrt, die diätarisch Angestellten aufgebessert. Das soll auch ferner geschehen, aber bestimmte Zusicherungen können nach Lage der Sache nicht gegeben werden.

Präsident v. Forderbeck ist wieder eingetreten. Der Antrag Eberty wird angenommen.

Abg. Ewen: Allgemeine Zusicherungen, wie wir sie eben vom Ministerische vernommen, genügen nicht. Warum sollen gerade die Subalternbeamten der Justiz so viel schlechter stehen, als die der andern Ressorts? Diese Beamtenklasse ist ganz wesentlich betheiligt bei der Repräsentation des preussischen Beamtenstandes und seines guten Rufes.

Abg. Wendisch: Bei der Gelegenheit möchte ich bemerken, daß das Gehalt der gerichtlichen Mandanten nicht, wie das bei allen andern Gehältern üblich, ein Minimum und Maximum hat, sondern bis an das Lebensende gleich bleibt. Es ist ein Nachtheil, daß auf das Wachstum der Familie u. s. w. keine Rücksicht genommen wird. Von den Beamten selbst wird der Uebelstand schwerer empfunden. Ich stelle keinen Antrag, bitte aber die Regierung um Abhilfe, durch welche die Staatskasse nicht sehr belastet werden wird.

Ein Vertagungsantrag, von Eining gestellt, wird abgelehnt, die abendlichen Schatten (3 1/2 Uhr) legen sich immer tiefer über das Haus, die Berathung nimmt ein fiebrhaftes Tempo an.

Bei Titel 16, Pos. 3 und 4 erklärt sich Abg. Bassenge gegen die Remuneration, welche bei dem Berliner Stadtgerichte ausgeworfen ist für die Rassenkuratoren und für die Monatsrichter der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Er fürchtet, daß hierin die Mittel gefunden werden könnten, politische Gesinnung zu machen.

Regierungskommissar Sydow: Die Rassenkurat ist eine durch die Depositalordnung von 1789 dem Richter aufgebürdete Last, die besonders in Berlin mit schwerer Verantwortung verbunden ist. Seit Jahren in diese Remuneration bewilligt worden, von Beziehungen zur Politik ist dabei nicht die Rede.

Abg. Kohlen für die Remuneration an die Monatsrichter: Man solle sich das Bureau derselben und den fabrikmäßigen Geschäftsbetrieb daselbst einmal ansehen, um das Maß ihrer Verantwortung zu würdigen. Zu politischer Beeinflussung sei bei dem monatlichen Wechsel der Richter keine Veranlassung. Die Positionen werden angenommen.

Bei Position 9 „persönliche Zulagen für deutsche des Polnischen mächtige Richter während ihrer Anstellung im Posenischen“ fragt Abg. Kantak, welchen Umfang dies Bedürfnis noch habe?

Der Justizminister: Dieser Fonds wird noch heute gebraucht. Dieselbe Antwort ertheilt er dem Abg. Kantak in Bezug auf Position 10 „Unterstützung polnischer Auskultatoren und Referendarien, welche sich dem Staatsdienste widmen.“

Bei Position 18 kommt der Antrag Bassenge zur Debatte, welcher den Salarien-Rassenrendanten anstatt der Tantieme, die sie vom Mehrertrag der Gerichtskosten beziehen, eine feste Gehaltsverhöhung bewilligen will.

Abg. Bassenge zur Motivirung: Die Einrichtung stammt aus der naiven Anschauung, daß die Justiz eine Anstalt zum Geldgewinn sei. Die Tantieme ist gewissermaßen eine Bestechung (Unruhe zur Rechten), soweit man von einer solchen auch zur Erfüllung der Amtspflichten sprechen kann.

Regierungskommissar Sydow dagegen: Eine Gehaltsverbesserung kann neben der Tantieme immer noch in Aussicht genommen werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Bei Titel 18 (Friedens- und Handelsgerichte im Departement Köln) regt Abg. Dr. Glaser die Errichtung eines zweiten Friedensgerichts im Bezirk Saarbrück an. Der

Minister entgegnet, die Sache sei in Vorberathung, es handle sich nur um den Ort, wo das zweite Friedensgericht zu etabliren sei.

Abg. Gärtner fragt, wie es mit der Einführung von Handelsgerichten in den östlichen Provinzen stehe?

Der Minister entgegnet, daß hänge mit Einführung der neuen Prozessordnung zusammen.

Bei Titel 20 bepricht Abg. Meulenbergl die ärmliche Ausstattung der Friedensgerichte in Bezug auf Lokalen, sowie überhaupt sachliche Ausgaben.

Der Abend ist vollständig hereingebrochen, die Stenographenlampe erscheint wiederum. Ein neuer Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Abg. Schmidt (Radow): Auf dieser Seite kann Niemand mehr eine Ziffer erkennen.

Präsident: Wir kommen zu Titel 21.: Kriminalkosten. Dieser und der folgende und noch einige werden ohne Debatte in rascher Verlesung erledigt, bis das Ordinarium der Ausgaben des Etats vom Präsidenten für abgeschlossen erklärt und zugleich der Schluß der Sitzung (4 1/2 Uhr) verkündet wird.

Morgen (Sonabend) 10 Uhr soll das Extraordinarium dieses Etats, und dann der Etat des Ministeriums des Innern zur Berathung gelangen. Für nächsten Donnerstag nimmt der Präsident die Debatte der Annexionsvorlagen in Aussicht. (35. Sitzung vom 1. December.) Eröffnung 10 1/2 Uhr. Die Tribünen sind besetzt. Am Ministertisch die Minister Graf v. Culenburg, Graf zur Lippe und zahlreiche Kommissare der Ministerien der Justiz und des Innern. Präsident v. Forderbeck theilt wiederum einige Zuschriften der ober-

sten Behörden mit, betreffend den geschäftlichen Verkehr mit dem Hause in Bezug auf die Vorberathung einzelner Etats.

Ein vom Abg. Kohlen eingebrachter Antrag (siehe unten) wird der Finanzkommission überwiefen.

Abg. Dr. Eberty äußert den Wunsch, daß der Vertrag mit Sachsen gedruckt werde, er auf die L. D. gesetzt wird.

Abg. v. Vinde (Eibendorf) verlangt dasselbe hinsichtlich des Friedensvertrags mit Hessen-Darmstadt.

Der Präsident erklärt, daß der Druck in einigen Tagen vollendet sein wird.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erledigt den Rest des Etats des Justizministeriums, die einmaligen Ausgaben für Dienstgebäude, ohne Widerbruch.

Es folgt die Vorberathung des Etats des Ministeriums des Innern für das Jahr 1867. Die Einnahmen sind veranschlagt auf 703,318 Thlr. (16,145 Thlr. mehr), darunter 89,892 Thlr. aus der Polizeiverwaltung, 529,814 Thlr. aus der Verwaltung der Straf-, Besserungs- und Gefangenen-Anstalten (20,110 Thlr. mehr), 82,610 Thlr. aus der Verwaltung der Regierungs-Amtsblätter (1650 Thlr. mehr). Es erschienen in 25 Regierungsbezirken ebenso viel Amtsblätter und 24 öffentliche Anzeiger, da in Stralund kein Anzeiger erscheint, die erstern in einer Stärke von 139,550, die letztern 123,825 Jahresexemplaren. Ihr Debit bringt 61,368 Thlr., die Insertionen bringen 21,144 Thlr. ein, in Summa 82,610 Thlr. gegen 76,190 Thlr. Ausgaben. Die fortdauernden Ausgaben betragen 5,588,579 Thlr. (5416 Thlr. mehr), nämlich für das Ministerium 118,326 Thlr. (5300 Thlr. mehr), für das statistische Bureau 21,600 Thlr. (550 Thlr. mehr), für das meteorologische Institut 5000 Thlr. (500 Thlr. mehr), für die landrätlichen Behörden 948,523 Thlr. (32,570 Thlr. mehr), darunter Besoldungen 614,650 Thlr. (600 Thlr. mehr), Dienstaufwands-Entschädigungen 328,373 Thlr. (31,970 Thlr. mehr), für die Polizeiverwaltung 927,809 (34,482 Thlr. mehr), darunter für allgemeine polizeiliche Zwecke 50,327 Thlr. (1227 Thlr. weniger), Dispositionsfonds von 26,200 Thlr. und geheime Ausgaben im Interesse der Polizei 35,000 Thlr. (unverändert), Landgendarmarie 1,129,368 Thlr. (16,508 Thlr. mehr), Straf-, Besserungs- und Gefangenen-Anstalten 1,841,906 Thlr. (87,651 Thlr. weniger), da u. a. die sächlichen Ausgaben sich um 92,659 Thlr. gegen das Vorjahr vermindert haben. Wohlthätigkeitszwecke 402,714 Thlr. (600 Thlr. weniger), darunter zur Unterstützung von Kriegern aus den Jahren 1806-15 299,140 Thlr.; allgemeine Ausgaben für verschiedene Bedürfnisse der Verwaltung des Innern 24,143 Thlr., Dispositionsfonds für dieselbe 300 Thlr., Amtsblätter 76,190 Thlr., in Summa 103,333 Thlr. (3657 Thlr. mehr). Die einmaligen Ausgaben für 1867 betragen 98,200 Thlr. (um 60,200 Thlr. mehr), darunter 17,500 Thlr. für das statistische Bureau, 30,000 Thlr. für die Polizeiverwaltung, 50,700 Thlr. für die Strafanstalts-Verwaltung.

Reg.-Kommissar Wulfsbein: Der Etat ist fast durchgängig übereinstimmend mit dem für 1866. Die neuen Veranlagungen bestehen mit Ausnahme einer Position von 31,900 Thlr. für die landrätliche Verwaltung wesentlich aus den Beträgen, welche ursprünglich für 1866 angelegt waren, deren Verwendung aber ausgeschlossen blieb. Diefelben sind in den Nachweisungen pr. 1866 enthalten, und belaufen sich in ordinäre: auf 58,217 Thlr. und in extraord.: auf 65,700 Thlr., im Ganzen also auf 123,917 Thlr.

Abg. v. Unruh: Der Herr Minister des Innern hat neulich in spöttlicher Weise gesagt, es scheine, daß eine Fraktion, die sich der Regierung genähert, sich plötzlich fürchte vor ihren Wählern dadurch Schiffbruch zu leiden und nun jede Gelegenheit benutze, um Opposition zu machen; daß ferner die Voraussetzung eines Dualismus im Ministerium eine irriige sei. Es scheint mir fast, als ob er meinen Freunden und mir speziell diese feindseligen Vorwürfe gemacht hat wegen einiger Briefe, welche ich an meine Wähler gerichtet habe. Ich glaube nun, daß man eine Trennung zwischen äußerer und innerer Politik bei der Indemnitätserklärung vornehmen mußte, und daß es gar keiner Rechtfertigung vor den Wählern bedarf, wenn man die äußere Politik unterstützt. Der Herr Ministerpräsident selbst hielt eine solche Trennung für sehr notwendig. Es wurde damals bei der Anleihefrage das Vertrauen des Hauses zur Regierung in Anspruch genommen und da wäre es sehr vielen meiner Politischen Freunde sehr schwer geworden, auf dieser Basis der Anleihe zuzustimmen. Erst der Herr Ministerpräsident hat die Sache auf den rechten Fleck gestellt, indem er das Vertrauen zu seiner auswärtigen Politik in Anspruch nahm, zur Sicherung und Wehrung ihrer Resultate. Ich sehe den Dualismus allerdings als bestehend an. Ich halte den Ministerpräsidenten nicht für liberal und habe ihn nie dafür gehalten. Seine Neigungen stehen entschieden auf der konservativen Seite, ich glaube aber, daß seine Einsicht weit über seine Neigungen geht, wo es sich um die Erreichung großer Zwecke handelt. Ich finde in seiner Politik im Gegensatz gegen unsere innere Politik dieselbe Tendenz wie in der Politik Friedrichs des Großen, d. i. einen selbständigen, kräftigen, widerstandsfähigen Staat innerhalb Deutschlands zu schaffen. Diese war aber keine konservative, sie war entschieden revolutionär, sie war eine Aufsehnung gegen Kaiser und Reich, gegen den Kaiser, der Deutschland schädigte; sie verlegte gründlich die historischen Ueberlieferungen, aber sie entsprach dem Bedürfnis. Sehen Sie auf den Ursprung Preußens: er ist revolutionär. Wir haben dann noch eine revolutionäre Periode, nicht von unten herauf, sondern von oben herunter, die Gesetzgebung von 1808-1813, vielleicht bis 1821, welche sich die Früchte der französischen Revolution angeeignet. Wenn Sie (nach rechts) auch jetzt noch gewisse Bedenken gegen diese Gesetzgebung haben, so werden Sie doch nicht läugnen können, daß darauf die intensive Kraft Preußens beruht. In diesem Sinne also nenne ich die Politik des Grafen Bismarck nicht konservativ, sondern, wenn Sie wollen, revolutionär. Dem Ansinnen des deutschen Fürstentages trat er mit der Antwort entgegen: allgemeines, gleiches Wahlrecht mit geheimer Abstimmung! Ob das konservativ ist, mögen Sie selbst entscheiden. Die jetzt enthaltene äußere Politik des Grafen Bismarck war schon Jahre lang darauf gerichtet, Ostreich aus Deutschland zu entfernen. Auch die Beseitigung der Kleinstaaterei ist nicht konservativ, und ebenso verhält es sich mit dem Legimitätsprinzip.

(Der Präsident unterbricht den Redner und bittet ihn, mehr zur Verwaltung des Innern zu sprechen.)

Abg. v. Unruh: Der Herr Minister des Innern hat speziell auf diese Politik des Grafen Bismarck hingewiesen und in Bezug darauf mich und meine Freunde bespöttelt.

Der Präsident erklärt, daß er eben deswegen den Redner bisher nicht unterbrochen habe; er bittet aber wiederholt, doch speziell auf den vorliegenden Etat des Ministeriums des Innern zu kommen.

Abg. v. Unruh: Der Herr Minister des Innern hat früher gesagt, die Regierung werde uns bis zu einem gewissen Punkte entgegenkommen; seine späteren Erklärungen scheinen dies wieder anzubeden. Er hat sich die schmerzhafteste Aufforderung erlaubt, wir möchten doch die Regierung unterstützen, so lange sie es nicht zu arg macht; uns genügt es, wenn sie es nur arg macht! Ueberhaupt schien mir in seiner und in den Reden des Herrn Justizministers das naive Zugeständniß zu liegen, daß die Regierung, je nachdem es ihr scheint, strenger oder nachgiebiger sein könne. Wenn uns gesagt wird: „verlangen Sie doch nicht zu viel“, so frage ich nur, was verlangen wir denn anders, als die Erfüllung der Verfassung? Unsere Tendenzen in der innern Politik sind nicht gegen die Personen gerichtet; wir können es den Herren überlassen, in wiefern es ihnen möglich ist, ihre Grundanschauung in Uebereinstimmung zu setzen mit den jetzigen Forderungen des Staates. Unsere Lage ist in der That jetzt noch, wie ich glaube, so gefährlich, daß wir keine Verzögerung eintreten lassen dürfen auf diesem Wege. Dagegen bin ich der Ueberzeugung, daß unsere jetzige innere Politik keinen Erfolg erreichen kann in Bezug auf diese nabeliegenden großen patriotischen Zwecke. Nassau war, ehe es preussisch wurde, preussischer als jetzt, eben so ist in Hannover Nichts gebessert; es ist eben Thatfache, daß die Freunde, welche Preußen dort hat, die Liberalen sind. Schließt die Regierung dort ihren Frieden mit den Konservativen, so wird sie einen ewigen Krieg mit den Liberalen dort haben. Folgt daraus, daß die innere Politik im Gegenlatz zu dem steht, was nothwendig ist, so kann ich die Verantwortung den Personen überlassen. Ich werde aber gegen alle Positionen stimmen müssen, welche ein Vertrauensvotum für die innere Politik enthalten (Bravo links).

Der Minister des Innern Graf v. Culenburg: Meine Herren! Da ich vollständig unvorbereitet war auf die Apostrophe des Herrn Vorredners, so werden Sie mich entschuldigen, wenn ich mich in der Weise, wie ich es thun werde, gegen die Vorwürfe desselben vertheidige. Vor allen Dingen muß ich erklären, daß ich niemals über meine Partei gepöbelt habe; jedoch wenn ich hin und wieder einen Ausdruck wie „zu arg“ gebraucht habe, daß ich auch damals nicht vorbereitet und durch die Verweigerung von Fonds, deren Bewilligung ich vorausgesetzt hatte, propostirt worden war. Wenn aber Herr (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

v. Unruh so weit anholt, um meiner Versicherung gegenüber die Behauptung einer Differenz innerhalb des Ministeriums aufrecht zu erhalten, so muß ich ganz einfach wiederholen, daß das nicht der Fall ist, und daß dies auch aus seinen Argumenten sich nicht schließen läßt. Wenn ich auch einmal zugeben soll, daß die Politik des Grafen Bismarck nach Außen revolutionär gewesen wäre, so kann das doch mit dem Konservatismus nach Innen manchmal nicht nur verträglich, sondern sogar erforderlich sein. Es ist also nicht zu schließen, daß derjenige, der in der auswärtigen Politik revolutionär ist, gleiche Tendenzen im Innern verfolgen muß. Und daß man auch für das allgemeine Stimmrecht sein kann, ohne gerade liberal zu sein, ergibt sich schon daraus, daß sehr viele Leute existieren, welche sagen, dasselbe sei eigentlich ein echt konservatives Prinzip. (Heiterkeit.) Wir werden ja leben, wer Recht hat. Nun sagt Herr v. Unruh, die liberale Partei bekämpfe im Ministerium nur die Prinzipien. M. H., wenn Sie das befolgen möchten, so würden wir uns leichter verständlich können, als das bisher geschehen ist. Die konservative Partei, jedenfalls aber die konservativ denkenden Leute, wie sie am Ministerium sitzen, haben das vor Ihnen voran, daß sie wirklich sachlich handeln. Alle meine Kollegen sind weit entfernt, gegen die Mitglieder der liberalen Partei, die Jahre lang gegen die Regierung agitirt haben, einen persönlichen Haß zu empfinden. Weder die Regierung noch die konservative Partei hat jemals einen vernünftigen Beschluß deswegen befohlen, weil er von der liberalen Partei ausgegangen war. Sie aber haben das sehr oft gethan, nur weil er vom Ministerium oder von jener Seite (nach der Rechten deutend) kam. Und so lange Sie damit fortfahren, so lange wird diese Spannung zwischen uns zum größten Schaden des Landes fort dauern.

Meine Herren, wenn Sie sich nicht von dem Gedanken durchdringen, daß von dem Augenblick, wo wir die Indemnität verlangten und Sie sie bewilligten, der volle Wille bei uns vorhanden war, fortan zusammenzugehen mit der Landesvertretung, wenn nicht auch Sie diesen Willen haben — und denselben in vollem Maße betätigen, nicht also aus Prinzip Opposition machen — wir wollen ja gern Opposition haben, denn die Opposition berichtigt die Ansichten, aber nicht eine solche Opposition, die gemacht wird, um Opposition zu machen — wenn Sie fortfahren, Positionen in dem Etat zu streifen, bloß weil sie in dem Etat des und des Ministers stehen, so ist das ein Zeichen, daß Sie den Willen, sachlich mit der Regierung zu gehen, nicht haben, und so kommen wir dahin, daß die Positionen für die wichtigsten Zweige der Verwaltung von einer Majorität von ein, zwei Stimmen abhängig sind. Ich halte das für einen sehr bedauernden Zustand. Es ist oft gesagt worden: „was wollen denn eigentlich die jetzigen Minister? Sind alle die Maßregeln, die uns entgegenkommen, nicht von einem Theile derselben befohlen worden?“ Dieser Behauptung gegenüber kann ich nur einfach an der Versicherung festhalten, daß an der Erzählung von einem Dualismus im Ministerium kein wahres Wort ist. So ist noch gestern erwähnt worden, daß einzelne Minister sich der Indemnitätsforderung entgegengesetzt hätten. Das ist nicht wahr; nur über die Form ist man zweifelhaft gewesen, nur die Frage lag vor, in welcher Form sollen wir das Budgetrecht des Hauses anerkennen? Aber über die Sache selbst ist nirgend auch nur irgend eine Meinungsverschiedenheit dagewesen, nachdem der Sieg bei Königgrätz erfochten war. Wir sagten uns: dieser Moment ist nicht geeignet, um jetzt mit der Volksvertretung kurzen Prozeß zu machen, obgleich wir stark genug dazu waren. Gerade in diesem Moment, wo die Krone Preußen so stark dastehet, wollen wir zeigen, daß wir verfassungsmäßig regieren wollen, daß es uns um die Sache und nicht um die Personen zu thun ist. Jetzt ist der Moment gekommen, wo wir mit ihnen zusammengehen können, weil keine Veranlassung mehr vorliegt, gewisse Rechte des Königs, wie wir sie aufzählten, mit der Schärfe zu verteidigen, zu welcher wir früher gezwungen waren. Insofern ist das Ministerium ganz einig. Wie wäre es sonst möglich, daß wir dennoch zusammengehen könnten? Es wäre ja gar nicht denkbar. Nun geben Sie das zu; allein, fragen Sie weiter, wie werden sich die einzelnen Minister in die neue Lage finden. Dem Grafen v. Bismarck gestehen Sie das zu, denn der ist ja revolutionär nach Außen, also wird er auch wohl liberal nach Innen werden können. Der Kriegsminister ist auch sehr liberal, und der Herr v. d. Heydt, der hat auch schon so einen liberalen Anstrich. (Heiterkeit rechts.) Aber die anderen Minister werden sich nicht hineinfinden können in die neue Lage. Meine Herren, wer hat denn eigentlich die neue Lage gemacht? Haben Sie sie gemacht oder wir? Wir sind es gewesen, meine Herren, und wir sollten uns doch wohl in das Bett hineinlegen können, das wir uns selbst gemacht. Ihnen, Ihnen allein fällt es schwer, sich in die neue Lage hineinzufinden. Ihn Sie das aber endlich, und gehen wir dann gemeinsam an die Arbeiten, die das Land bedarf! Sie werfen uns Mangel an Organisationen vor, aber waren solche Arbeiten in den letzten vier Jahren möglich? Man hatte ja nicht den Muth, mit irgend einem Reformvorschlage vorzugehen, gegenüber einem prinzipiellen Widerstande und einer erzkämpften Majorität. Also finden Sie sich hinein in die neue Lage, wir stehen darin und wir werden Ihnen das bei jeder Gelegenheit beweisen. Schon jetzt, sagt Herr v. Unruh, sei die Verfassung in den neu erworbenen Ländern größer als Anfangs. Ich weiß nicht, woher Herr v. Unruh diese Nachricht hat, aber ich will das einmal zugeben. Es ist das ja ganz natürlich, daß bei einer ganz neuen Ordnung der Verhältnisse in diesen Ländern sich eine gewisse Zustimmung der Gemüther bemächtigt. Aber tragen wir denn die Schuld dessen, oder ist vielleicht Herr v. Batow die Ursache davon? Die Civilkommissare haben bis jetzt eigentlich souveräne Gewalt in jenen Ländern; wir können nicht eher Verfügungen treffen, als bis wir die Civilkommissare darüber gehört haben. Und so weit sind wir noch nicht; erst in drei bis vier Monaten wird die Fülle der von diesen gesammelten Erfahrungen zu definitiven Resultaten führen. Aber was wir gethan haben sollen, um diese Zustimmung herbeizuführen, weiß ich wahrhaftig nicht, es müßte denn, wie gesagt, speciell in Nassau v. Batow die Schuld tragen. Daß in den neuen Landestheilen gerade die Liberalen die Freunde Preußens sind, weiß Niemand besser als ich. Wir stehen gerade mit den liberalen Elementen in jenen Ländern in sehr naher Verbindung. Die Konservativen dort schlagen sich mit ihrer Widerhaarigkeit selber ins Gesicht, und wenn sie sich an dem, was geschieht, nicht betheiligen, so ist das ihr eigener Schaden. (Zustimmung rechts.) Aber dann wären es ja eben nur die Konservativen, welche mißgerathen sind, und wenn das der Fall ist, so wird sich doch Herr v. Unruh darüber wohl nicht beklagen. — Meine Herren, Sie sagen, jede Verwaltung müsse absolut nach Prinzipien geführt werden. Das ist nicht wahr; die Regierung ist weiter nichts, als eine Versammlung von adt bis neun Menschen, die menschlich handeln und menschlich denken, und die den Staat etwa in derselben Weise verwalten, wie etwa der Magistrat die Stadt, nur im größeren Maßstabe. Da ist nun nichts gefährlicher, als zu denken, ein solcher prinzipieller Rechtsgrundsatz sei durchführbar. Gabe es nur Rechte und Prinzipien, die durchzuführen sind, so kämen wir in einen Formalismus hinein, der auf die Dauer unhaltbar wäre. Es muß allerdings zu merken sein, ob konservativ oder liberal oder demokratisch regiert wird, ein Grundton muß erkennbar sein, aber bloß jeden Augenblick Prinzipien zur Geltung zu bringen, wäre auch für Sie (zur Linken) unmöglich. Ohne also gerade scharfe Partei zu sein, bleibt die Regierung aus Menschen zusammengesetzt, welche Menschen zu regieren haben und menschliche Klugheit anwenden müssen. Das ist stets meine Ansicht gewesen, dabei bleibe ich. Ich habe leidenschaftlos gesprochen, wie ich es bin; ich erneuere aber den Appell an Sie, finden Sie sich in die neue Lage und versuchen Sie einmal sachlich zu sein. (Bravo rechts.)

Abg. v. Hennig: Der Herr Minister präntendirt, ganz leidenschaftlos gesprochen zu haben, aber er hat sich doch einer starken Verkennung der Personen schuldig gemacht. Was soll uns, die er angegriffen hat, dazu führen, die Personen dieser Minister zu haßen? Der Abg. v. Blandenburg hat neulich ganz richtig bemerkt, daß wir keine Ansicht hätten, die Nachfolger dieser Herren zu werden; welches persönliche Motiv sollte uns also wohl bei unseren Angriffen leiten? Unsere Opposition hat vielmehr einen durchaus sachlichen Ursprung gehabt, die Ueberlastung nämlich des Landes durch ein übergroßes stehendes Heer. Wir haben geglaubt, von dieser Opposition absehen zu können, als wir in der Thronrede die Versicherung erhielten, in Folge der Annexion werde eine Erleichterung der Militärlast eintreten, und deshalb haben wir die Indemnität ausgesprochen, den Kredit bewilligt. Der Herr Minister hat später von der moralischen Verpflichtung gesprochen, welche das Ministerium nöthigen werde, andere Wege zu betreten, und das eben tabeln wir, daß er dies Wort nicht gehalten hat, daß er vielmehr ausdrücklich erklärt, er werde nach wie vor in den Nichtbestätigungen bei Kommunalämtern fortfahren, also keinerlei nur an die Personen sich halten will. Der Herr Minister treibt persönliche Politik, nicht wir. Diese Herren können nicht vergessen, nicht wir. Der Herr Minister bestreitet, daß er neulich gegen uns geschäftet habe und sicherlich thut er gut daran, das in Abrede zu stellen, denn jener Spott fiel auf ihn selbst zurück. Wenn wir, wie er meinte, sündeten, Schiffbruch vor unseren Wählern zu leiden, so räumt er damit ein,

daß er selbst der Zustimmung des Landes nicht ganz sicher sein müsse. Man spricht von zwei Seelen im Ministerium; mir ist diese Frage sehr gleichgültig, ich bin nur der Ueberzeugung, daß es nicht möglich ist, so fortzuführen im Innern, wie das bisher geschehen. Wir werden nicht immer einen Staat so überfallen, wie diesmal Oestreich (große Unruhe zur Rechten; der Redner bemerkt gegen dieselbe: Diese Art, mir ein Mißfallen zu bezeigen, läßt mich sehr gleichgültig). Ja, meine Herren, überaus; das erkennen selbst unsere Militärs an und es gereicht ja unserer Regierung zum Verdienste, daß sie es verstanden hat, den Gegner zu überfallen, bevor er genügend gerüstet war. Aber eine solche Ueberlastung gelangt nicht immer, und deshalb muß Preußen auch noch immer verstärkt werden; daß das anders, als auf Grundlage einer gesunden Provinzial-Kreis- und Gemeindeordnung geschehen könne, das glaube ich nicht. Und die Schritte des Ministeriums versprechen eine solche Wandlung nicht. Ob der Dualismus unter den Personen besteht, das ist mir gleichgültig; die Hauptfrage bleibt, daß die Politik der Regierung nach innen eine gleiche sein muß, wie nach Außen. Es ist unmöglich, daß man nach Außen revolutionär sei, während man nach Innen konservativ bleiben will. Man hat auf das allgemeine gleiche Wahlrecht hingewiesen. Ob dasselbe in demokratischem oder in konservativem Sinne sich bewahren wird, das weiß ich nicht; das Eine aber weiß ich, daß die Regierung weit stärkere Mittel auch in dieser Beziehung besitzt, als wir, die Landräthe, die Gendarmen, ihre verantwortungsfreien Zeitungen, in denen man uns auf alle Weise ungestraft verleumdet, während unsere Blätter fort und fort konfiscirt werden (Unruhe zur Rechten; der Redner wendet sich dagegen mit den Worten: daß ich Ihnen damit nichts Angenehmes sage, das weiß ich; aber dazu bin ich auch nicht auf diesem Plage). Unsere Blätter werden fort und fort konfiscirt und lieber hat sich durch die Besetzung unserer Nichterstellen auch dort ein Geist eingeschlichen, der uns nicht mehr trägt für unbefangene Auslegung des Gesetzes. Es ist möglich, daß das Norddeutsche Parlament ein reaktionäres wird; aber ich weiß nicht, was Sie damit machen wollen. Aus Mecklenburg, aus Hannover werden derartige Elemente schon genug in das Parlament kommen; gestellt sich diesen auch noch eine Mehrzahl aus Preußen zu, so begreife ich nicht, was damit zu Stande gebracht werden soll? Es wird gar wenig sein. — Wir bekämpfen die Etatspositionen nicht wegen gewisser Personen, sondern wegen ihrer mangelhaften Verwaltung, an denen die Minister selbst die Schuld tragen; die Person ist uns sehr gleichgültig. Wir verurtheilen es, wenn s. B. aus den geheimen Fonds der Stifter einer neuen Religion nach Dresden geschickt wird, um dort ein neues Blatt zu gründen. Er hat freilich dort nur erbittert, aber keinen Erfolg gehabt. Der Minister hat uns gesagt, daß er niemals Stadträthe bestätigen werde, welche die Anträge oppositioneller Wahlkomites unterzeichnet haben, aber der Herr Minister bleibt nicht einmal bei diesem Worte stehen. In Schöneberg s. B. hat er ein früheres hochachtetes Mitglied dieses Hauses, den Rittmeister a. D. Herrmann (Hört, hört!) als Stadtrath nicht bestätigt, obwohl dieselbe niemals gegen das Ministerium gestimmt, niemals einem Wahlkomite oppositioneller Natur angehört hat. So hält der Herr Minister nicht einmal seine eigenen Versprechungen. Solcher Thatfachen giebt es viele; aber sie lassen sich nur in seltenen Fällen konstatiren, da sie meist nur unter dem Siegel der Diskretion mitgetheilt werden. Rüge dies Hinderniß nicht vor, so ließe sich noch Vieles anführen. Es ist, wie gesagt, uns vollständig gleich, ob der Herr Minister einem Andern, der doch ebenfalls nur konservativ sein würde, Platz macht, und so mögen sie uns endlich mit so unbegründeten Vorwürfen versehen. (Bravo links.)

Abg. v. Foltwilt: Ich freue mich, daß die heutige Debatte nicht den Ton der gestrigen anschlügt, daß besonders der erste Herr Redner in so würdiger Weise gesprochen hat. Ich würde demnach keinen Grund zur Erwidrerung haben, zumal nachdem der Herr Minister selbst so ausreichende Antwort ertheilt hat, wenn ich nicht konstatiren wollte den vollständigen Widerspruch, der zwischen unsern Anschauungen und denen der Gegenseite herrscht, und wenn ich nicht außerdem etwas entgegen möchte auf die kleinen Scherze, die sich der Vorredner mit uns erlaubt hat. Der Sieg von Königgrätz, m. H., ist nicht irgend einer Ueberlastung zu verdanken, sondern der Tapferkeit unseres Heeres, der weisen Kriegsführung unter dem Oberbefehl unseres Königs, der Aufopferung endlich unseres ganzen Volkes. Damit hat eine neue Kreisordnung nicht zu schaffen, ich halte es auch für die Zukunft mit dem alten Vertrauen auf unsere Armeen. Der Herr Vorredner hat uns von dem Schleier der Diskretion gesprochen, der ihn hindere, noch Weiteres zu enthüllen. Aber er vergißt dabei, wie oft dieser Schleier sich trügerisch erweist und schließlich in Zeitungsenten sich auflöst. Der Vorredner behauptet, keinen Haß gegen die Minister zu empfinden? Aber es ist eine alte Erfahrung, daß derjenige, welcher Angriffe forciert, leidenschaftlicher ist als derjenige, welcher nur Angriffe abzuwehren, sich nur zu verteidigen hat. Und soll ich an gestern erinnern, was das etwa nicht der Ton persönlicher Haßes? Der Vorredner rechnet auch die Nichtbestätigung von Stadträthen, weil eben bestimmte Personen davon betroffen werden, unter eine persönliche Politik. Unter solcher Auffassung löst sich freilich der ganze Staat in Persönlichkeiten auf. Man spricht immer wieder von den zwei Seelen im Ministerium? Sieht denn etwa Graf Bismarck, dieser Mann aus Einem Guß, durch den in Preußen Alles geschieht, wie ein Janusfuß aus? Den Hauptvorwurf, den stets wiederkehrenden, habe ich heute zwar nicht gehört, den Vorwurf nämlich eines Mangels an schöpferischer Thätigkeit des Ministeriums; aber da der Herr Minister ihn in seiner Rede berührt, so erlaube Sie mir auch darauf einzugehen. Das Ministerium hatte in den vier Jahren des vorangegangenen inneren Kampfes stets nur die Stellung eines Fechters einzunehmen und dabei kann man nicht positiv arbeiten, nicht schaffen. Ja, die Kinder Israels, als sie aus der babylonischen Gefangenschaft zurückkehrten, haben freilich die Mauern ihrer Hauptstadt Jerusalem wieder aufzubauen, in der einen Hand die Keule, in der andern das Schwert — aber das, m. H., ist auch die größte That der Geschichte! (Stürmische Heiterkeit.) Sie haben es (zur Linken) in den letzten Jahren zu erreichen gewünscht, daß das Land stets mit einer Art von Vergrößerungsglas auf die Thätigkeit dieses Hauses hinblickte, aber das Land ist des Konfliktes jetzt berzlich überdrüssig; hüten Sie sich, daß der Tubus jetzt nicht umgekehrt werde, wo dann bekanntlich der Angehaute nur als kleine tomische Figur erscheint; hüten Sie sich, daß man nicht über Sie zur Tagesordnung gehe! (Bravo rechts.)

Abg. Jung: Es ist uns als eine Art liebevollen Haffes hingestellt worden, wenn das Ministerium jeden Anderdenken maßregelt und verfolgt — geschieht das etwa nach dem Worte der Bibel: Wen er lieb hat, den züchtigt er? Wir dagegen sollen stets nur systematische Opposition gemacht haben, als wenn wir nicht alles Acceptable, das uns diese Regierung geboten, stets angenommen hätten. Oder klagt man uns etwa deshalb an, daß wir damals die Presfordonnanz zurückgewiesen haben? Selbst in der Militärreorganisation haben wir wiederholt das möglichste Entgegenkommen gezeigt. Man spricht von Königgrätz; nun, meine Herren, nicht wir, nicht Sie haben diesen Sieg gemacht, sondern er ist eine That des preussischen Volkes und eines Volksgeistes, dessen Macht größer ist als die des Bündelgewehres, dessen selbstbewußte Macht von der liberalen Partei stets erkannt und gepflegt worden ist. (Gelächter zur Rechten.) Ein wahrhaft konstitutionelles Ministerium würde noch ganz andere Erfolge gehabt haben (Heiterkeit zur Rechten); es würde nicht bei der Mainlinie stehen geblieben sein. Sie antworten auf unsere Gründe nur mit Hohngeklächter oder gar, wie gestern, in offener Drohung; wären Sie eine wahrhaft konservative Partei, so müßten Sie auf unsere Forderungen freitretend eingehen. Sie müßten uns beweisen, warum sie überhaupt oder warum sie jetzt nicht berechtigt. Anstatt dessen sind Drohungen, Scherze sehr zweifelhafter Natur, Hohngeklächter Ihre einzige Erwidrerung. Wir sollen, wirft man uns vor, durch unsere Opposition den Kompromiß verlegen, der durch die Indemnität geschaffen sei. Aber darauf antwortete ich mit dem Herrn Minister: Haben wir denn etwa durch diese Indemnität unsere Natur aufgegeben? Ueberall ist in der Welt wird eine Reorganisation des Geistes verlangt und mit Reorganisation der Waffen wird beantwortet. Auch Barbaren können Bündelgewehre haben und neue Schwadronen schaffen, eines Kulturvolkes würdig ist die innere Reorganisation. Jetzt wäre die Zeit nicht dazu, wirft man uns ein. Gerade wenn der Staat in der Vollkraft der Gesundheit sich gezeigt hat, in dem Vollbewußtsein des Sieges ist die geeignetste Zeit oder sollen wir etwa wieder warten, bis, wie 1858, das Vaterland am Rande des Abgrundes steht? In Nassau. Dessen ist die Einverleibung von einem großen Theile der Bevölkerung erst mit Jubel begrüßt worden, das ist jetzt verstimmt, der Partikularismus regt sich immer stärker, weil man an der inneren Kraft Preußens verzweifelt. (Unruhe zur Rechten.) In Nassau hat man die verhassten Kreaturen des Herzogs in ihren Aemtern gelassen und die freisinnigen Elemente zurückgeschoben. Unsere systematische Opposition ist vielmehr die systematische Forderung eines Aufbaues Preußens im Sinne des großen Staatsmannes Stein. Wenn man einwendet, ein Stein finde sich nicht sofort, so entgegne ich, daß

die Beuten auch weit günstiger sind und Vieles inzwischen vorgearbeitet ist. Sie aber, Sie (zur Rechten) unterstützen nur das alte partikularistische Preußen, das als solches niemals im Stande sein wird, an die Spitze Deutschlands zu treten. (Bravo links.)

Abg. v. Kardorf: Die erwähnten Mißstände sind nicht durch die Person der Minister, sondern die Stellung uneres Beamtenkörpers bestimmt, dem es an geschichtlicher Kontinuität seiner Entwicklung fehlt. Ich schwärme weder für die Landrathskammer, wie für eine Kreisrichterammer. So lange aber Richter solche Invektiven gegen die Minister schleudern, wie es gestern hier geschehen ist, können die Minister nicht anders verfahren, als sie es gethan haben.

Abg. v. Carlowitz: Die Indemnitätsertheilung wird von der rechten Seite ganz eigenthümlich aufgefaßt. Sie möchte die alten berechtigten Wünsche und Anträge der liberalen Partei nur als Bruchstücke einer antiliberalen Zeit betrachten und uns eben nur erlauben, zu den Vorlagen der Regierung immer „ja“ zu sagen, wenn auch mit saurer Miene, während sie es mit frohlockender thun. Die Indemnität war und ist nichts weiter als eine Verzeigung für das budgetlose Regiment, bis zu der Zeit, für welche Indemnität ertheilt ist; nichts mehr und nichts weniger. (Sehr wahr.) Wir glauben aber auch, daß wir uns durch sie auf das Entgegenkommen der Regierung ein Recht erworben haben, wovon allerdings bis heute noch keine Spur zu entdecken ist.

Abg. v. Binde (Hagen): Was nützen uns diese Debatten? Glauben Sie, daß Sie die annerkinten Länder mit preussischem Geiste befehlen, daß Sie die andern norddeutschen Staaten zu angenehmen Bundesgenossen für uns machen, wenn Sie von jeder wunden Stelle unseres staatlichen Lebens den Schleier abreißen? Glauben Sie wirklich, daß Sie die Minister des Innern und der Justiz durch solche bestige Angriffe aus ihren Stellungen entfernen werden, und leben Sie denn gar nicht ein, daß sie hierdurch beide Persönlichkeiten erst recht befestigen? Wozu schleudern Sie denn so bestige Invektiven in das Land? Doch nur für die Zeitungen und für Ihre Wähler; Sie wüthen dabei aber gegen ihr eigenes Fleisch und Blut. Die Vorwürfe sind übrigens zum großen Theil unbegründet; eine Erleichterung des Kriegsbudgets ist gegenwärtig nicht möglich und nicht rathsam, daß der Minister des Innern alle Organisationen, die man verlangt und die theilweise in Aussicht stehen, nicht so plötzlich einführen kann, zumal bei den so verschiedenartigen Zuständen in den annerkinten Ländern ist eben so klar. Daß er solche liberale Stadträthe, die der Regierung für den Krieg kein Geld bewilligen wollten, nicht bestätigt hat, halte ich für ganz gerechtfertigt; denn es zeugt von einem großen Mangel an Patriotismus, kein Geld bewilligen zu wollen, wenn die Erfinden des Vaterlandes auf dem Spiele steht, und ein Mann, der das thut, ist nicht einmal zu der Stelle eines Nachwächters geeignet. (Bravo rechts. Gelächter links.) Es läßt sich nun einmal nicht weglugnen, daß Sie glänzendes Fiasko mit Ihrer Opposition gegen die Regierung gemacht haben. (Bravo rechts.) Die Aeußerung des Abgeordneten v. Hennig, daß Preußen durch Ueberlastung über Oestreich gesiegt habe, muß ich auf das Lebhafteste bedauern; denn es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, in den Augen Preußens und Deutschlands die Großthaten unserer Regierung zu verkleinern. Oestreich hat lange vorher gerüstet, und wußte auch, daß Preußen rüstete. Lesen Sie die österreichischen Zeitungen und die Verhandlungen der österreichischen Anttage; die geben ganz andere Gründe für die Niederlagen Oestreichs an, nämlich den Mangel an verfassungsmäßigen Zuständen in Oestreich, das Darniederlegen des öffentlichen Geistes. Unsere auswärtige Politik ist liberal geworden und ich freue mich, daß Graf Bismarck endlich einmal den rechten Weg eingeschlagen hat. Man kann es dabei der rechten Seite nur zur Ehre und zum höchsten Lobe anrechnen, daß sie im Stande war, ihre früheren Ansichten zu modifiziren und in diese Bahnen mit einzulenten. Deshalb können ich und meine Freunde jetzt auch in vielen Punkten mit diesen Herren übereinstimmen; daß Sie (zur Linken deutend) trotzdem in systematischer und persönlicher Opposition verharren und nicht lieber mit uns gehen, ist ein großer Fehler! (Gelächter links.) Ich bin auch der Ansicht, daß man auf die Dauer keine solche auswärtige Politik fortführen kann, ohne auch im Innern liberale Tendenzen zu verfolgen; die annerkinten Länder lassen sich nicht anders als liberal regieren; aber Ihre Art und Weise (zur Linken gewandt) ist nicht richtig und nicht praktisch. Es ist besser, jetzt das Urtheil über die vermeintlichen Uebelstände bei uns zu suspendiren, und jetzt nicht Alles hervorzuheben, was an der Regierung auszufegen ist, bloß um seine Gefinnungstüchtigkeit zu zeigen. Warten Sie damit lieber noch. Wenn Sie aber nicht warten können, wird es Ihnen auch nichts helfen; Sie sind einmal nicht zu belehren und müssen dann auch den Schaden tragen. (Gelächter.) Daß die neuen Landestheile nicht mehr so passionirt für die Vereinigung mit Preußen sind, wie man es wohl erwarten könnte, hat hauptsächlich darin seinen Grund, daß es Deutschen überhaupt schwer fällt, alte Gewohnheiten aufzugeben. In Hannover kommt noch der Umstand hinzu, daß man wirklich ohne alle Berechtigung für den Monat November dort eine doppelte Steuer ansag geschrieben hat, was doch eigentlich nichts weiter ist, als eine nachträgliche Kontribution; dazu die Furcht vor der allgemeinen Wehrpflicht, die man später als eine Wohlthat schätzen lernen wird. — Das Programm, welches eine Partei dieses Hauses aufstellt, die auswärtige Politik der Regierung zu unterstützen, die innere aber zu bekämpfen, erscheint mir vollständig inhaltslos und nicht durchführbar. An den Großthaten der letzten Zeit hat jeder einzelne der jetzigen Minister seinen mehr oder weniger wirksamen Antheil, und Sie müßten deshalb auch die Fonds bewilligen, die zur Durchführung ihrer Politik notwendig sind. (Beifall rechts.)

Abg. v. Hoyerbeck: Darin kann ich mit dem Vorredner übereinstimmen, daß die Herren von der liberalen Seite, die das bestimmte neue Programm aufgestellt haben, in eine sehr zweifelhafte Lage gekommen sind, und muß Ihnen die schwere Aufgabe der Vertbeidigung desselben selbst überlassen. Ich bin aber der entgegengesetzten Ansicht des Herrn v. Binde, indem ich glaube, daß gerade solche Debatten dem Auslande zeigen, daß im preussischen Volke noch ein gefunder Kern ist, der nicht ersticht worden ist durch die äußeren Erfolge, daß diese zeigen, daß wir mit der Größe nach Außen die Freiheit im Innern verbunden haben wollen. (Bravo links.)

Sie selbst (nach der rechten Seite deutend) haben ja zugestanden, daß Sie daran verzweifeln, die konservativen Elemente in Deutschland wegen ihres Partikularismus zur Einigung Deutschlands fähig machen zu können; wenn Sie sich aber auf die liberalen Elemente stützen wollen, müssen Sie auch bei uns das liberale Prinzip durchführen und nicht unterdrücken. Wenn nun der Abg. v. Binde meint, daß der, welcher der Regierung in einem bestimmten Falle Geld verweigern will, sich nicht einmal zum Nachwächter eigne, wie er sich sehr angenehm auszubräden beliebt, und diesen Leuten überhaupt Mangel an Patriotismus vorwirft, so ist dieser Vorwurf allerdings sehr bequeme, zumal von der Stellung aus, die Herr v. Binde zu beiden Parteien einnimmt; während er sich selbst zu keinem entschiedenen Schritte aufraffen kann, ist es sehr leicht einen Stein zu werfen auf die, welche mit großer Sorge und Mühe einen vortheilhaften Einfluß auf die Entscheidung der Geschichte unseres Vaterlandes zu üben bestrebt sind (Bravo links), welche begünstigtes Bedenken hatten, mit einem solchen Zwiepsalt in unserem inneren Staatleben in den Krieg zu ziehen. Herr v. Binde scheint dabei wohl aber absichtlich übersehen zu haben, daß diese Leute nach Ausbruch des Krieges mit wahrlich nicht geringerer Interesse den Erfolgen und Großthaten uneres Heeres gefolgt und wahrlich nicht weniger owerwillig gewesen sind, als jene Herren. Wir wüßten aber die Großthaten uneres Heeres zu trennen von den Uebelthaten des Ministeriums. (Lebhafter Beifall links.) Der Minister des Innern fordert uns auf, nicht Opposition zu machen gegen die Personen des Ministeriums. Ja, allerdings, ich mache auch Opposition gegen die Personen des gegenwärtigen Ministeriums, aber nicht um ihrer Persönlichkeit willen, sondern als Vertreter eines verderblichen Systems. (Sehr wahr! links.)

Wenn sich aber nun gar das Ministerium ein Verdienst daraus ableiten will, daß es die Verfassung nicht ganz umgestoßen hat, so ist dies das Stärkste, was je in einem konstitutionellen Staate geboten werden kann. Unsere Opposition geschieht nicht aus Lust zur Opposition; wir sehen uns die Resultate der Verwaltung an, und wenn, wie hier, uns die Resultate der Verwaltung mißfallen, so machen wir Opposition gegen den Minister, den Chef der Verwaltung, und ich glaube, wir thun damit unsere Schuldigkeit. (Beifall links.)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. Abg. v. Blandenburg: Das, was der letzte Redner ausgesührt, ist grade der Mißbrauch des Parlamentarismus, gegen den wir Jahre lang angekämpft haben; durch die Verweigerung des Budgets wollen jene Herren das Ministerium zum Abtritt zwingen (Heiterkeit). Die Anerkennung, die Herr v. Binde meiner Partei zollt, kann ich aber nicht acceptiren, da wir durchaus keinen Gefinnungswechsel vorgenommen haben; es ist auch nicht richtig, daß Graf Bismarck revolutionäre Politik treibt. Allerdings stehen wir konservativen auch nicht auf dem Standpunkt, daß wir nichts lernen

wollen; wir wollen nicht konservieren, was nicht zu konservieren ist, sondern mit der Zeit fortschreiten, aber nicht auf ihrem Reaktionswege. (Gelächter links.) Meine Behauptung, daß nur ein konservatives Ministerium liberal regieren kann, hat sich auch gestern wieder bestätigt. Sie haben ja alle gehört und gesehen, daß der Justizminister mit der größten Ruhe und ohne jede Bewegung (Auf: sehr wahr!) die auf ihn geschleuderten Angriffe angehört hat; und er hat sich nicht umreden lassen, selbst nicht von Herrn Lasker. Nun denken Sie sich einmal Herrn Lasker als Justizminister und auch mit solcher Verechtfamtheit, wie Herr Lasker, ausgestattet gegen ihn auftreten, ich wollte ihn schon herunterreden. Ein liberales Ministerium müßte immer der jeweiligen Majorität des Hauses weichen. — Vor dem direkten Wahlrecht könnte ich allerdings Beforgnis haben, wenn wir ein liberales Ministerium hätten, unter Herrn v. Bismarcks Aupscipien habe ich aber keine Furcht davor, weil er eben nicht dem Grundsatze huldiert, der Majorität zu weichen. Was nun die Nichtbestätigung der Beamten betrifft, so ist die Regierung ganz in ihrem Recht, denn regieren heißt nicht bloß verwalten, sondern Autorität haben, und gegen Beamte, die gegen die Regierung agitieren, muß deshalb eingeschritten werden; über das Maß, das hierbei zu beachten ist, läßt sich allerdings streiten. Ich hoffe und wünsche aber, daß es in Zukunft nicht mehr so häufig vorkommen wird, weil doch wohl auch Ihre Partei so viel Patriotismus besitzen wird, unter den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr die politische Agitation so weit zu treiben wie früher. Ich möchte Sie deshalb auch dringend ermahnen, bei der Budgetberatung nicht mehr auf dem Wege fortzufahren, den Sie jetzt eingeschlagen haben.

Abg. Dr. Virchow: Wenn der Abgeordnete v. Blandenburg in eine neue Bahn eingelenkt ist, bezweifle ich nicht, daß ihm dieser Schritt sehr lauer geworden ist, davon hat er Kunde abgelegt in jener berühmten Versammlung von Konservativen, in der er die Formel aufstellte, unter welcher die Konservativen sich der neuen Politik anschließen könnten; er sagte nämlich dort unter Anderem, daß der Kaiserkönig von Italien nunmehr ein ordentlicher König geworden sei, nachdem er der Allürte Sr. Maj. des Königs von Preußen geworden sei. (Heiterkeit.) Die Herren sagen nun also, es bleibe ihnen nichts anderes übrig, als in allen Dingen auf den Grafen Bismarck zu vertrauen; aber alle diese Argumentationen haben keine andere Basis, als das Vertrauen auf die Person des Grafen Bismarck; denn, so heißt es, Bismarck ist allweise, Bismarck ist allmächtig u. s. w.; mit einem Worte, die ganze Zukunft Preußens und Deutschlands beruht auf Bismarck. Dieses persönliche Programm können wir aber nicht acceptieren, sondern halten uns lediglich an die Sache. Ich meinerseits besitze nun so wenig Haß oder Abneigung gegen den Minister des Innern, daß ich als Stadtverordneter immer den Bekleidungsverordnungen an demselben befürwortete; ich hatte also gar keine so schlechte Meinung von ihm. Und ich muß anerkennen, daß auch ein einziges Mal die Erledigung einer solchen Beschwerte so erfolgt ist, wie es im Interesse der Stadt lag. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß der Hr. Eulenburg mit gutem Willen in die Verwaltung seines Ministeriums eingetreten ist, sich aber immer mehr und mehr der Reaction zugeeignet und ihren Zwecken unterhängig gemacht hat. Die nicht beständig kommunalbeamten sind keineswegs so selten, wie es von gewisser Seite dargestellt wird; auch unter jetzigen und früheren Mitgliedern dieses Hauses, die ich als ruhige und gewissenhafte Männer kenne und deren Wahl sehr im Interesse der Stadt und des Staates gelegen hätte, finden wir Beispiele davon. Statt dessen aber setzt man hier in Berlin kommissarische Stadträte ein, Herren, die zum Teil von vorn herein schon das Odium mitgebracht haben, daß sie früher Stadtverordnete waren, aber das Vertrauen ihrer Mitbürger nicht ferner erhielten; von denen andere wieder ihr früheres städtisches Amt freiwillig niedergelegt hatten, weil sie sich selbst nicht für befähigt dazu hielten, und von denen einer sogar ein nicht naturalisierter Preuze war. (Hört! hört!) Wenn die Regierung auf diese Weise sich eine Majorität im Magistrat schafft, so ist dies offenbar eine Fälschung des öffentlichen Gefühls und der öffentlichen Ueberzeugung, die in vieler Beziehung mit großen Nachteilen verbunden ist. So steht z. B. dem Magistrat die Wahl der Prediger zu. Die Berliner haben nun immer bei der Fahne der Union gestanden und die freie Entwicklung der Kirche angestrebt. Wenn nun aber von einem so zusammengefügten Magistrat orthodoxe Geistliche gewählt werden, deren Gesinnungen dem Geiste der Bevölkerung widerstreben, so ist das eine Frage, über die man nicht so gleichgültig hinweggehen darf. Wenn übrigens der Begriff der Selbstverwaltung, den Herr v. Binde aufstellt, wirklich der aller liberalen Parteien sein sollte, so wäre es wirklich beflagenswerth mit uns bestellt; es würde nur Verwirrung und Konfusion damit angerichtet und die Interessen der Gemeinden und des Staates geschädigt. Ein Hwittlerding ist unmöglich: entweder eine wirkliche Selbstverwaltung oder eine Präfekturwirtschaft. Nichts aber, meine Herren, ist mehr geeignet, die Stellung Preußens in Deutschland zu untergraben, als die Beschränkung der freien Entwicklung der Selbstverwaltung unserer Gemeinden; und die Regierung schädigt dadurch die Interessen unseres Staates in hohem Maße. Denn die andern deutschen Staaten wollen ja bei ihrem Anschlusse an Preußen die Sicherstellung ihrer Selbstverwaltung gewahrt wissen; wie können sie aber Vertrauen fassen und etwaigen Versicherungen Glauben schenken, wenn sie sehen, wie unsere Regierung sich in die Angelegenheiten der Gemeinden mengt, und die Selbstverwaltung hindert? Die Einigung Deutschlands bedarf der vollen Entwicklung der Selbstverwaltung und ich bitte das Ministerium dringend, sich reichlich zu überlegen, daß seine Schritte in den alten Provinzen als Maßstab genommen werden für die Erwartungen und Hoffnungen der andern deutschen Länder; bis jetzt sind sie aber nur geeignet, den Geist des Mißtrauens, des Widerspruchs und der Abgeneigtheit dort herbeizurufen. — Unsere Opposition gegen das Ministerium kommt deshalb aus tiefer unangenehmer Ueberzeugung, daß die preussischen und deutschen Verhältnisse nie den erwünschten Aufschwung nehmen werden, wenn wir nicht erst diese anscheinend kleinen Sachen abgeschüttelt haben (lebhafter Beifall).

Minister Graf zu Eulenburg: Der Vordredner hat gesagt, ich sei meinen ursprünglichen Absichten zuwider nach meinem Eintritt in das Ministerium dem Banne der Partei unterlegen. Wir haben im Gegentheil nur die Konsequenzen des Druckes tragen müssen, den die Opposition damals übte, um zu der Ueberzeugung zu kommen, daß wir mit der Billigkeit nicht durchkommen, daß es sich darum handelte, wer die Macht in Händen hätte. So haben wir, namentlich auch auf Antrieb des Herrn Ministerpräsidenten, die ganze Gewalt angewandt, die uns das Gesetz in die Hand gab. Dies ist zugleich der beste Moment für die Solidarität des Ministeriums. Nach Ueberwindung des Konflikts können wir wieder zu unseren anfänglichen Billigkeitsrückichten zurückkehren. Was nun die Nichtbestätigung der Stadträte betrifft, so mußten wir natürlich kommissarische Vertreter einsetzen; und daß muß ich diesen Leuten zum Ruhme nachsagen, daß sie die Kurage hatten (Große Heiterkeit!) gegenüber dem Terrorismus der Opposition eine Bürgerpflicht zu erfüllen. Die Selbstverwaltung ist eine herrliche Sache und wir werden in ihrer Förderung fortfahren müssen, weil im Staat schließlich die Geschäfte sich zu sehr anhäufen. Aber die praktische Ausführung derselben ist außerordentlich schwierig, weil in jeder Selbstverwaltung doch immer ein gewisser Zusammenhang mit den Staatsbehörden bleiben muß. Namentlich auf unsere kommunalen Verhältnisse, da wesentliche staatliche Rechte in den Händen der Kommunalbehörden sich befinden, wie z. B. die Handhabung der Polizei, muß der Staat sich eine gewisse Einwirkung reservieren. Dies geschieht, entweder wenn er selber diese Behörden ernannt, oder wenn er das Recht der Bestätigung sich vorbehält, oder schließlich wenn der Modus der Wahl derartige konservative Elemente in sich trägt, daß keine Beforgnisse für den Staat übrig bleiben. Nun muß ich aber sagen, daß ich für meinen Teil das Bestätigungsrecht der Magistratspersonen nicht für wünschenswert halte. Ich bin zu dieser Ueberzeugung gekommen in den Jahren, wo ich es anwenden mußte, zwar so lange mich das Gesetz verpflichtet, zu prüfen, konnte ich mich dem nicht entziehen, aber ich habe immer gefunden, daß die Regierung den beabsichtigten Zweck nicht erreicht, ohne ein Odium auf sich zu laden, das gar nicht im Verhältnis steht zu dem Zwecke und dem Erfolge. Ich gebe also diese gesetzliche Bestimmung preis, aber ich verlange, daß auf der anderen Seite die staatliche Einwirkung dadurch verstärkt wird, daß die Bürgermeister etwa aus einer ähnlichen Repräsentation hervorgehen, wie z. B. die Landräthe. Dafür hätte denn die Regierung sich um die Wahl der übrigen Magistratspersonen gar nicht zu kümmern, sondern überlasse sie dem Bürgermeister. Wäre ich, daß dieser Vorschlag irgendwie Anfall hier im Hause finden würde, so ließe sich leicht ein Gesetzentwurf darüber einbringen. Ich sage also, ich bin kein Anhänger des bestehenden Systems, nur ein Ausfühler desselben. Schließlich noch die Bitte, daß Sie nun endlich aufhören, von diesen Nichtbestätigungen zu sprechen. Die Sache ist oft genug verhandelt worden, ich weiß es nun ja schon (Heiterkeit). Sie haben mir selbst zugegeben, daß seit einiger Zeit die Fälle seltener vorkommen, und da sich jetzt die Wahlen verständiger gestalten, so wird sich nach und nach ein Zustand entwickeln, der ganz gewiß zu Ihrer Befriedigung gereichen wird.

Die allgemeine Debatte wird geschlossen und es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Lasker: Es ist mir vorgeworfen, ich hätte den Herrn Justizminister persönlich angegriffen. Ich berufe mich auf meine Rede, in welcher Sie überall nur Thatsachen finden. (Widerpruch rechts, Zustimmung links.) Ihre Zurufe ändern meine Meinung nicht; wenn Sie meine Rede lesen wollen, so werden Sie sehen, daß ich nicht einen Augenblick den Boden der Thatsachen verlassen habe. Die parlamentarische Debatte hat doch wohl die Bedeutung, daß die Meinungen ausgetauscht, die Thatsachen einander gegenübergestellt werden und daß die öffentliche Meinung sich dadurch klärt. Hätte der Abg. Holzappel statt seiner Entrüstung gestern lieber bewiesen, wo ich etwas Falsches behauptet habe, so hätte er dem Lande einen viel größeren Dienst geleistet, ebenso der Abg. Wagener, welcher lieber sachlich hätte sein sollen, statt persönliche Beleidigungen, und ebenso der Abg. v. Gerlach, welcher mich in denunziatorischer Weise dem Justizminister empfahl. Ich habe den Justizminister nicht angefordert, seinen Platz zu verlassen, sondern, wenn er die jetzt nöthigen Talente besäße, beschwor ich ihn, sie baldigst hervortreten zu lassen; wenn er sie nicht zurufe, so gebe es einen Patriotismus... (großer Lärm rechts; Glocke des Präsidenten.) Das heißt nicht, ihn auffordern, seinen Platz zu verlassen, wenn er nicht die Majorität dieses Hauses für sich hat. Nicht ein einziger Redner von jener Seite hat irgend einen Punkt meiner Behauptungen erschüttert, keine einzige Thatsache als unwahr nachweisen können. Wenn der Abg. v. Binde uns vorwirft, daß wir unsere Reden für die Zeitungen und unsere Wähler einrichten, so acceptire ich das, insofern ich wünsche, daß das Land wisse, wie es regiert wird; weise es jedoch entschieden zurück, wenn er meint, wir hülben damit um die Gunst der Wähler. Das wäre gerade so, als wollte ich jenen Herren den Vorwurf machen, sie suchten durch ihre Reden in Hofkreisen sich Gunst zu verschaffen. Ich halte beides für gleich unzulässig. (Bravo!)

Abg. v. Binde (Hagen): Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich in der Mitte zwischen den Parteien stehe; das ist richtig; ich habe Zeit meines Lebens weder nach rechts den reactionären, noch nach links den anarchischen Bestrebungen die Hand gereicht. Es ist wohl das erste Mal in meinem Leben, daß mir vorgeworfen wird, ich wäre nicht entschieden, ich verweise nur auf meine Stellung in Frankfurt und dem Ministerium Mauteuffel gegenüber. Auf solche Behauptungen kann ich also mit einem gewissen Hohn verbeugen. Wenn mir ferner vorgeworfen ist, ich hätte durch mein Zurückhalten dazu beigetragen, daß unter dem Ministerium der neuen Aera Nichts erreicht worden ist, so bemerke ich, daß Sie, als ich nicht mehr in der Kammer war, gerade in den Fehler verfielen, vor dem ich gewarnt hatte. Das Ministerium wurde geschützt — und was haben sie nun? (Große Heiterkeit.) Dem Herrn Abgeordneten für Berlin bemerke ich, daß ich nur gewarnt habe, der Erfolg könnte ein unerwünschter sein. Dem Abgeordneten für Lauban bemerke ich, daß ich glaube, Graf Bismarck ist nie revolutionär gewesen, sondern seine Politik steht immer auf dem Boden des Rechts. (Widerpruch. Heiterkeit.)

Abg. v. Henning: Ich bemerke dem Abg. Flottwell, daß die Thatsachen, die ich mitgeteilt habe, mir natürlich nicht unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt sind, wie viele andere, die ich eben deshalb nicht erwähnen kann. Der Abg. v. Binde hat meinen Worten einen ganz falschen Sinn untergeschoben, als hätte ich behauptet, nur durch Ueberraschung sei es gelungen, Destrach zu besiegen. Will man die Güte haben, sich meiner Worte zu bedienen, so bitte ich um Genauigkeit.

Abg. v. Döbereiner: Was Herr v. Binde mit einem nicht sehr parlamentarischen Ausdruck mit Hohn zurückweist, vertritt sich sehr auf zu seiner Unentschiedenheit, von der ich überzeugt bin, aber ich habe selten einen Abgeordneten gefunden, der sich mit solcher persönlicher Energie, vielleicht mit Fanatismus, auf diesen Standpunkt der Unentschiedenheit gestellt hat. (Heiterkeit. Bravo.)

Abg. v. Binde (Hagen) sieht das nur für ein Kompliment an. (Heiterkeit.)

Abg. v. Blandenburg bemerkt gegen den Abg. Virchow, er müsse die schon zweimal citirte Rede vor dem Ausbruch des Krieges wohl nicht gelesen haben, sonst hätte er leben müssen, daß sie ihm nicht sauer geworden; das seien nur seine Ansichten gewesen.

Der Präsident will die Spezialdebatte eröffnen, verlegt jedoch auf Antrag des Abg. Dr. Loeve die Sitzung um ¼ Stunde um den Saal in dem die Atmosphäre unträglich ist, zu lüften.

Nach Wiedereröffnung um 2 ½ Uhr tritt das Haus in die Spezialdebatte ein. Zu Position 5 (statistisches Bureau) erhält das Wort der Abg. Schmidt (Randow). Derselbe empfiehlt die Genehmigung der Position, nachdem er die jährige Umthätigkeit der Central-Kommission getadelt und die bessere Dotirung des statistischen Seminars in Zukunft empfohlen hat. Der Vergleich mit Destrach, Frankreich und Belgien falle überall zu Ungunsten unserer Leistungen aus. Während seiner Rede bemerkt Redner, sich unterbrechend, wenn der Abg. v. Binde nicht weniger laut sich unterhalte, könne er nicht weiter sprechen. Der Präsident verweigert ihm, daß er sich täuscht.

Regierungs-Kommissar Wulfsheim: Die statistische Central-Kommission habe deswegen seit 2 Jahren Nichts von sich hören lassen, weil keine zur Verabreichung geeigneten Fragen vorlagen. Der Kongreß in Berlin habe allerdings sich mit der Frage beschäftigt, aber auch seine Bedenken dagegen geäußert; zu einer beschließenden Lösung könne die Kommission nicht machen. Ihre Zusammenfassung in Destrach sei bedingt durch die verschiedentartige Zusammenfassung des Kaiserstaates. Unser Seminar könne mit fremden Institutionen nicht verglichen werden, weil ein solches Institut nirgends anderswo existire.

Abg. Michaelis: Auch Preußen muß sich der fortschreitenden Bewegung der Statistik anschließen und in seine eigene statistische Produktion Einheit und System hineinbringen. Wer sich heute eine Einsicht in dieselbe verschaffen will, muß sich ihre Leistungen aus der Bestreunung, aus den statistischen Aufschriften, dem Handels Archiv und andern Fachblättern, aus dem Staatsanzeiger mühsam zusammenflicken. Und unter diesen Leistungen, die im Ganzen unterschätzt werden, befindet sich die musterartige, des höchsten Lobes werthe Statistik der Eisenbahnverwaltung und die städtische Statistik z. B. die Berlins. Die amtliche Statistik soll nicht nur ein Organ der Verwaltung, sondern eine Darstellung des Staates selber sein, ohne ihn schön oder schwarz zu malen, durch die er sich selbst kontrollirt. Darum muß die Central-Kommission eine beschließende sein und wenn wir hier Geld bewilligen sollen, so können wir auch verlangen, daß, wie in andern Ländern, der Vertretung des Landes die Resultate der Statistik mitgeteilt werden. Versorgt uns der Minister des Innern mit diesem Material, so wird er dadurch seinen Wunsch einer sachlichen Opposition am besten erreichen.

Abg. Graf Schwerin: Auch ich halte die Ausführungen des Kommissars nicht für ganz zutreffend. Mir gelang es damals, als ich die Ehre hatte, im Rathe der Krone zu sein und das Bureau zu schaffen, einen Mann für keine Leitung zu gewinnen, der im Stande ist, die Statistik auf den Boden der Wissenschaft zu pflanzen. Es wurde vorgeschlagen, die Kommission aus den verschiedenen Ministerien zusammenzusetzen, weil in den einzelnen Ministerien so reiches Material liegt, mit dem sich die Kommission allerdings zu beschäftigen hat, nicht nur mit organisatorischen Fragen. Die Erfolge des Bureau werden unter der jetzigen Leitung glänzend sein, wenn man es allseitig unterstützt und auf seine Anträge und Vorschläge einget.

Abg. Schmidt (Randow) bemerkt der Behauptung des Regierungs-Kommissars gegenüber, daß in Frankreich in der That eine Central-Kommission bestände, deren Mitglieder für jede Sitzung eine Vergütung von 20 Fracs. bezögen. Das gegenwärtige Wirken solcher Central-Kommission beweise das von der belgischen Central-Kommission über Belgien veröffentlichte statistische Werk, eines der besten statistischen Werke, die bisher vorhanden. Was die preussische Kommission betrifft, so wäre die Auslegung einer bestimmten Summe resp. die Erhöhung derselben für die Professoren, welche innerhalb derselben wissenschaftliche Vorträge hielten, dringend zu wünschen.

Von dem Abg. Michaelis ist folgender Antrag eingegangen: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Session dem Landtage über Organisation und Verfassung der amtlichen Statistik in einer Denkschrift Mittheilung zu machen.“

Der Regierungs-Kommissar Geh. Regierungsrath Wulfsheim: Ich habe nicht gesagt, daß in Frankreich keine Central-Kommission existirt, sondern, daß eine solche bis vor einigen Jahren dort nicht bestanden habe. In Belgien übrigens ist diese Central-Kommission eine ausführende, nicht wie bei uns eine beratende Behörde. Zu dem Antrage des Abgeordneten Michaelis bemerke ich, daß die Staatsregierung gern bereit ist, die verlangte Denkschrift in der nächsten Session vorzulegen.

Abg. Michaelis (Stettin): Ich empfehle Ihnen meinen Antrag, weil die Annahme desselben am leichtesten den Erfolg herbeizuführen wird, Reformen in der amtlichen Statistik herbeizuführen. Die geringe Wirkung der Kommission erklärt sich aus der unrichtigen Auffassung der Regierung von

der amtlichen Statistik, und diese zu reformiren wird Aufgabe des Hauses sein, wenn die Denkschrift vorliegt.

Abg. v. Binde (Hagen): Ich erwidere dem Abgeordneten für Randow, daß ich mich durchaus seiner Privatconferenzen hingeeben habe. Trotz aller Bemühungen ist es mir aber nicht gelungen, ihn zu verführen. Er erfreut sich eines etwas bedeckten Organs, und wenn er deshalb allgemein verstanden werden will, so möge er entweder auf die Tribüne gehen oder sein Organ etwas stärker anstrengen.

Abg. Schmidt (Randow): Ich nehme Alles zurück, was ich gesagt habe. (Heiterkeit.)

Der Antrag Michaelis wird mit großer Majorität angenommen. Bei den „sachlichen Ausgaben“ für das statistische Bureau fragt Abg. Twesten an, für welche „Veröffentlichungen“ die hier ausgeworfene Summe bestimmt sei, da die „Zeitschrift“ jetzt nicht mehr Beilage zum „Staatsanzeiger“, sondern in den Verlag eines Buchhändlers übergegangen sei?

Der Regierungs-Kommissar Wulfsheim erwidert, allerdings bestände die Verbindung mit dem „Staatsanzeiger“ nicht mehr, aber das Unternehmen sei vor wie nach auch im Privatverlage, ein amtliches geblieben. Aus dem Fonds würden außerdem die Kosten bestritten für das „Fahrbuch“ des statistischen Bureau und für die zwanglosen Hefte seiner Mittheilungen.

Die Position für das meteorologische Institut wird ohne Debatte erledigt. Bei dem folgenden Titel: „Landrätliche Behörden“ beantragt Abg. Hoffmann (Jüterbog) das Gehalt der Kreissekretäre, das bis jetzt 5—800 Thlr. betragen, möge mit demjenigen des Bureaubeamten bei den Bezirksregierungen (500—1000 Thlr.) gleichgestellt werden. Er motivirt das mit der Arbeitslast und der Wichtigkeit der Geschäfte, mit der Nothwendigkeit, für die betreffenden Beamten als Honoratioren zu repräsentiren. Daß sie bei einer Erhöhung bis auf 1000 Thlr. gleichgestellt wären mit den Landräthen selbst, das werde für die letzteren kein Grund zum Widerspruch sein. Außerdem regt der Redner an, ob nicht auch die Jurisdiktion alter bewährter Kreissekretäre in die Regierungsbureau von Vortheil sein werde.

Der Minister des Innern: Ich bin durchaus einverstanden mit der Würdigung des Berufes der Kreissekretäre, und glaube auch, daß der vorgeschlagene Stellenwechsel zwischen diesen Beamten und den Regierungsbeamten günstig wirken könne, da den Letztern die Gelegenheit, mit dem Publikum in näherer Verkehr zu treten, gewöhnlich entgeht. Dagegen ist es ein kleiner Irrthum, wenn das Gehalt der Regierungs-Bureaubeamten von 500 bis 1000 Thlr. angegeben worden ist, es geht von 600 bis 1000 Thlr., beträgt also im Durchschnitt 800 und eine sofortige Gleichstellung der Kreissekretäre kann ich nicht versprechen, da dann andere in gleichem Gehalte stehende Beamtenklassen ebenfalls Anspruch auf diese Erhöhung haben würden, Aber im Auge behalten will ich die Sache.

Abg. Sulerzki: Im Großherzogthum Posen ist die Stellung eines Kreissekretärs um so bedeutsamer, als den Kreisständen dort die Einwirkung auf die Wahl ihres Landrates benommen ist und so die Gefahr entsteht, daß ein mit den Interessen des Kreises wenig Bekannter in dieses Amt tritt. Ich enthalte mich eines Antrages in dieser Beziehung, da wir von der in Aussicht gestellten Kreisordnung eine Abhilfe hoffen.

Abg. v. Döbereiner: Auch ich unterstütze den Antrag, nicht des Landraths, sondern des Abg. Hoffmann, und zwar hauptsächlich deshalb, weil wir ja aus nächster Erfahrung wissen, auf wie lange Zeit und auf welche Entfernung hin die Landräthe oft ihrem Kreise und ihren Amtsgeschäften entfremdet werden.

Der Antrag Hoffmanns wird mit sehr großer Majorität angenommen, Tit. 11. und 12. Dienstaufwandsentschädigungen und Remunerationsfonds für landrätliche Behörden ohne Debatte erledigt.

Da die Beratung nun an die Titel „Polizeiverwaltung“ kommt, so schlägt der Präsident selbst die Vertagung vor.

Das Haus erhebt keinen Einspruch. Die nächste Sitzung, auf Dienstag 10 Uhr angelegt, wird mit diesen Etatstücken sich zu beschäftigen haben. Schluß 3 ¼ Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

Der Abg. Nothen hat folgende Resolution beantragt: „Das Haus wolle die Erwortung ansprechen, daß die Staatsregierung nach der in geeigneter Weise eingeholten Zustimmung der Banfanteilseigner in der künftigen Sitzung des Landtages einen Gesetzentwurf vorlege, wodurch der Zinseszug der gesetzlich der Banf zugewiesenen gerichtlichen Depositalkapitalien und der Einlagen der Kirchen, Schulen, Hospitäler, milden Stiftungen und öffentlichen Anstalten angemessen der Durchschnittshöhe des Diskontofußes und den Erträgen des jetzigen Bankverkehrs erhöht wird.“

Die Dotationskommission hat gestern Abend ihre zweite und letzte geheime Sitzung gehalten und wird heute Abend den Bericht ihres Referenten Stavenhagen entgegennehmen. Die Regierung war auch in der gestrigen Sitzung durch die Minister v. d. Heydt und Graf zu Eulenburg vertreten.

Bericht der Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verleihung von Dotationen in Anerkennung hervorragender, im letzten Kriege erworbener Verdienste:

Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 14. November c. legte der Finanzminister in der 27. Sitzung am 16. Nov. c. dem Hause der Abgeordneten den nachstehenden Gesetzentwurf vor:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Zur Verleihung von Dotationen an preussische Heerführer, welche zu dem glücklichen Ausgange des letzten Krieges in hervorragender Weise beigetragen haben, wird die Summe von Einer und einer halben Million Thalern aus dem eingehenden Kriegsschadigungen bereit gestellt.

Die Verwendung dieser Summe bleibt königlicher Bestimmung vorbehalten.

Gegeben etc.

Nach längerer Diskussion beschloß das Haus der Abgeordneten in der bemerkten Sitzung diesen Gesetzentwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zur Vorberatung zu überweisen.

In der ersten Sitzung der zu dem Ende gewählten XVII. Kommission, welcher der Finanzminister Frhr. v. d. Heydt und der Minister des Innern Graf zu Eulenburg, sowie der Präsident des Hauses v. Forckenbeck beizuhören, wurde der Gedanke, von dem der Gesetzentwurf ausgeht und der in den Motiven in treffender Weise näher entwickelt ist, vielfach als ein der vollsten Zustimmung würdiger erkannt. Es wurde geäußert: Nach so großartigen Erfolgen, an die sich eine neue Epoche für Preußens und Deutschlands Nachstellung und Entwicklung knüpft, werde auch das Land das Bedürfnis fühlen, unserem tapfern Heere, da man nicht jedes Einzelnen Verdienst erweisen und belohnen kann, wenigstens in seinen hervorragendsten Führern den Dank der Nation in solcher Weise zu betheiligen. Aber, so wurde von den meisten Mitgliedern der Kommission hervorgehoben, gerade, wenn die beabsichtigten Dotationen den Charakter eines Nationalbankes, eine gewissermaßen monumentale Bedeutung in sich tragen sollten, so sei es erforderlich, in dem Geleise die Namen derjenigen zu nennen, an welche diese nationale Anerkennung sich richte: solle das Land, die Nation in der That einen lebendigen Antheil daran nehmen, so könne das niemals durch eine summarische Gehelbewilligung geschehen, sondern nur mit vollem Bewußtsein der Persönlichkeit, welche man als die Repräsentanten preussischen Kriegsrühms und preussischer Kriegerthugend ehren wolle. Von anderer Seite wurde hierauf entgegnet: da Seine Majestät der König allein im Stande sei, über das Verdienst, welches anerkannt werden sollte, zu urtheilen, nicht aber die Vertheilung der Vertreter des Landes, denen schon die zu einem richtigen Urtheil unbedingt notwendige genaue Kenntniss der Ereignisse mangle, so möge und müsse man auch dieser höchsten Autorität die Bestimmung der Personen überlassen; die Bedeutung des ganzen Aktes werden dadurch in keiner Weise geschmälert. Um aber das Land über die Personen, welchen die Dotationen verliehen würden, nicht im Unklaren zu lassen und in solenne Art die Sache abzuschließen, möge man das zweite Alinea dahin modificiren: „die Vertheilung der Summe erfolgt durch königliche Verordnung“, welche dann also durch die Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniss gelangen würde. Da durch diese Argumentation die Gegner sich nicht von der Berechtigung ihrer Ansicht, daß die Namen in dem Gesetz selbst genannt werden müßten, abwendig machen ließen, und nun an die Vertreter der königlichen Staatsregierung das Ansuchen gestellt wurde, die Namen derjenigen zu nennen, welche bei der Abfassung des Gesetzes für die Verleihung der Dotationen in Aussicht genommen wären, erfolgte die Erklärung, daß sie sich außer Stande fühlten, dem gestellten Verlangen ohne Weiteres zu entsprechen; sie halte sich nicht für ermächtigt, in öffentlicher Kommissionsitzung Namen zu nennen, die dann

möglicherweise einer öffentlichen Diskussion unterworfen würden, über deren Ergebnis man sich vorläufig noch gar keine Ansicht bilden könne.

In Folge dieser Erklärung machte der Präsident v. Forckenbeck den Vorschlag, daß die Kommission auf Grund des §. 18 der Geschäftsordnung an das Haus der Abgeordneten den Antrag auf Ausschließung der Öffentlichkeit der Kommissionsverhandlungen für die Nichtmitglieder der Kommission stellen möge und dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Nachdem das Haus der Abgeordneten darauf in seiner 31. Sitzung am 26. November c. diesem Antrage gemäß beschloffen hatte, bat die Kommission in Gegenwart der obenanannten Minister und des Präsidenten v. Forckenbeck noch zwei geheime Sitzungen gehalten, als deren Ergebnis sie in ihrer Majorität den Antrag stellt:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verleihung von Dotationen in Anerkennung hervorragender, im letzten Kriege erworbener Verdienste in folgender Fassung seine Zustimmung zu erteilen:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

Zur Verleihung von Dotationen an den Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck, in Anerkennung der von ihm so erfolgreich geleiteten äußeren preussischen Politik, und an diejenigen preussischen Heerführer, welche in dem letzten Kriege zu dem glücklichen Ausgange desselben in hervorragender Weise beigetragen haben, die Generale der Infanterie v. Moos, Freiherr v. Moltke, Herwarth v. Bittenfeld, v. Steinmetz, Vogel v. Falkenstein, wird eine Summe von Einer und einer halben Million Thalern aus den eingelegenen Kriegsschadigungen bereit gestellt.

Die Vertheilung dieser Summe bleibt königlicher Bestimmung vorbehalten.

Gegeben etc. Die anwesenden Minister stimmten dieser Fassung bei und erhoben auch gegen die Aufnahme des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck in den Gesetzentwurf keinen Widerspruch.

Ueber die Verhandlung, welche zu diesem Schlusse führte, sei noch Folgendes bemerkt:

In der ersten geheimen Sitzung der Kommission erklärten die Minister sich für ermächtigt, die Namen der Generale der Infanterie v. Moos, Freiherr v. Moltke, Herwarth v. Bittenfeld, v. Steinmetz und Vogel v. Falkenstein als diejenigen zu nennen, denen die Dotationen verliehen werden sollten. Die Staatsregierung müsse sich aber dagegen aussprechen, daß diese Namen im Gesetz genannt würden, sie habe den dringenden Wunsch, daß das Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung angenommen werde. Als dann im weiteren Verlauf der Diskussion die Mehrzahl der Mitglieder der Kommission sich wiederholt dafür erklärte, daß die Nennung der Namen im Gesetz unerlässlich erscheine, äußerten die Minister sich dahin:

Die Staatsregierung müsse es ablehnen, für die Nennung der Namen in dem Gesetz die Initiative zu ergreifen, und abwarten, ob die Kommission die von der Regierung genannten Namen in das Gesetz einfügen werde.

Die Majorität der Kommission acceptierte hierauf zunächst die von der königlichen Staatsregierung genannten 5 Namen; es wurde dabei aber von mehreren Mitgliedern der Kommission geltend gemacht, daß es geboten erscheine an erster Stelle unter den zu dotirenden Personen den Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck zu nennen. Ein darauf gerichteter Antrag wurde von der Majorität angenommen.

Nachdem hierauf die Kommission beschloffen hatte, das erste Alinea in der oben angegebenen Fassung anzunehmen, wurde in Betracht des zweiten Alinea der Antrag, zu sagen: „die Verwendung der Summe erfolgt durch königliche Verordnung“, zurückgezogen, er wurde durch Nennung der Namen seine Bedeutung verloren hatte und ebenso erachtete die Kommission das dem Hause bereits vorliegende Amendement v. Kardorff dadurch erledigt. Dagegen wurde die Substitution des Wortes Vertheilung anstatt Verwendung als selbstredend beschloffen.

Endlich wurde von einem Mitgliede der Kommission der Antrag gestellt, daß auch die Vertheilung der Summe an die in dem Gesetz genannten Personen, diesem eingefügt werde. Auf den Widerspruch der Staatsregierung wurde dieser Antrag jedoch von der Majorität abgelehnt und das zweite Alinea in der oben angegebenen Fassung angenommen.

Berlin, den 1. December 1866.

Lokales und Provinziales.

Posen, den 3. Dezember.

Als Erwiderung auf die amtliche Berichtigung des „Eingangs“ in Nr. 277 dieser Zeitung geht uns Folgendes zu: Was den Bau des Schulgebäudes anbelangt, so ist es nicht recht einleuchtend, daß drei Gemeinden, welche bis vor 3-4 Jahren zwei Schulen erhalten konnten, jetzt, da die Zahl der Gemeindeglieder sich bedeutend vergrößert hat, nicht eine sollten erbauen können. Reichen aber ihre Mittel dennoch nicht zu, so dürfte, wenn guter, erster Wille ist, wohl noch ein Fonds zu finden sein, aus welchem das Fehlende zugelegt wird. Nimmermehr kann Mangel an Baugeldern dafür zur Entschuldigung dienen, daß den Kindern, einstigen Staatsbürgern, fast die einzige Gelegenheit ihren Verstand auszubilden, Kenntnisse zu erwerben, das Herz zu veredeln, verkümmert, ja geraubt wird. Denn ist es nicht zu viel verlangt, daß sie, und namentlich die kleineren 7-, 8- und 9-jährigen, oft dürftigst bekleidet, noch schlechter bekleidet, bei Sturm und Regen, Schnee und Frost meilenweit (nach Dwinst 1 Meile, nach Geronwal 3/4 Meilen) zur Schule wandern sollen? Im Hause des Landmanns fehlt nicht selten das Brod; er kann es also seinem Kinde als Ersatz für die durch den Schulbesuch eingeübte Mittagsuppe nicht mitgeben, und so muß der bedauernswürthe A-B-C-Schüler, müde, vielleicht bis auf die Haut durchnäßt, oft auch noch mit knurrendem Magen an das schwere Studium seiner Fibel gehen, und dabei soll er aufmerksam sein und fleißig lernen. — Das möchte ihm einmal ein Erwachsener unter so schwierigen Umständen vormachen! — Was die Kinder anbetrifft, welche zum Gastbesuch der katholischen Schule angewiesen sind, so sei bemerkt, daß diese ohnehin überfüllt ist; ferner, daß die evangelischen Kinder aus derselben im Jahre 1848 verwiesen worden sind, und seit der Zeit sie nie wieder betreten haben.

Unsere Polizei müßte auf die unsere Straßen passirenden Dungen etwas mehr Acht haben. Manche Fuhrleute beladen die Wagen so nachlässig, daß sie einen großen Theil des Dungs unterwegs verstreuen und die Straßen verunreinigen.

(Geselliges.) Unter den Gesellschaften und Vereinen Posens, welche die dramatische Kunst pflegen, hat seit vielen Jahren die Thalia-Gesellschaft obenan gestanden, die sich unter der Leitung ihres gegenwärtigen Vorstandes sichtlich hebt und vergrößert. Die auf der Diletantenbühne der Gesellschaft zur Aufführung kommenden kleinen Lustspiele, Possen, Vaudeville etc. sind stets zweckentsprechend und den Kräften der Dilettanten angemessen. Die Aufführungen finden im Winterhalbjahre in je 3-4 Wochen statt. Am Sonntagabend hatte sich die Gesellschaft in ihrem Vereinslokal, Hotel de Saxe, dessen Saal sie vor Kurzem elegant renoviren ließ, zu einem solenn Diner versammelt, an dem sich ca. 180 Personen betheiligten. Die geistige Würze des Abends bildeten Deklamationen, humoristische Vorträge, Gesang und musikalische Vorträge, die den vollen Beifall der Versammlung fanden. Während des geistigen und leiblichen Genußes wurde jedoch auch der Armen gedacht und eine Sammlung für sie gehalten, die eine recht beträchtliche Summe ergab.

Adelinauer Kreis, 29. November. (Kleine Notizen.) In Folge Polizeiverordnung der königl. Regierung vom 8. Mai d. J. ist der Polizeidistrikt Adelnau in 5, Polizeidistrikt Ostrowo in 4, Polizeidistrikt Podzko in 6, Polizeidistrikt Lubowilow in 4 und Ostrowo in 7 Feuerlöschbezirke eingetheilt, bei welchen größtentheils Gutsbesitzer, Gutspächter und Wirtschaftsbetreibende als Bezirkskommissionarien und deren Stellvertreter interimistisch fungiren. Die definitive Ernennung erfolgt durch Wahl der Kreisstände. Bei der am 23. d. in Ostrowo stattgefundenen regelmäßigen Ergänzungswahl der Stadtverordneten sind als solche in der 3. Abteilung der Kaufmann Simon Spiro, in der 2. Abteilung der Gymnasialdirektor Prof. Hirschert

und in der 1. Abteilung der königl. Spezialkommissionarius Nawrocki und der Kaufmann Hellingner gewählt worden. — In Ostrowo hat sich ein Bürgerverein gebildet, dessen Mitgliederzahl nicht unbedeutend ist. Gestern hatte derselbe Versammlung im Lokale des Herrn Weinbändlers Scholz. — Die Schwurgerichtssitzungen für die Kreise Adelnau, Schildberg, Bleschen und Krotoschin werden im künftigen Jahre am 7. Januar, am 1. April, am 1. Juli, am 30. September und an den folgenden Tagen in Ostrowo abgehalten.

In verfloßener Woche brannte es im dritten Stockwerke eines Hauses in Ostrowo hell auf, zwei Personen, welche durch die Fenster zu flüchten im Begriff waren, wurden nur mit größter Mühe gerettet. Die Thür des Zimmers war nämlich in volle Flammen durch glühende Kohlen geraten, die im ausgeschütteten Aschenhaufen sich befanden. Der vom Feuer angerichtete Schaden ist beträchtlich. — Im Laufe dieser und verfloßener Woche sind, wahrscheinlich als Folge der ungelunden Witterung, bei uns mehrere Typhusanfälle vorgekommen, die auch mit dem Tode endigten.

Der in Nr. 83 dieses Blattes näher bezeichnete Koschki-Wittel-Maschower Zweighausbau ist bereits so weit vorgeschritten, daß diese Strecke im nächsten Frühjahr dem Verkehr übergeben werden können. Im Interesse des reisenden Publikums und der berühmten Ortschaften würde die baldmöglichste Verwirklichung der in Aussicht gestellten Personenpostverbindung mit Kozmin (siehe Nummer 98 d. Bl.) dankbar anerkannt werden.

d. Drzyzko, 30. Novbr. (Etat; Wahl; Kollekte; Wochenmärkte; Wölfe; Riese hauffen.) Der Stadthalterungs-Etat pro 1867 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1366 Tblr. 27 Sgr. 8 Pf. ab, und ist die Differenz gegen frühere Jahre deshalb eine so bedeutende, weil diesmal die Staatssteuern nicht mit aufgenommen sind. Die größeren Einnahme-Positionen bilden: Kommunalbeiträge 865 Tblr. 5 Sgr. 10 Pf., Kreis-Kommunalsteuern 306 Tblr. 22 Sgr. Ausgaben: Verwaltungskosten mit 715 Tblr. 23 Sgr. 4 Pf., Armenlohn 153 Tblr. 25 Sgr., Insgesamt 149 Tblr. und Kreis-Kommunal-Steuer: 306 Tblr. 22 Sgr. — Bei der jüngst stattgehabten Ergänzungswahl von vier Stadtverordneten sind für die erste Abteilung der Wählerbesitzer A. Zedner, für die zweite Abteilung der Kaufmann M. D. Buschke und Schärer S. Kühner wiedergewählt, für die dritte Abteilung der Postexpediteur Scholz neu gewählt. Es soll indessen, wie wir hören, gegen die ganze Wahl Protest erhoben sein, weil die Formalitäten nicht zur Genüge beobachtet worden sind — Die in hiesiger Synagoge nach dem Friedensfeste abgehaltene Kollekte hat den Betrag von 5 Tblr. 11 Sgr. ergeben, welcher der Kronprinzenstiftung für Invaliden zugewandt wird. — Seit circa drei Wochen sind nun unsere Sonntags-Wochenmärkte vollständig aufgehoben, und wird eine genügende polizeiliche Macht entwickelt, um von den mit Zufuhr beladenen Wagen den Markt zu räumen. Die Wochenmärkte werden nun am Mittwoch abgehalten, und die von den Einwohnern begehrte Versorgung, es würde an diesem Tage Niemand zur Stadt kommen, scheint sich nicht zu erfüllen, da Zufuhr zur Genüge herinkommt, so daß wir nach und nach doch einen ordentlichen Wochenmarkt bekommen werden. — Ganz in unserer Nähe bei dem Dorfe Podlesie sind in diesen Tagen zwei Wölfe geblieben worden, und zwar in den gräflich Kaczynskischen Forsten. Es werden bereits Anstalten getroffen, ein Treibjagen auf dieselben anzustellen. — Höheren Orts ist in letzter Zeit die Anlegung einer Kiesbahn von Kozminowol-Polajewo-Obresdo angeregt worden, und sind die dabei interessirten Kreise Dobornit und Samter, wie der Forstmeister und Graf Kaczynski, weil durch die betreffende Straße deren Gebiete interessiren würden, um deren thätige Betheiligung betragt worden. Die hiesige Stadt hat zu diesem Projekte keinen Fonds bewilligt, weil durch Anlegung dieser Straße der Brückenbau in weitere Ferne gerückt würde, während sie früher im Jahre 1864 zur Anlegung einer ordentlichen Chamsee für diese Strecke 800 Tblr. bewilligte.

Schwerin, 30. Novbr. (Ein gefährlicher Scherz; Stadtverordnetenwahlen.) Am 27. d. gegen 6 Uhr Abends wurde ein biesiges Marktfuhrwerk, das von Blesien kam, auf dem Wege vom Dorfe Semzig nach Schwerin überfallen, indem ein unbekannter junger Mensch den Pferde in die Bügel griff. Außer den Krämeren befanden sich noch zwei Schwarzviehhändler auf dem Wagen, die ungefähr 500 Tblr. Geld bei sich hatten. Als derselbe durch seine Drohungen augenblicklich nichts erreichte und sich überlegen ließ, floh er unter dem Schutze der Finsterniß querfeldein. Auf den Ruf der Angegriffenen eilte der Besitzer eines etwa 30 Schritt zurückgebliebenen Fuhrwerks, ein junger, kräftiger Mann, zu Hülf, fand die Spur des Fährten und ergriff ihn alsbald. Die Gegenwehr blieb ihm so mehr fruchtlos, als wenige Augenblicke danach auch die übrigen Personen Hand anlegten und ihn gefesselt der hiesigen Polizeibehörde zur Haft überlieferten. In dem Verhör stellte sich heraus, daß der junge Mensch, der den Feldzug in Böbmen mitgemacht, in der Trunkenheit scherzhafter Weise den leichtfertigen Streich begangen hatte. — Zu den am 27., 28. und 30. d. stattgefundenen Ersagwahlen der Stadtverordneten zeigte sich diesmal eine seltene Regsamkeit der Parteien, die vielleicht in der Neuwahl des künftigen Bürgermeisters, so wie in der Streu- und Holzberechtigungsfrage ihren Grund haben. Gleichwohl war die Betheiligung bei den Wahlgängen weniger zahlreich, als man erwartete. Von etwa 576 Wählern waren, auf die drei Abteilungen vertheilt, eine circa 134 erschienen. In der dritten und zweiten Abteilung wurden neu gewählt der Bürger Louis Schröder und der Bäckermeister Johann Gesselle; in der ersten Abteilung wiedergewählt die Kaufleute Jakob Levy, Leopold Krakow und der Bäckermeister August Leutke.

Theater.

Orpheus in der Hölle. Oper v. Offenbach.

Dieser Komponist hat in der Zeichnung der Karikatur, im Ausdruck des Komischen zwar den richtigen Weg eingeschlagen, indem er den Erfolg nicht in einer tief eingehenden Verfertigung in den Stoff und einer wissenschaftlichen Tiefe anstrebt, sondern eine joviale Fassungsweise anschlägt, — aber er bleibt dabei so oberflächlich und zeichnet so nach, daß man nicht ohne eine gewisse Verleugung des musikalischen Gefühls seine Werte hören kann. — Um einigermaßen leidliche Unterhaltung zu finden und um sich hernach zu ärgern, daß die Kunst sich zu solchem Blödsinn hergiebt, dazu ist Offenbach'sche Musik und namentlich sein Orpheus geschaffen. Sehen wir von dem durchaus untergeordneten Standpunkte solcher Musik (die aber doch wohl auch sein muß) ab und lassen die Darstellung ins Auge, so können wir den Gestalten, denen Nektar und Ambrosia nicht mehr genügen, die sich zu Hoff'schem Malzextrakt und bairischem Bier bekannnen, bezugen, daß sie sich mit großem Geschick in dem olympischen und höllischen Trubel bewegten.

Wir können nicht allen Göttern und Göttinnen, bei denen es auf schöne Stimmen ja auch nicht ankommt, noch einmal Nektar und Ambrosia bieten, erwähnen nur der Eurypidee, Fräulein Holland, die, vorzüglich bei Stimme, namentlich im Bachstüde mehr bot, als Offenbach vielleicht selbst hineingelegt hat. Ihr Spiel war meisterhaft. Ebenso zeichnete sich Fräulein Hirschberg als Diana vortheilhaft aus. Auch Venus, Frau Schön, verdient durchweg die vollste Anerkennung. Jupiter, Herr Schön, verstand es die vorgezeichnete Karikatur geltend zu machen, ebenso durch sein komisches Spiel Herr Doh, Pluto. Orpheus, Herr Handrich genigte auch in geistlicher Beziehung. Der Prinz v. Arkadien, Herr Gries, wurde etwas matt vorgeführt. — Die Chöre übergeben wir der öffentlichen Meinung. Das Orchester unter der Leitung seines tüchtigen Dirigenten Hirsje befriedigte. — d —

Wochenkalender für Konkurse und Subhastationen.

A. Konkurse.

I. Croffnet: 1) Bei dem Kreisgericht zu Schrimm am 15. Nov. c. der Kaufm. Konkurs über das Verm. des Schmitt und Kurzwaarenhändlers S. Krawiek daselbst. Einzw. Verw. Kaufm. E. Siewerth das. Konkurs-Kommiss. Gerichtsassessor Kallenski. 2) Bei dem Kreisgericht zu Bromberg am 16. Nov. c. der Kaufm. Konkurs über das Verm. des Kaufm. Leopold Arnold (Firma L. Leopold) das. Tag der Zahlungseinstellung: 12. Mai c. Einzw. Verw. Kaufm. Theodor Simons. Konk. Kommiss. Kreisrichter Kienis.

3) Eben daselbst am 17. Nov. c. der Kaufm. Konkurs über das Verm. des Kaufm. Theodor Melcer daselbst. Tag der Zahlungseinstell.: 16. November c. Einzw. Verw. Kaufm. Theodor Simons. Konk. Kommissarius Kreisrichter Kienis.

II. Zum definitiven Verwalter ist ernannt in dem Konkurse über den Nachlaß des verstorbenen Grundbesizers Heinrich Zuhre zu Patosc der Rechtsanwält Dr. Mayer zu Trzemeszno.

III. Termine und Fristabläufe. Montag am 3. Dezember c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Posen in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufm. Heilmann Elus hiersebst: Ablauf der Zahlungs- und Ablieferungsfrist.

2) Eben daselbst, in dem Konkurse über das Vermögen der Kaufmannsrau Emilie Morgenstern geb. Szafarkiewicz hiersebst. Desgleichen. 3) Bei dem Kreisgericht zu Posen in dem Konkurse über das Vermögen der Kaufleute Gebrüder Machol zu Krasieczko Termin zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Afford Vorm. 11 Uhr vor dem Konkurskommissar Kreisrichter Hausmann.

4) Bei dem Kreisgericht zu Schubin in dem Konkurse über das Vermögen des Gutspächters Vincent v. Kufkowski zu Turzyn, Termin zur Prüfung dreier nachträglich angemeldeter Forderungen; Vorm. 10 Uhr vor dem Konkurskommissar Kreisrichter Hausmann.

Dienstag am 4. Dezember c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Posen in dem Konkurse über das Verm. des Kaufmanns J. K. Wolfram hiersebst Ablauf der Zahlungs- resp. Ablieferungsfrist.

2) Bei dem Kreisgerichtsdirektion Trausnitz in dem Konkurse über das Verm. des Gerbermeisters und Kaufmanns Friedrich Carl Richter daselbst Termin zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung von 20 Tblr. 1 Sgr. Vorm. 10 Uhr vor dem Konkurskommissar Kreisgerichtsrath Hensche.

3) Bei dem Kreisgericht zu Bromberg in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Michael Leiser Levy zu Jordan Ablauf der Zahlungs- resp. Ablieferungsfrist.

4) Bei dem Kreisgericht zu Birnbaum in dem Konkurse über das Vermögen der zu Waige unter der Firma Adolph Strillat bestehenden Handelsgesellschaft (Inhaber die Gebr. Adolph und Carl Strillat) zweiter Prüfungstermin vor dem Konkurskommissar Kreisrichter Koblitz.

Donnerstag den 6. Dezember c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Posen in dem Konkurse über das Vermögen der Kaufleute Oskar und Hugo Vanwert hiersebst Vorm. 11 Uhr vor dem Konkurskommissar Kreisgerichtsrath Gähler Termin zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen von dem Hugo Baumert proponirten Afford.

2) Eben daselbst in dem Konkurse über das Verm. des Kaufm. Julius Scheding hiersebst Termin zur Prüfung dreier nachträglich angemeldeter Forderungen Vormitt. 10 Uhr vor dem Konkurskommissar Kreisgerichtsrath Gähler.

Freitag am 7. Dezember c. 1) Bei dem Kreisger. zu Inowraclaw in dem Konkurse über das Verm. des Kleiderhändlers Leiser Pirich zu Strzelno, Ablauf der zweiten Frist zur Anmeldung von Forderungen.

2) Bei dem Kreisger. zu Ostrowo in dem Konk. über das Verm. des Zimmermeisters Joseph Nieszniski daselbst Vorm. 10 Uhr Termin zur Prüfung mehrerer nachträglich angemeldeten Forderungen vor dem Konkurskommissar Kreisrichter Nyl.

Sonntag den 8. Dezember c. 1) Bei dem Kreisger. zu Posen in dem Konk. über das Verm. des Kaufm. J. K. Wolfram hiersebst, Ablauf der Frist zur Anmeldung von Forderungen.

2) Eben daselbst in dem Konk. über das Verm. der Kaufmannsrau Emilie Morgenstern, geb. Szafarkiewicz, hiersebst desgleichen.

3) Eben daselbst in dem Konk. über das Verm. des Kaufm. Heilmann Elus hiersebst desgl.

4) Bei dem Kreisger. zu Gräs in dem Konk. über das Vermögen des David Schier daselbst, Ablauf der Frist zur Zahlung resp. Ablieferung.

5) Bei dem Kreisger. zu Schubin in dem Konk. über das Verm. des Gutspächters Julius Wegner zu Dombrofen, Ablauf der Anmelungsfrist für Forderungen.

B. Subhastationen.

Es werden öffentlich und meistbietend verkauft: Montag am 3. Dezember c. 1) Bei der Gerichtsstagskommission in Trischitzel das Grundstück Czarny Hauland Nr. 6. Besitzer: Eigentümer Heinrich Rutische. Taxe: 150 Tblr.

Dienstag am 4. Dezember c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Schrimm das Grundstück Woroniec Hauland Nr. 22. Besitzer: Andreas und Christian Stellmar'sche Eheleute. Taxe: 1179 Tblr.

2) Bei dem Kreisgericht zu Samter das Grundstück Rudki Nr. 4. Besitzer: Valentin Mathasit und die Erben seiner Ehefrau Marianna. Taxe 1134 Tblr.

Mittwoch am 5. Dezember c. Bei dem Kreisgericht zu Samter das Grundstück Rudki Nr. 3. Besitzer: Valentin Mathasit und die Erben seiner Ehefrau Marianna. Taxe: 967 Tblr.

Donnerstag am 6. Dezember c. 1) Bei dem Kreisgericht in Schrimm das Grundstück Stadt Schrimm Nr. 277. Besitzer Gaidius und Franziska Jagodasche Eheleute. Taxe 952 Tblr.

2) Bei dem Kreisger. zu Mieseritz das Grundstück Winice Nr. 29. Besitzer Wilhelm und Johanna Marie Juliana Griesersche Eheleute. Taxe 741 Tblr.

3) Bei dem Kreisger. zu Wreschen das Grundstück Lgowo Nr. 15A. Besitzer Wirth Thomas Walchal. Taxe 1528 Tblr.

Freitag am 7. Dezember c. Bei dem Kreisger. zu Samter das Grundstück Nr. 1A. Besitzer Jakob und Justine geb. Komieczna Krzyzaniak'sche Eheleute. Taxe 2006 Tblr.

Angelommene Fremde.

Vom 3. Dezember.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Bloch aus Berlin, Eckstorf aus Stettin, Drevermann aus Rassel, Kallmeyer, Weigert und Baumeister Schröder aus Breslau, Proviantmeister Debs aus Glogau, die Rittergutsbesitzer v. Golewowski aus Siefert, Wirth aus Kopienno, Schemmann aus Slupce, Materne aus Chwalowo, Beutler aus Glandau und Freudenthal aus Breslau, Ritterchaftsrath v. Winterfeld aus War. Gostin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer v. Mofjczewski aus Jezorki, Gutsbesitzer Waligorski aus Rydowo, Kaufmann Hempel nebst Frau aus Berlin, Lieutenant Venz aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Starzynski nebst Frau aus gr. Sokołnik und v. Freimann aus Radolin, Gutspächter v. Jarzembowski aus Brudzewo.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer v. Roverski nebst Frau aus Stepanin, Kaufmann Kozłowski aus Breslau, Frau Böning und Frau v. Dębowska aus Wreschen, Inspektor Pfeiffer aus Balesie, Gutspächter Tomaszewski aus Wazmiz, Oberförster Störing aus Bielonta.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Michalski aus Bombes, v. Wielinski aus Wreschen, v. Morawski aus Polen und v. Beng aus Chwalowo, Brem. Lieutenant Behlig aus Posen, Oberförster Spieler aus Lubnigsdorf, Kaufmann Dohn aus Stettin.

MYLIU'S HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Dret und Schlesinger aus Breslau, Krumme aus Kemscheid, Kophamel aus Hildesheim, Mittel und Lüttgen aus Leiszig, Dreifus aus Köln, Grnje aus Glogau, Barschdorf aus Dresden, Gellin aus Volkowig, Wollmann aus Bollmarfen, Wiedemann, Meckelsohn, Zoelsohn, Glaser und Fabrikant Lob aus Berlin, Gutsbesitzer Herrmann aus Sokołnik, Kammerherr v. Morawski aus Lubonie, Frau Rittergutsbesitzerin v. Chlawowska aus Karczewo.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Kaufmann Goy aus Rogowo, Bürger Besnif aus Konin, Avantagur Wilz aus Posen, Hauptmann v. Sydow aus Ostrowo, Steinmeyer Böhm aus Reisse, Stad. mod. Rother aus Berlin, Assessor Wettner aus Gräs, Inspektor Saalfeld aus Solacz, Bahlmeyer Friedrich aus Kienis, die Billardfabrikanten Wabner und Sturm aus Breslau.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer v. Krzyzanski aus Bielawy, Grobmann aus Ditrowiecko, Babel nebst Frau aus Zantendorf, Scheller aus Maniewo, Buchmann aus Trzemeszno, Heiderodt aus Babitowo, Müller aus Bzichonice und Heiderodt aus Plawce.

KEILERS HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Gutsbesitzer Wiekler nebst Frau aus Kozimino, Wirtschafts-Inspektor Philipowski aus Karczewo, die Kaufleute Türk aus Wreschen, Gutmann jun. und Ledermann aus Gräs.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Sizung der Stadtverordneten

am 5. Dezember.
Tages-Ordnung.

- 1) Erstattung des Verwaltungs-Berichts seitens des Magistrats.
- 2) Antrag des Herrn Bielefeld, betreffend die Regulierung des Einquartierungs-Wesens.
- 3) Vertheilung des eingegangenen Servisquantums auf die einquartierungspflichtigen Einwohner.
- 4) Bericht der niedergesetzten Kommission über die städtische Realschule.
- 5) Antrag des Magistrats auf Aufhebung der Bestimmung: daß Neubauenden eine dreijährige Befreiung von der Einquartierungs-Last zu steht.
- 6) Aeußerung des Magistrats über die Rechtsverhältnisse der v. Raczynskischen Bibliothek.
- 7) Bericht des Magistrats über den Rumfortschen Suppenfonds.

Bekanntmachung.

Am Dienstag den 11. December c. und die folgenden Tage, jedesmal von Morgens 9 Uhr ab, sollen in dem hiesigen königlichen Magazin Nr. IV. auf dem Dom und demnachst in dem königlichen Magazin Nr. I. in der Stadt die Approximationsvorräthe, bestehend in **Erbsen, Graupen**, verschiedene **Grüben, Reis, Zucker, Pfeffer, Kaffee, Salpeter, Rauchtabak** und **Si-garren**, in größeren Posten, event. jeder einzelne Artikel im Ganzen öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung in Preuß. Cour. verkauft werden.

Die Verkaufsbedingungen werden vor dem Beginn der Auktionen bekannt gemacht werden.
Glogau, den 21. November 1866.
Königliches Proviant-Amt.

Bekanntmachung.

Vom 1. April kommenden Jahres soll ein Ordnungs-Lokal für durchgehende Kommandos im Wege der Minuslitation gemietet werden.

Hierzu steht ein Termin auf den 17. Dezember c.

Vormittags 11 Uhr vor dem Stadtrath Herrn Dr. Samter auf dem Rathhause an.

Die Bedingungen können während der Dienststunden in unserer Registratur eingesehen werden.
Posen, den 27. November 1866.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die der Kammerlei zustehende Jagd auf der sogenannten Bociana-Wiese soll im Wege der öffentlichen Licitation auf drei Jahre vom 1. Januar 1867 bis ultimo Dezember 1869 verpachtet werden.

Hierzu steht Termin auf den 14. Dezember c.

Vormittags 11 Uhr vor dem Stadtrath Herrn Dr. Samter auf dem Rathhause an.

Die Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.
Posen, den 28. November 1866.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Küchen-, Lagerstroh-, Lumpen- und Knochen-Abfälle der hiesigen Kranken-, Irren-, Bewahr- und Waisenanstalt, so wie des Hospitals, sollen auf ein Jahr, vom 1. Januar kommenden Jahres ab, meistbietend ausgethan werden.

Hierzu haben wir einen Licitationstermin auf den 10. Dezember d. J.

Vormittags 11 Uhr vor dem Bürgermeister Herrn Kohleis auf dem Rathhause anberaumt.

Posen, den 26. November 1866.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das im Regierungsbezirk Bromberg, Kreis Mogilno, belegene Gut Salem, dem Kaufmann **Marcus Ephraim Kallmann** zu Kotel gehörig, gerichtlich abgeschätzt auf 58,376 Thlr., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage soll

am 23. Mai 1867

Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden.

Trzemeszno, den 22. Oktober 1866.
Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Das dem Kaufmann **Marcus Ephraim Kallmann** in Kotel gehörige, zu Dabrowo unter Nr. 23 belegene Grundstück, gerichtlich abgeschätzt auf 23,594 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage soll

am 22. Mai 1867

Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden.

Trzemeszno, den 22. Oktober 1866.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Notwendiger Verkauf.

Kreisgericht zu Wągrowiec.
Das den **Johann Julius Stieler**'schen Eheleuten gehörige, zu **Miloslawice**-Gauland sub Nr. 2, belegene Grundstück, abgeschätzt auf

6070 Thlr. laut der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserem Bureau III. A. einzusehenden Tage, soll

am 16. Mai 1867

Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubigerin **Johanna Louise Pauline Schlicht** wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.
Wągrowiec, den 20. Oktober 1866.

In dem Konkurse über das Vermögen des Handelsmannes **Isidor Dobriner** zu Mogilno ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum 23. Dezember 1866 einschließlich und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 23. September 1866 festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür erlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist

auf den 22. Januar 1867

Vormittags 11 Uhr vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter **Bothe** an unserer Gerichtsstelle anberaumt, und werden zum Erscheinen in diesem Termine die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte **Bothe, Reymann, von Zoltowski** und **Dr. Maier** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Trzemeszno, den 26. November 1866.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Die hier in dem Grundstücke **Mogasen Nr. 366**, am neuen Markte betriebene frühere **Breslauer-Schrammische Färberei** soll zugleich mit Utensilien und dem halben Wohnhause in dem

auf den 22. Dezember

Vormittags um 11 Uhr (Terminzimmer Nr. 2.) anberaumten Termine meistbietend auf neun Jahre gegen eine baare Kaution von vierhundert Thälern verpachtet werden.

Die näheren Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Vachtlustige, welche als Färbemeister qualifizirt sind, werden dazu eingeladen.
Mogasen, den 26. November 1866.
Königliches Kreisgericht.
II. Abtheilung.

Gerichtlicher Ausverkauf.

Die zur **Theophil Davidsohn**'schen Konkursmasse gehörigen Waarenbestände, als:

Shirtings, Kittai, wollene Lamas, Oberhemden in Shirting und Flanell, Chemisettes, Kragen, Hemden-Einsätze, wollene Tücher, Schlipse u.

werden zu herabgesetzten Preisen **Schloßstraße Nr. 4**, im Weichsen Hause **Heinrich Grunwald**, ger. Konkursmassen-Verwalter.

Nachlaß-Auktion.

Im Auftrage des Königl. Kreis-Gerichts werde ich **Dienstag, den 4. December c.**, früh von 9 Uhr ab im Auktionstokale, **Magazinstraße 1**,

diverse **Möbels, Haus- und Wirthschafts-Geräthe, Bekleidungs-Gegenstände, Betten** u.

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.
Rychlewski, f. Auktionskommissar

Mein Grundstück **Andrzejpole**, bestehend aus 150 Morgen Acker nebst Wiesen und den nöthigen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, beabsichtige ich sofort aus freier Hand zu verkaufen, wovon ich die Kauflustigen in Kenntniß setze. **Andrzejpole** liegt von **Schroda** 1 Meile, von **Kostrzyn** und von der **Schroda-Posener Chaussee** 1 Meile entfernt.

Der Acker besteht: mit $\frac{1}{2}$ aus Weizenboden und die Wiesen haben einen 15' tiefen Torfstich.
Valerian Alberti.

Bekanntmachung.

Am 7. Dezember 1866 Vormittags 10 Uhr soll durch unsern Auktionskommissarius **Bureau-Diätar v. Jaleski** ein **Wartbelahn** hier selbst meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Der Kahn kann an der **Wartbebrücke** angesehen werden.
Schrum, den 30. November 1866.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der nachbenannten, zur Verpflegung der Gefangenen in der hiesigen Strafanstalt für das Jahr 1867 erforderlichen Gegenstände zu den mutmaßlichen Bedarfssummen von

5000	Scheffel Roggen,
1100	" Gerste,
350	" Erbsen,
25	" Weizen,
180	" weiße Kochbohnen,
100	" Hirse,
20	" Hafer,
10	" Buchweizen,
6	Centner Butter,
50	" Rindfleisch,
47,000	Quart einfaches Bier,
7000	" Doppelbier,
9	Centner Reis,
2	" Rummel,
2	" Pfeffer,
32	" Glanzseife,
4	" harte Seife,
26	" Soda,
900	Quart Essigspirit,
600	" gewöhnlichem Essig,
2	Centner gepoßenen Talglächten,
4	Scheffel Feinfaamen,
60	Stück Leintuch,
120	Centner Petroleum,
155	" Rinder-Nierentalg,
6	Buch Royal-Papier,
12	" Postpapier,
100	" Kanzlei-Papier in Quartformat,
24	" groß Kanzlei-Papier,
150	" klein Kanzlei-Papier,
30	" groß Konzept,
500	" klein Konzept,
40	" Packpapier,
20	" Schappapier,
30	" blaue Aktendeckel,
150	Stück Federpöfen,
250	Duzend Stahlfedern,
5	Duzend Federhalter,
30	Quart schwarze Tinte,
$\frac{1}{2}$	" rothe Tinte,
4	Pfund Siegellack,
1	" Rundlack,
10	Duzend Bleifedern,
2	" Nothstifte,
1	" Blaustifte,
1	Pfund Gummi elasticum,

soll im Submissions- event. Licitationsverfahren an den Mindestfordernden ausgegeben werden.

Die Bedingungen liegen: bei der königl. Regierungs-Rechnungs-Kontrolle l. in Posen, bei dem königl. Polizei-Präsidio in Breslau, und in unserem Bureau, zur Einsicht aus.

Die versiegelten Submissions-Offerten sind spätestens bis zum

14. Dezember d. J. Vormittags 11 Uhr an die unterzeichnete Direktion einzureichen.

Am 17. Dezember d. J. Vormittags 10 Uhr

findet in unserem Direktorial-Zimmer die Eröffnung der eingegangenen Submissions-Offerten und eventualiter das Licitationsverfahren statt.
Pawicz, den 22. November 1866.
Königl. Direktion der Strafanstalt.
gez. Paßke.

Meiner resp. Mandanten ersuche ich, die Akten in den laufenden Prozessen von meinem Sekretair **Grantsch** gegen Verichtigung der Gebühren in Empfang zu nehmen. Derselbe wird auch die erforderliche Auskunft ertheilen.
Samter, den 30. Novbr. 1866.
Ahlmann,
Rechtsanwalt und Notar.

Zu Weihnachts-Geschenken empfehle mein reichhaltig assortirtes Lager von fertigen Winter-Paletots, Schlafrocken, Beinkleidern, Westen, Kravatten und Schlipfen u.

NB. Bestellungen werden zu billigsten Preisen prompt und zuverlässig effectuirt.

W. Tunmann,

Markt 55.

Das Spielwaaren-Lager

von **Anton Wunsch,**
18. Breitestraße 18.

empfehle zum bevorstehenden Feste eine reiche Auswahl aller nur erdenklichen Spielwaaren zum billigsten Preise.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehle ich einem geehrten Publikum mein großes Lager aller Arten Uhren und bemerke, daß ich dieselben von den billigsten bis zu den theuersten in den neuesten Mustern, in größter Auswahl vorzulegen im Stande bin, und für jede gekaufte Uhr gewissenhaft garantire.
Posen, den 1. December 1866.
Paul Schnitte, früher **L. Metcke**,
Breslauerstraße Nr. 5.

Schlittschuhe

für Damen und Herren in größter Auswahl empfiehlt

S. J. Auerbach
in Posen.

Schlittschuhe

für Herren und Damen in größter Auswahl empfiehlt

C. Preiss,
Breslauerstr. 2.

Moderateur-, Petroleum- und Ligrone-Lampen

in den neuesten Mustern und in größter Auswahl, so wie

Petroleum

in bester gereinigter Waare, empfiehlt

August Klug,

Breslauerstraße 3.

Ein Korbwagen nebst Geschirre ist billig zu verkaufen. Anfrage beim Unteroffizier **Richter** im Fort Winarsky Stube Nr. 136

Einige Omnibus-Wagen

in gutem Zustande - Berliner Fabrikat - sollen billig verkauft werden durch dem Omnibus-Inspektor **Nippert** in Breslau, Mauritiusplatz Nr. 6.

Die ausgezeichneten Wirkungen des

Anatherin-Mundwassers*)

von **Dr. J. G. Popp** in Wien, werden neuerdings wieder durch das folgende Attest bestätigt:

Geehrter Herr Doktor!
Es ist mir ein angenehmes Gefühl, Ihnen für Ihre der leidenden Menschheit so beibringende Erfindung, für Ihr Anatherin-Mundwasser meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen zu können. Nach einem halbjährigigen Gebrauche desselben bin ich von tief eingewurzelter Zahnleiden gänzlich befreit und kann mich fortan der hoch genormenen Bähne gleich der gefunden bedienen. Ihre vorzügliche Essenz hat mich gleichzeitig gegen alle Zahngeschwüre und gegen das Bluten des Zahnfleisches geschützt. Seien Sie versichert, daß ich alles zur Empfehlung derselben beitragen werde, was in meinen Kräften steht. Mich freundlichst empfehlend, zeichnet mich vorzüglichster Hochachtung ergebenst
Th. Lobeck, Lieutenant a. D.
Berlin, Annenstraße 47.
) Zu haben in Posen bei **H. Kirsten** Ww.,
Berast. 14.

Lungenschwindsucht

tödtet mehr Menschen, als die verbreitetste und mörderischste Epidemie. Dies ist statistisch erwiesen. Man vernachlässige daher auch selbst die leichtesten Brustaffektionen nicht und greife sofort zu dem am sichersten und schnellsten wirksamen, deshalb billigsten, auch überall in Deutschland, dem östreichischen Staaten, der Schweiz zu habenden, von Kindern wie Erwachsenen gut vertragenen, vorzüglich wohlgeschmeckten, nota bene

echten weißen Brust-Syrup

aus der Fabrik von **G. A. W. Mayer** in Breslau.

Seit mehr denn 10 Jahren ist die Vortrefflichkeit dieses Hausmittels bei **Asthma, Heiserkeit, auch der langjährigsten, Keuchhusten, Catarrh, Entzündung und Schwindsucht des Kehlkopfes** und der **Luftröhre, Bluthusten, Lungenentzündung, Lungenschwindsucht** glänzend konstatiert. Bei der lebensgefährlichen **Bräune (Croup)** unterstützt sein Gebrauch wesentlich die ärztliche Behandlung, und selbst bei dem unheilbaren **Lungendampf (Lungenemphysem)** leistet es überaus gute Dienste, weil es dem Leidenden eine große Erleichterung verschafft.

Die Wirkungen des **Mayer'schen weißen Brustsyrops** äußern sich vorzugsweise in der Schleimhaut der Athmungsorgane. Er wirkt reizmildernd, einhüllend, den Auswurf lösend und fördernd, befähigend, die Hustenanfälle vermindert, die übermäßige Schleim- und Eiterabsonderung in den Schleimhäuten der Athmungsorgane beschränkend, die Vernarbung bestehender Geschwüre in Kehlkopf, Luftröhre und Lungen begünstigend. Gleichzeitig übt er einen augensichtlich wohlthätigen Einfluss auf die Ernährung aus, was bei Lungenkrankheiten von besonderer Wichtigkeit ist, da bekanntlich dieselben sich sehr rasch durch auffallende Ernährungsstörungen kund geben. Es ist nämlich durch die Forschungen der Chemie und Physiologie erwiesen, daß der Zucker im Blute in Kohlenläure und Wasser verbrannt wird und dadurch als Respirationsmittel dient, d. h. es wird das Luftbedürfnis ein geringeres, was bei kranken Lungen von besonders heilsamem Einflusse ist. Auch trägt dieser Syrup vermöge seiner Bestandtheile wesentlich zur Auflösung und Verdaulichkeit von Proteinkörpern bei, indem der mäßige Zuckergehalt derselben im Magen in Milchsäure umgewandelt wird und dieselbe eine wichtige Rolle bei der Verdaulichkeit spielt. Hieraus erklärt sich auch, warum Brustkranken bei längerem Gebrauche des Brustsyrops nebst dem, daß sich ihr Zustand bessert, auch auffallend an Körperfülle zunehmen.

Indem der **Mayer'sche Brustsyrop** den Kitzel im Kehlkopfe, den Hustenreiz und die Hustenanfälle beseitigt, wirkt er auch indirekt beruhigend. Kranke, welche durch die Hustenanfälle ihres Schlafes beraubt werden, finden nach mehrtägigem Gebrauche dieses Syrops ihren Schlaf wieder. Es ist daher begreiflich, daß selbe, wenn sie nach langer Zeit sich wieder eines erquickenden Schlafes erfreuen, sich bedeutend körperlich und geistig gestärkt fühlen müssen, und dadurch ihre rasche Wiedergenesung wesentlich befördert wird.

In Originalflaschen mit Gebrauchsanweisung à 2 Thlr., 1 Thlr., 15 Sgr. und 8 Sgr. stets echt und frisch vorrätig bei **S. Spiro**, Markt 87. in Posen.

Mittwoch den 5. Dezember bringe ich einen groß. Transport frischmelkender **Regbrücker Kühe** zum Verkauf in „Keilens Hctel zum Englischen Hof.“
W. Hamann, Viehhändler.

Zauber=Cigarren=Spitzen

Gebr. **Korach**,
Markt 40.

Sanz neu bei

Allen Frostsleidenden wird empfohlen: „Dr. Deversens Frostsalz“, vorzüglichstes Mittel, jeden Frostschaden schnell zu beseitigen, so wie das Aufspringen der Haut zu verhindern. Vorrätig in Bl. à 5 Sgr. in Eisners Apotheke.

Torf.

Von dem bekannten guten Torf aus Biala góra (Weißberg) ist wieder Vorrath vorhanden und Bestellung darauf, die Fuhre von 2000 Kiegel franco Posen für 2 Thlr. 21 Sgr., nimmt der Kaufm. P. Nowicki, Breslauerstr. Nr. 9., entgegen.

15 bis 20 Schachtelröthen

grober Kies werden gebraucht. Reflektanten wollen sich melden kleine Gerberstraße Nr. 8. bei Gerstel.

Frischen Astrachaner Kaviar, Schoten, sowie verschiedene andere russische Produkte, Karabanan-Thee etc. empfiehlt die Niederlage von Carl Spiller in Thorn.

Hopfen.

Eine Partie 1866er Hopfen, sowie eine Partie älteren Jahrganges, werden zu kaufen gesucht und beliebe man Offerten zu richten an Sigmund Held, Commissionär in Nürnberg.

Frische Tafelbutter, pro Pfd. 11 Sgr. und Kochbutter, à 8 Sgr. von Garby, zu haben St. Martin Nr. 57. Auch ist dafelbst eine Milchpacht von 60 bis 70 Quart täglich, pro 1. Mai oder auch früher zu vergeben. Eine Wagenladung holländischer Nessel verschiedener Art, à Meße 8, 9 und 10 Sgr. C. L. Arndt, St. Martin 23.

Zum Besten preußischer Krieger und deren Hinterbliebenen 10,000 Thlr.

Nur 1 Thlr. kostet ein Loos zu der am 31. Januar f. J. (also in 2 Monaten) bestimmten stattfindenden garantierten Verlosung des vollkommen schuldenfreien

Mineralbades Fiestel bei Minden

mit 15 Morgen Kurgarten, 8 Gebäuden und 7 Schwefelquellen als Hauptgewinn und außerdem zahlreichen Nebengewinnen in Equipagen, Pferden, echten neuen Silberfischen (Theeservice, 20 Buderschaalen, 40 Paar f. Leuchter, 80 Dgd. f. Koffel), 100 Tüchtiger Gewehren, 50 Belour-Teppichen, Staatsprämieloose etc. Alle Loose, auf welche keiner dieser größeren Gewinne fällt, erhalten eine zu 21 Wädern berechnende, auf 10 Jahre gültige Freibadefarte im Werte von 7 Thlr. als Ersatz, es muß somit jedes Loos ohne Ausnahme am 31. Januar gewinnen. Ziehung öffentlich vor Notar, Verwaltungsrath und Zeugen. Ausführlicher Plan wird jedem Loose beigefügt, ebenso die Gewinnliste Jedem sogleich nach der Ziehung franco übersandt. Loose à 1 Thlr. (11 Loose für 10 Thlr.) sind gegen Einsendung des Betrages oder Postnachnahme zu beziehen von Julius Spanier, Hauptagent in Hannover.

Am 10. Dezember d. J. Ziehung II. Klasse 148.

Hannoverscher Lotterie.

Hierzu empfiehlt noch Originallosse ganze à 11 Thlr. 20 Sgr. halbe à 5 Thlr. 25 Sgr. viertel à 2 Thlr. 27 1/2 Sgr. Die Haupt-Kollektion von A. Molling in Hannover.

In bevorstehender Ziehung der großen Geldverlosung

Fl. 100,000 Hauptgewinn. müssen unfehlbar gewonnen werden: Fl. 100,000, 10,000, 25 mal 1000, 2 mal 500, 6 mal 400, 3 mal 300, 5 mal 250, 14 mal 200, 26 mal 100, 79 mal 60 und 1985 mal 46 niedrigster Gewinn. Zu dieser Ziehung kostet 1/2 Loos nur Thlr. 1, 6 Loose Thlr. 5, 14 Loose Thlr. 10 und 30 Loose Thlr. 20, und sind durch Unterzeichneten gegen baar oder durch Postnachnahme zu beziehen. Es ist daher Jedermann die Gelegenheit geboten, mit nur Thlr. 1. den Hauptpreis von Fl. 100,000 erlangen zu können. Pläne und Ziehungslisten unentgeltlich. Bestellungen erbittet baldigst. Chr. Chr. Fuchs in Frankfurt a. M.

Möbl. St. und Flügelinst. ist Bäderstr. Ein elegant möbl. Zimmer nebst Kabinett ist 14. 1 Tr. besonders od. zusammen zu verm. vom 1. Dsbr. ab zu vermieten Gartenstr. 13.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 3. Dezember 1866. (Marouse & Maass.)

Table with 2 columns: Weizen, matt. and Roggen, matter. with prices for various months and years.

Liebigsches Fleisch-Extrakt von Giebert & Co. Uruguay, Société de Fray-Bentos, in Kräschen à 15 Sgr., à Pfund 7 Thlr., ist wieder vorrätig in Eisners Apotheke.

Neunungen

empfehlen in größeren und kleineren Gebinden in marinierter oder Salzlake zu den billigsten Preisen. Bestellungen werden aufs schnellste und prompteste ausgeführt.

R. Weber,

Holzstraße Nr. 4. in Königsberg i. Pr. Frische, fette böhmische Fasanen empfing wieder Isidor Busch, Savieblas 2.

Die erste Sendung direkt bezogenen Algierer Blumenkohl u. Chicoré-Salat empfing

A. Cichowicz,

Berlinerstrasse Nr. 13. Frischen Algierschen Blumenkohl empfing Jacob Appel, Wilhelmstr. 9.

Jacob Appel,

Wilhelmstr. 9.

Gr. Gerberstr. Nr. 47. 1 möbl. Zimmer zum 1. Januar zu vermieten.

Eine freundliche möblierte große Etage mit Betten und Bedienung, wenn gewünscht auch Kuchengelas und ohne Bedienung, ist von Neujahr ab zu vermieten. Näheres Bronterstraße Nr. 10. beim Kreisstarke Jeenicke.

Vom 1. April 1867 ab ist Schützenstr. 18. ein Laden nebst Wohnung zu vermieten.

Tüchtige Arbeiter finden dauernde Beschäftigung. J. Jacob.

Ein geübter Konditorgehülfe findet sogleich bei gutem Salair eine dauernde Stelle. Bromberg. A. L. Reid, Konditor.

Eine Kochmamsell, welche ihr Fach gründlich versteht und gut empfohlen wird, kann sich melden Dominium Alt-Tomyśl bei Neutomyśl. Gehalt 60 Thlr.

Einen tüchtigen Verkäufer suchen Z. Zadek & Co.

Eine tüchtige u. zuverlässige Wirtschafterin sucht unter bescheidenen Ansprüchen zum 1. Januar ein Engagement. Gefällige Offerten werden franco post restante A. S. Samter erbeten.

Wer den Namen Desjenigen wissen will, der sich durch den ungesetzlichen Besitz eines auf der Grabenbrücke Sonntag früh gefundenen Damennessers, zum Cigarrenabschneiden ebenfalls recht tauglich, glücklich finden würde, wende sich an die Expedition dieser Zeitung.

Verloren.

Gestern (Sonntag) Abend ist auf dem Wege Wallischei vom Hauke Jakob Schlesinger Söhne bis zur Brücke ein großer Bisamtragen mit schwarzseidenem Futter verloren gegangen. Der Wiederbringer erhält eine gute Belohnung gr. Ritterstr. 6. 1 Treppe.

Volkskalender

des Kladderadatsch. 1867. Preis 10 Sgr. traf so eben ein bei J. J. Heine, Markt 85.

Weihnachts-Ausstellung,

die Geschenke für Erwachsene und für die Jugend in reichster Auswahl enthält, ist eröffnet. Die geehrten Besucher haben die selbe Auswahl wie in Posen etc., zu denselben billigen Preisen. Um zahlreichen Besuch bittet Gracq. Emil Thym.

Kladderadatsch-Kalender

für 1867 sind eingetroffen bei Louis Türk, Wilhelmplatz Nr. 4.

Erinnerungen.

Gesammelte Gedichte von F. A. Maerder. Erster Band. Zweites Heft. (Gedichte, 3. Bandes, 2. Heft). 8. gebettet. Preis 1 Thlr.

Eheliche Ermahnungen.

(Nach Plutarchos.) Eine Hochzeitsgabe. Von F. A. Maerder. Mit 1 photograph. Titelbild nach Thorwaldsen. 8. gebettet Preis 15 Sgr. eleg. geb. Preis 25 Sgr.

Berlin, 22. November 1866. Königliche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei (H. v. Decker.)

Im Auftrage des Gründungskomitees

der preussischen Invalidenfürsorge nehmen Beitritte entgegen und liefern die Kette und Diplom. Eine Liste liegt bei mir aus. Gracq. Emil Thym.

Am 1. d. M. starb nach schweren Leiden

unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

am 1. d. M. starb nach schweren Leiden unser Sohn Wilhelm im Alter von 11 Jahren 1 Monat und 17 Tagen, unser letztes Kind. Indem wir dies unsern Freunden anzeigen, können wir nicht unterlassen, dem Herrn Dr. med. Kramarkiewicz, welcher nicht nur als Arzt, sondern auch als tröstender Freund

In W. Clars Verlag in Breslau erschien so eben und ist vorrätig bei J. J. Heine in Posen, Markt 85.:

Das Verfahren in Dismembrations- und Ansiedlungs-Sachen in Preußen.

Von P. Patrunky, Regierungs-Assessor. Brochirt 8. 12 Bogen. Preis 24 Sgr.

Im Verlage von Braun & Schneider in München erscheint und ist in allen Buchhandlungen zu haben, in Posen bei J. J. Heine, Markt 85.:

Jugendblätter für christliche Unterhaltung und Belehrung,

herausgegeben von Isabella Braun. — Jahrgang 1867.

Jährlich 12 Hefte, jedes zu 3 Bogen Text in schönem gr. 8° Formate mit 6 colorirten Bildern und 6 künstlerisch ausgeführten Holzschritten abwechselnd, so daß jedes Heft ein schöner Bilderdruck ist.

Der Subskriptionspreis für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

Die Subskriptionspreise für den Jahrgang ist 2 fl. 24 kr. oder 1 Thlr. 18 Sgr. Das erste Heft liegt in allen Buchhandlungen zur Ansicht auf.

Die Jugendblätter sind bestimmt, den Lehrern, Erziehern und Eltern in die Hände zu arbeiten, einestheils in unterhaltender Weise durch Biographien, Reisebilder, naturgeschichtliche Aufsätze, Poesien u. s. w. die Belehrung der Schule fortzusetzen oder das jugendliche Interesse für mannigfache Bildungsgegenstände anzuregen; andernteils aber durch Erzählungen aus dem Jugendleben oder aus der Weltgeschichte bei spielsweise den Eltern und Erziehern ihr Werk erleichtern zu helfen, indem ohne ermüdendes Moralisiren die jungen Leser im getreuen Spiegelbilde sich selbst erkennen lernen, an schönen Vorbildern sich empor zu heben, für das Gute sich begeistern und zur Nachahmung geleitet werden. Die Jugendblätter wollen den jungen Lesern ein gemüthlicher, bald ernster und bald heiterer, jedem Alter sich anpassender Begleiter durch die grünen Auen der Jugend sein, deshalb wechselt in denselben der Stoff mit dem Ernste, Unterhaltung mit Belehrung, und jedes einzelne Heft bringt etwas für die verschiedenen Altersstufen. Die verehrlichen Mitarbeiter, unter welchen sich die bekanntesten und geachtetsten Namen unserer Schriftsteller befinden, haben sich seit Jahren im gleichen Streben vereinigt, und die Quelle, aus welcher sie Alle schöpfen, ist echte Frömmigkeit und Liebe zu den Kindern.

tungen der Kaufkraft eher überlegen waren. Gefündigt 40,000 Quart. Kündigungspreis 164 Rt.

Weizen loco und Termine fest. Hafer loco billiger käuflich, Termine matt. Gefündigt 1200 Ctr. Kündigungspreis 274 Rt.

Weizen loco p. 2100 Pfd. 70-86 Rt. nach Qualität, gelber schles. 76, weißer poln. 83 Rt., feiner galiz. 80 a 81 Rt. ab Bahn bz., p. 2000 Pfd. Dezbr. 78 Rt. Br., 77 1/2 Gd., Dezbr.-Jan. 78 Br., April-Mai 79 1/2 bz., Mai-Juni 80 Br.

Roggen p. 2000 Pfd. loco 78 1/2 Pfd. 55 1/2 a 57 1/2 Rt. ab Bahn bz., Dezember 56 1/2 a 57 1/2 Rt. bz. u. Gd., 1/2 Br., Dezbr.-Jan. 56 a 1/2 a 55 1/2 u. Br., Jan.-Febr. 55 1/2 bz., Frühjahr 54 1/2 a 1/2 a 1/2 bz., Mai-Juni 54 1/2 a 1/2 a 1/2 bz., Juni-Juli 54 1/2 bz.

Gerste loco p. 1750 Pfd. 45-52 Rt. Hafer loco p. 1200 Pfd. 26 a 29 Rt., schles. 27 a 28 Rt. ab Bahn bz., Dezbr. 27 1/2 Rt. bz., Dezbr.-Jan. 27 1/2 Br., Frühjahr 28 bz., Mai-Juni 28 1/2 a 1/2 bz., Juni-Juli 29 Br.

Rübböl loco p. 100 Pfd. ohne Faß 12 1/2 a 1/2 Rt. bz., Dezbr. 12 1/2 a 1/2 a 13 1/2 bz., Dezbr.-Jan. 12 1/2 Br., Jan.-Febr. 12 1/2 bz., März-April 12 1/2 Rt., April-Mai 12 1/2 a 1/2 a 11 1/2 bz., Mai-Juni 12 1/2 bz.

Leinöl loco 13 1/2 Rt. Spiritus p. 8000 % loco ohne Faß 16 1/2 a 1/2 Rt. bz., Dezbr. 16 1/2 a 1/2 bz., Br. u. Gd., Dezbr.-Jan. do., Febr.-März 16 1/2 bz., April-Mai 16 1/2 a 17 a 16 1/2 bz., 1/2 Br., 1/2 Gd., Mai-Juni 17 1/2 Br., 1/2 Gd., Juni-Juli 17 1/2 bz.

Wehl. Weizenmehl Nr. 0. 5 1/2-1/2 Rt., Nr. 0. u. 1. 5 1/2-5 Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4 1/2-1/2 Rt., Nr. 0. und 1. 4 1/2-4 Rt. bz. pr. Ctr. unverfeuert. (B. G. B.)

Stettin, 1. Dezbr. Wetter: Trübe, -1° Reaum. Barometer: 28.4. Wind: SW.

Weizen wenig verändert, loco p. 85 Pfd. gelber 78-83 Rt., geringer blaupigiger 72 Rt. bz., 83 1/2 Pfd. gelber pr. Dezbr. 82 1/2-81 1/2 bz., 82 Gd., pr. Frühjahr 84, 83 1/2 bz. u. Gd.

Roggen Anfangs höher, schließt matter, p. 2000 Pfd. loco 52-55 1/2 Rt., pr. Dezbr. und Dezbr.-Jan. 55, 54 1/2 bz. u. Br., Frühjahr 53 1/2, 1/2 bz., 1/2 Br., Mai-Juni 53 1/2 Gd., Juni-Juli 54 1/2 Gd.

Gerste, Hafer und Erbsen ohne Umfag. Heutiger Landmarkt: Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen 76-84 55-58 46-50 23-30 54-60 Rt. Heu 15-25 Sgr. Stroh 6-8 Rt. Kartoffeln 16-20 Sgr.

Rübböl wenig verändert, loco 12 1/2 Rt. Br., gestern Abend noch 12 1/2 bz., pr. Dezbr. 12 1/2, 1/2 bz. u. Gd., Dezbr.-Jan. 12 1/2 Br., April-Mai 12 1/2 Br. Spiritus niedriger, loco ohne Faß 16 1/2, 1/2 Rt. bz., pr. Dezbr. 16 1/2, 1/2 bz., 1/2 Br., Dezbr.-Jan. 16 1/2 Br., Jan.-Febr. 16 1/2 Br., Frühjahr 16 1/2 Gd., 1/2 Br.

Angemeldet: 100 Wipfel Roggen, 200 Ctr. Rübböl. Reis höher, mittel Arracan 5 1/2 Rt. tr. bz. Petroleum 9-9 1/2 Rt. bz. Lichttalg, 2da russ 14 1/2 Rt. bz. Leinsamen, Bernauer pr. Febr. 13 Rt. bz. (Dif.-Sta.)

Breslau, 1. Dezbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rotte, unverändert, ordin. 12-13, mittel 13 1/2-14 1/2, fein 15 1/2-17 1/2, hochf. 18-18 1/2. Kleesaat weiße, unverändert, ordin. 18-20, mittel 22-23 1/2, fein 25-27, hochf. 28-29.

Roggen (p. 2000 Pfd.) fest, ael. 4000 Ctr., pr. Dezbr. 53-52 1/2 bz. u. Gd., Dezbr.-Jan. 52 Br., April-Mai 50 1/2-1/2 bz. u. Br.

Weizen pr. Dezember 73 1/2 Br. Gerste pr. Dezember 50 Br. Hafer pr. Dezember 45 Br. Raps pr. Dezember 98 Br.

Rübböl wenig verändert, loco 12 1/2 Br., pr. Dezbr. 12 1/2 bz., Dezbr.-Jan. und Jan.-Febr. 12 1/2 bz., April-Mai 12 1/2 bz., Mai-Juni 12 1/2 bz. Spiritus fest, loco 16 1/2 Br., 10 1/2 Gd., pr. Dezbr. 16 1/2 Gd., 1/2 Br. u. Jan.-Febr. 16 1/2 Gd., April-Mai 16 1/2 Gd. Rint fest, ohne Umfag. Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien. (Festsetzungen der polizeilichen Kommission.) Breslau, den 1. Dezember 1866.

Table with 4 columns: Cereal type (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen), quality (feine, mittel), and price (ord. Waare, 83-84 Sgr., etc.).

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Festsetzung der Marktpreise von Raps und Rübsen. Raps Winterfrucht 210 200 180 Sgr. Rübsen Winterfrucht 192 182 170 Sgr. Sommerfrucht 172 162 152 Sgr. Dotter 170 160 150 Sgr. (Bresl. Hbls.-Bl.)

H o p f e n.

Nürnberg, 29. November. Während in den Produktionsbezirken, namentlich im Spalter Lande, lebhaft gekauft wird, kamen zum heutigen Markt abermals ganz geringfügige Quantitäten Hopfen, da die Preise, welche Dienstags bezahlt wurden, den Landhändlern keine Rechnung geben können. Trodem war die Tendenz sehr ruhig, die Umsätze ohne Belang und blieb bis Mittags fast ein Drittel der Zufuhren unverkauft. Gute Markt-hopfen 105-110 Fl., Altdorfer, Herzbrüder 110-118 Fl., Mischgrün-der 108-118 Fl., Eisäfer 105-110 Fl., Gallertauer 115-130 Fl., Schweringer 110-120 Fl., Spalter Land 130-140 Fl. (B. G. B.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 1. Dezbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide-markt. Weizen ruhiger Markt, Termine unverändert, ab Auswärts still. Roggen still, Termine wenig verändert, ab Auswärts ruhig. Danig pr. Mai 83-84 bezahlt. Del ruhig, loco 26 1/2-26, pr. Mai 27 1/2. Se affee fester Markt. Rint ruhiges Geschäft. - Wetter: Kalt.

Paris, 1. Dezbr., Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rübböl pr. Dezember 100, 50, pr. Januar-April 101, 00, pr. Mai-August 101, 00. Wehl pr. Dezember 73, 00, pr. Januar-April 75, 00. Spiritus pr. Dezember 61, 00.

Amsterdam, 1. Dezbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen unverändert, still pr. Mai 212-211. Raps geschäftslos.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1866.

Table with 6 columns: Datum, Stunde, Barometer 195 über der Meeresfläche, Therm., Wind, Wolkenform. Shows data for Dec 1-3.

Berlin, 30. Novbr. Der höchste Barometerstand und die größte Kälte in Ostpreußen. Den 1. Dezbr. Die Kälte bei hohem Barometer stärker geworden, im westlichen Europa Barometer niedrig.

Wasserstand der Warthe.

Der Wasserstand der Warthe kann für den 2. und 3. Dezember c. nicht angegeben werden, weil der Pegel vom Eise nicht befreit ist.

Uebersicht

der in Posen ankommenden und abgehenden Posten und Eisenbahnzüge.

Table with 2 main sections: Ankommende Posten and Abgehende Posten. Lists routes like U. 30 M. früh Pers.-Post von Trzemeszno and U. - M. früh Botenpost nach Dombrowka.

Ankommende Eisenbahnzüge

Table with 2 columns: Annehmende Eisenbahnzüge and Abgehende Eisenbahnzüge. Lists routes like Pers.-Z. von Kreuz and Nach Breslau.

Telegramm.

Berlin, 3. Dezember. Die „Norddeutsche Zeitung“ demotirt die Nachricht, daß der König von Preußen dem Papste ein Asyl in Preußen angeboten oder ihm Truppen zur Verfügung gestellt habe.

Sonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 1. Dezember 1866.

Preussische Fonds.

Table listing various Prussian bonds and stocks with columns for name, quantity, and price.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds and stocks from various countries like Austria, Prussia, and others.

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine.

Table listing bank and credit stocks and shares from various institutions.

Prioritäts-Obligationen.

Table listing priority obligations from various banks and institutions.

Eisenbahn-Aktien.

Table listing railway stocks from various companies like Prussian, Saxon, and others.

Gold, Silber und Papiergeld.

Table listing gold, silver, and paper money prices and exchange rates.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks from various companies.

Wechsel-Kurse vom 1. Dezember.

Table listing exchange rates for various locations and currencies.

Die Börse war heute recht fest gestimmt und auch etwas belebter als vorher. Eisenbahnen waren gefragt, besonders Anhalter und Köln-Mindener. Franzosen und Lombarden etwas belebter, besonders aber Nordbahn. Auch Amerikaner und Italiener wurden stark gehandelt. Preussische Fonds waren fest; 4proz. Anl. sind gestern durch ein Versehen im amtlichen Kurszettel 97 1/2 statt 98 1/2 notirt. Wechsel fest und gefragt.

Breslau, 1. Dezember. Bei günstiger Stimmung und sehr gut behaupteten Kursen waren Amerikaner in lebhafter Frage, von Eisenbahnaktien Oberösterreichische und Warschau-Wiener begehrt.

Schlusskurse. Deutscher Kredit-Bank-Aktien 58 1/2 G. Deutscher Loose 1866 63 1/2. dito 1864 Verloosung. dito neue Silberanleihe A. - Amerikaner 75 1/2-1/2 bz. Schles. Bank-Verein 113 1/2 bz. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 142 1/2 G. dito Prior.-Oblig. 88 1/2 B. dito Prior.-Oblig. Litt. E. 92 1/2 G. Köln-Mindener Prior. A. C. m. dito 5 C. m. - Neisse-Brieger 101 1/2 G. Oberösterreich. Litt. A. u. C. 174 1/2 G. dito Litt. B. 153 G. dito Prior.-Oblig. 88 1/2 B. 88 1/2 G. dito Prior.-Oblig. 93 1/2 B. dito Prior.-Oblig. Litt. E. 78 1/2 G. Duppeln-Zarnowitzer 76 G. Kofel-Doerf. 51 bz. dito Prior.-Oblig. - Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 81 G. Deutscher neue Banknoten - Russische Banknoten - Warschau-Wien. - Minerva-Bergwerks-Aktien -

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 1. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fest aber still. Schlusskurse. Preuss. Rassenleihe 105. Berliner Wechsel 105. Hamburg. Wechsel 88 1/2. Londoner Wechsel 118 1/2. Pariser Wechsel 94 1/2. Wiener Wechsel 91 1/2. Finnland. Anleihe - Neue 4 1/2 % Finnland. Pfandbriefe - 1 % Spanien - 3 % Spanien - 6 % Vereinigte Staatenanleihe per 1882 75 1/2. Deutscher. Bankantheile 643. Deutscher Kreditaktien 137. Darmstädter Bankaktien 211. Meiningen Kreditaktien - Deutscher. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien - Deutscher. Elisabethbahn - Böhmische Westbahn - Rhein-Nahbahn - Ludwigs-hafen-Verbad 150 1/2. Hessische Ludwigsb. 130 1/2. Darmstädter Zettelb. - 1854er Loose 57 1/2. 1860er Loose 63 1/2. 1864er Loose - Badische Loose - Kurhessische Loose - Bayerische Prämienanleihe 95 1/2. Deutscher National-Anleihen 50 1/2. 5 % Metalliques - 4 1/2 % Metalliques 37 1/2.

Wien, 1. Dezember. (Schlusskurse der offiziellen Börse.) Beschränktes Geschäft. Neues 5 % steuerfreies Anleihen 56 3/5. 5 % Metalliques 57, 70. 1854er Loose 75, 25. Bankaktien 712, 00. Nordbahn 154, 50. National-Anleihen 66, 40. Kreditaktien 151, 90. St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 205, 00. Galizier 221, 25. Czernowitzer 185, 75. London 129, 00. Hamburg 96, 00. Paris 51, 15. Frankfurt 108, 20. Amsterdam 109, 00.

Wien, 1. Dezember. Bei der heute stattgefundenen Ziehung der 1864er Loose fiel der erste Hauptgewinn auf Nr. 43 der Serie 3607, der zweite Hauptgewinn von 15,000 Gulden auf Nr. 26 der Serie 1283, der dritte Hauptgewinn von 10,000 Gulden auf Nr. 22 der Serie 3607, der vierte Hauptgewinn von 5,000 Gulden auf Nr. 60 der Serie 2972, der fünfte und letzte Hauptgewinn auf Nr. 9 der Serie 3607 und Nr. 64 der Serie 1366. Außerdem wurden gezogen die Serien 543, 980, 1371, 3366.

Wien, 2. Dezember. Privatverkehr. Nennlich flane Stimmung, unbelebtes Geschäft. Kreditaktien 151, 50. Staatsbahn 205, 80. 1860er Loose 80, 40. 1864er Loose 72, 70. Nordbahn 152, 30. Lombarden 202, 00.

Hamburg, 1. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schlusskurse. National-Anleihe 51 1/2. Deutscher Kreditaktien 58. Deutscher 1860er Loose 62 1/2. 3 % Spanien - 2 1/2 % Spanien - Mexikaner - Vereinsbank 110 1/2. Norddeutsche Bank 121 1/2. Rheinische Bahn 116 1/2. Nordbahn 80 1/2. Altona-Kieler alte 133 1/2. Altona-Kieler neue 132. Finnlandische Anleihe 82 1/2. 1864er russische Prämienanleihe 87 1/2. Neue russische Prämienanleihe 83 B. 6 % Verein. St.-Anl. pr. 1882 68 1/2. Diskont 3 1/2 %.

Hamburg, 2. Dezember, Nachmittags. Die Stimmung im heutigen Privatverkehr in der Börse war matt; die Kurse waren meistens niedriger, nur neue Altona-Kieler Eisenbahnaktien zu 134, ohne Abgeber, begehrt.

London, 1. Dezember, Nachmittags 4 Uhr. Neue russische Anleihe 1 1/2-1 1/2 Prämie. Konsols 88 1/2. 1 % Spanien 31 1/2. Sardinier 73. Italien. 5 % Rente 54 1/2. Lombarden 15 1/2. Mexikaner 19 1/2. 5 % Russen 86 1/2. Neue Russen 86 1/2. Silber 60 1/2. Türkische Anleihe 1865 32 1/2. 6 % Ver. St. pr. 1882 70 1/2.

Amsterdam, 1. Dezember, Nachmittags 4 Uhr 15 Minuten. Im Ganzen fest. Neue österreich. steuerf. Anl. 41. 5 % Metalliques Litt. B. 67 1/2. 5 % Metalliques 44. 2 1/2 % Metalliques 22. 5 % Deutscher Nat.-Anl. 48 1/2. Silberanleihe 54 1/2. 1 % Spanien 30 1/2. 3 % Spanien 31. 6 % Ver. St. pr. 1882 74 1/2. Holl. Integrale 53 1/2. Mexikaner 17 1/2. 5 % Stieglitz de 1855 77 1/2. 5 % Russen de 1864 87 1/2.